



15. Sitzung

Mittwoch, 19. November 2008

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog und Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk

Inhalt:

Mitteilung des Präsidenten 743

Abwicklung, Ergänzung und Änderung der **Tagesordnung** 743

Aktuelle Stunde 743

Fraktion der GAL:

Deckel drauf: mehr Grün, weniger Lärm!

mit

Fraktion der CDU:

Autobahn 7 – mit Dach kein Krach

Horst Becker GAL 743, 750
Hans-Detlef Roock CDU 744
Andy Grote SPD 745, 749
Norbert Hackbusch DIE LINKE 746
Anja Hajduk, Senatorin 746
Martina Gregersen GAL 748
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 750

Fraktion DIE LINKE:

Rückwirkungen der Finanzkrise auf Hamburg – Das Desaster

der HSH Nordbank und die öffentlichen Interessen

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 751, 758, 764
Frank Schira CDU 752, 765
Dr. Peter Tschentscher SPD 753, 759, 764
Jens Kerstan GAL 754, 763
Dr. Michael Freytag, Senator 755, 760, 763
Rüdiger Kruse CDU 758
Norbert Hackbusch DIE LINKE 761
Harald Krüger CDU 761
Michael Neumann SPD 762

Fraktion der SPD:

Gewalt auf dem Kiez: Senatskonzepte erfolglos

(Fortführung am 20.11.2008)

Senatsantrag:

Haushaltsplan-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 und Finanzplan 2008-2012

– Drs 19/1500 –

765

Dr. Michael Freytag, Senator	765	Gewalt gegen Frauen in Hamburg	
Dr. Peter Tschentscher SPD	771, 789	– Drs 19/1297 –	802
Rüdiger Kruse CDU	774		
Jens Kerstan GAL	775	Gabi Dobusch SPD	802
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	779	Egbert von Frankenberg CDU	803
Thomas Völsch SPD	781	Linda Heitmann GAL	804
Ralf Niedmers CDU	782	Kersten Artus DIE LINKE	805
Andreas Waldowsky GAL	783	Dietrich Wersich, Senator	807
Dora Heyenn DIE LINKE	786		
Beschluss	790	Beschluss, Besprechung erfolgt	808
Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:		Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:	
11. Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg		Neuprogrammierung von Lichtzeichensignalanlagen (LSA)	
– Drs 19/1476 Neufassung –	790	– Drs 19/1472 –	808
Farid Müller GAL	790	Beschluss	808
Kai Voet van Vormizeele CDU	792		
Britta Ernst SPD	793	Antrag der Fraktion der SPD:	
Christiane Schneider DIE LINKE	795	Girokonto für alle Bürgerinnen und Bürger	
Beschluss	796	– Drs 19/1468 –	808
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:		Ksenija Bekeris SPD	808
Gender Budgeting im Haushalt 2009/2010		Egbert von Frankenberg CDU	809
– Drs 19/1025 –	796	Antje Möller GAL	809, 810, 813
Kersten Artus DIE LINKE	796, 801	Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE	810, 810
Karen Koop CDU	798	Dirk Kienscherf SPD	811
Gabi Dobusch SPD	799	Dora Heyenn DIE LINKE	812
Andreas Waldowsky GAL	800	Beschlüsse	813
Beschluss, Besprechung erfolgt	801		
Bericht des Wirtschaftsausschusses zum Thema:			
„Hafen und Hafenentwicklung“ (Selbstbefassungsangelegenheit)			
– Drs 19/1405 –	802		
Kenntnisnahme	802		
Große Anfrage der Fraktion der SPD:			

Beginn: 15.02 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die Sitzung ist eröffnet. Heute beginne ich sie zunächst mit Geburtstagsglückwünschen. Diese richten sich an den Kollegen Heiko Hecht.

Lieber Herr Hecht, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen ganz herzlich zu Ihrem Geburtstag, wünsche Ihnen alles Gute für Ihr neues Lebensjahr und einen schönen Tag heute in unserem Kreise.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats haben die Fraktionen vereinbart, dass die Tagesordnung um einen weiteren Punkt ergänzt werden soll. Es ist die Drucksache 19/1579, ein Bericht des Haushaltsausschusses. Die Drucksache haben Sie inzwischen erhalten. Sie wurde als Tagesordnungspunkt 22 a auf die Tagesordnung aufgenommen.

Außerdem teile ich Ihnen mit, dass zu TOP 40 und 41 der Tagesordnung die Antrag stellenden Fraktionen ihre Anträge aus den Drucksachen 19/1347, 19/1467 und 19/1449 zurückgezogen haben.

Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind vier Themen angemeldet worden, und zwar von der GAL-Fraktion

Deckel drauf: mehr Grün, weniger Lärm!

von der Fraktion DIE LINKE

Rückwirkungen der Finanzkrise auf Hamburg – Das Desaster der HSH Nordbank und die öffentlichen Interessen

von der CDU-Fraktion

Autobahn 7 – mit Dach kein Krach

und von der SPD-Fraktion

Gewalt auf dem Kiez: Senatskonzepte erfolglos

Die Fraktionen sind übereingekommen, das erste und das dritte Thema gemeinsam debattieren zu wollen. Ich rufe zunächst das erste Thema auf. Wird das Wort gewünscht? – Der Abgeordnete Becker hat es.

Horst Becker GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der letzten Woche hat Senatorin Frau Hajduk den derzeitigen Planungsstand für den sogenannten A 7-Deckel vorgestellt. Dabei geht es darum, dass in den nächsten Jahren die Autobahn 7 vom Elbtunnel bis zur Landesgrenze

Schleswig-Holstein ausgebaut werden wird. Das bedeutet natürlich auch, dass Lärmschutz geschaffen werden muss. Die derzeitige Grundlage der Gespräche und Planungen ist ein Gutachten der DEGES, das erst einmal festlegt, dass in Stellingen 1000 Meter Deckel und im Bereich Othmarschen/Bahrenfeld 700 Meter Deckel gebaut werden, also eine Gesamtlänge von 1,7 Kilometern. Der Rest soll konventionell durch Lärmschutzwände geschützt werden.

In Hamburg befinden sich insgesamt 3,7 Kilometer der Autobahn in Troglage und es bietet sich eine Überdeckung an. Das heißt, es besteht die einmalige Chance, das Stadtbild, das in den Siebzigerjahren zerstört worden ist, zu reparieren. Wenn wir diese Chance wahrnehmen, könnten die Stadtteile Schnelsen, Stellingen, Othmarschen und Bahrenfeld wieder zusammenwachsen. Es ergäbe sich insbesondere für das Handlungsfeld Altona die einmalige Chance, einen durchgehenden Grünzug vom Volkspark bis nahezu an die Elbe zu ziehen. Dieses große Entwicklungsprojekt müssen wir ernsthaft ins Auge fassen. Wir müssen davon ausgehen, dass dieses Projekt möglicherweise mittel- oder langfristig nicht mehr verwirklicht werden kann, wenn wir es nicht jetzt im Zuge der Umbaumaßnahmen der A 7 in Angriff nehmen.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Dabei tun sich natürlich eine Menge Probleme auf. Ein Problem bekomme ich jetzt noch hektisch auf den Tisch, denn das "Hamburger Abendblatt" vermeldet:

"Keine Finanzierungszusage für den Deckel"

Das Ministerium habe der Überdeckung keineswegs zugestimmt. Wir sollten jetzt die Nerven behalten. Es ist auf alle Fälle so, dass jene 400 Millionen Euro, von denen die Rede war – 240 Millionen Euro für Überdeckung und Lärmschutz sowie 160 Millionen Euro für den Straßenbau –, Gesprächsgrundlage sind. Eine endgültige Zusage erfolgt natürlich erst dann, wenn endgültige Planungen auf dem Tisch liegen.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Warum haben Sie es dann angemeldet?)

Aber gehen Sie davon aus, dass die Gespräche laufen und dass wir noch in der Entwicklung sind.

Ich komme noch einmal auf das Haupthandlungsfeld Altona zurück. Dort besteht die Möglichkeit, von der Mitte des Schießstands am Volkspark bis zur Behringstraße einen durchgehenden Grünzug von 1,4 Kilometer Länge zu schaffen. Diese wichtige städtebauliche Vision sollen wir unbedingt weiter verfolgen. Es könnten dort Fuß- und Radwege abseits der befahrenen Achsen entstehen, es gäbe die Möglichkeit, auf 17 Hektar zusätzliche Parkfläche zu schaffen, der Lutherpark und der Bonne-

(Horst Becker)

park könnten wieder zusammenwachsen und in der Baurstraße könnte eine Sportanlage für den Altonaer FC und für den BSV 19 gebaut werden. Wir könnten mehrere tausend Menschen in Wohnungen unterbringen, die stadtnah und in ruhigen und vor allem, was sehr wichtig ist, in sehr gut erschlossenen Bereichen liegen würden. So etwas haben wir in Stadtrandlagen nicht. Solche Wohnungen brauchen wir dringend. Für eine Finanzierung müssten wir allerdings tief in die Tasche greifen. Nach heutigem Stand ist von 150 bis 200 Millionen Euro zusätzlichen Kosten für eine Überdeckung die Rede. Darin sind allerdings die eventuelle Verlagerung von Kleingärten sowie das Paket Eimsbüttel mit dem Schnelsen Deckel enthalten. Diese 200 Millionen könnte man – wenn es so viel werden –, über Grundstücksverkäufe reduzieren, die natürlich in den Bezirken Altona und Eimsbüttel realisiert werden müssten, da diese Bereiche den unmittelbaren Nutzen davon hätten. In Poppenbüttel oder in Harburg wäre das wahrscheinlich nicht vermittelbar. Nach heutigem Planungsstand wären wir trotz Realisierung von Grundstücksverkäufen immer noch in der Situation, größere zweistellige Summen bereitzustellen.

Ich sehe, meine fünf Minuten Redezeit sind schon um. Ich werde meinen letzten Satz wie folgt formulieren: Wir werben trotz aller Probleme dafür, diese einmalige Chance nicht vorbeigehen zu lassen. Wir bitten dieses Haus und die Öffentlichkeit in der Stadt, das zu unterstützen. – Danke sehr.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei *Jan Quast SPD*)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Roock.

Hans-Detlef Roock CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich auf das Deckel-Projekt eingehe, gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Ich habe eben genauso wie der Kollege Becker erfahren, dass es Irritationen über die Finanzierung geben soll. Es Senatorin Hajduk wird das in ihrem Beitrag wahrscheinlich noch aufklären. Wenn es tatsächlich so sein sollte, dann stellt sich für mich natürlich die Frage, welche Rolle die SPD und Herr Tiefensee in Berlin spielen.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und der GAL)

Seit nunmehr gut 14 Jahren verfolgen wir den Bau eines langen Deckels, der in diesem Hause immer Konsens war. Die damalige Vision für ein großartiges städtebauliches Projekt kann, wenn es kein weiteres Störfeuer geben wird, Wirklichkeit werden. Zur Unterstützung für einen möglichst langen Deckel sind eine Reihe von parlamentarischen Initiativen sowohl auf Bürgerschafts- als auch auf Bezirksebene auf den Weg gebracht worden. Der Durchbruch wurde vom CDU-Senat mit dem Beitritt

Hamburgs in die DEGES erzielt. Das war eine kluge Entscheidung und das sollte jetzt auch allen Kritikern klar sein.

Ein langer Atem, diesen Entwicklungsprozess anzuschieben, hat sich bewährt und wir sollten ihn auch beibehalten. Wir haben jetzt die einmalige Chance, die durch die Autobahn zerschnittenen Stadtteile Othmarschen, Bahrenfeld, Stellingen und Schnelsen wieder zusammenzuführen. Es wird eine großartige städtebauliche Entwicklung, die seinesgleichen sucht. Dank gebührt auch unserem jetzigen Koalitionspartner GAL, der in all den Jahren vor Ort unsere Linie mitgetragen hat, und unserer Stadtentwicklungssenatorin Frau Hajduk, die dieses Projekt mit Tatkraft und Nachdruck voranbringen wird.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir werden nicht nur die lärmgeplagten Bürger entlasten, sondern durch Grün-, Sport- und Freizeitanlagen die Lebensqualität enorm verbessern. Insofern nützt dieses Projekt nicht nur den Menschen im unmittelbaren Nahbereich, sondern insgesamt den Bürgerinnen und Bürgern in unserer Stadt. Für die zur Refinanzierung benötigten Kleingartenflächen gibt es auf dem Deckel Ersatz. Von den Kleingärtnern erwarte ich eine konstruktive Begleitung dieses Entwicklungsprozesses im gesamtstädtischen Interesse, zumal nur 60 von 320 Kleingärten am Othmarscher Kirchenweg und an der Behringstraße von der Verlagerung betroffen sein werden. Hinzu kommt, dass keine Kleingärten verlorengehen. Die Kleingärtner haben zusätzlich die Chance, sich bei der Gestaltung von Musterkleingärten positiv einzubringen.

Alle Fraktionen in Altona, mit Ausnahme der LINKEN, ziehen an einem Strang. Die Position der LINKEN, den Deckel ohne Finanzierungskonzept – das heißt Refinanzierung des Hamburger Anteils durch Flächenverwertung – ist blauäugig und unseriös. Den LINKEN geht es wieder darum frei nach dem Motto "Freibier für alle, aber die Rechnung wollen sie nicht bezahlen."

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Kleinteiliges Denken bringt uns in unserer Stadt nicht weiter.

(*Michael Neumann SPD*: Überhaupt denken, würde schon weiterbringen!)

Gerade in der jetzigen Finanzkrise bietet dieses Projekt Raum für zusätzliche Investitionen. Nicht nur der Deckelbau, sondern auch der Wohnungsbau auf circa 30 Hektar ziehen Investitionen nach sich. Das sichert Arbeitsplätze und hilft den mittelständischen Unternehmen. Es ist ein weiterer großer Baustein, den Hamburg leisten kann, um nicht von der Finanzkrise in die Wirtschaftskrise zu schlittern.

(Hans-Detlef Roock)

(Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Mein Gott!)

Gerade jetzt ist der Zeitpunkt, alles zu tun, um investive Projekte zügig auf den Weg zu bringen. Noch sind wir gegenüber den anderen Bundesländern sehr gut aufgestellt. Ich bin sicher, dass das auch unter dieser Regierung so bleiben wird. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Grote.

Andy Grote SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eines gleich vorweg: Die Überdeckung der A 7 ist ein zentrales städtebauliches Projekt für den Hamburger Westen. Es repariert die Stadt und schafft neue Lebensqualität für viele tausend Menschen. Die SPD unterstützt ausdrücklich alles, was uns der Realisierung des Deckels näherbringt.

(Beifall bei der SPD, der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Nun ist das Thema zur Aktuellen Stunde angemeldet und ich kann gut verstehen, dass Sie Themen suchen, bei denen Sie Grund haben, sich ein bisschen zu feiern. Gelegenheit ist selten genug.

(Wolfgang Beuß CDU: Nun seien Sie mal vorsichtig!)

Was ist aber der aktuelle Anlass? Frau Senatorin Hajduk hat in der letzten Woche während einer Pressekonferenz verkündet, der Bund habe jetzt der geplanten Überdeckung und der Nutzung des Deckels zugestimmt. Die Überdeckung der A 7 sei jetzt vom Bund genehmigt und durch diese Entscheidung habe Hamburg jetzt die historische Chance, das zu realisieren. Sie haben nur ein Problem, der Bund weiß gar nichts von einer solchen Zustimmung. Das Bundesverkehrsministerium zeigt sich verwundert über die Hamburger Medienberichte, denn tatsächlich gibt es keinerlei neuen Sachstand zum Deckel. Es gibt hierzu einen Vermerk des zuständigen Referatsleiters aus dem Bundesministerium vom 14. November. Darin wird klargestellt, dass die letzte regelmäßige Planungsbesprechung im Ministerium am 4. November 2008 stattfand. Gegenstand dieser Besprechung war der Ablauf der weiteren straßenbaulichen Planung und keine Hamburger Deckelplanung. Die Ablaufplanung stellt lediglich eine Grundlage für die in Hamburg geplante zusätzliche Überdeckung dar. Erst später, wenn Hamburg definitiv selbst entschieden hat, soll es eine städtebauliche Planung geben, die dann dem Bundesministerium vorgelegt wird. In der Besprechung am 4. November wurden keinerlei Finanzierungszusagen gemacht, weitere Gespräche zur A 7-Planung nach dem Termin fanden nicht statt.

Die Äußerungen im "Hamburger Abendblatt", nach vielen Jahren sei jetzt der Überdeckung zugestimmt worden, sind im Ministerium nicht nachvollziehbar. Tatsächlich – das wird ausdrücklich festgehalten mit einer Klarheit, die in behördlichen Vermerken selten ist – gibt es seit dem Schreiben des Ministeriums an die BSU vom 19. Dezember 2007, aufgrund dessen Herr Gedaschko seine Pressekonferenz am 21. Dezember gemacht hatte, keinen neuen Sachstand. Es verbleibt bei der Zusage vom 2. März 2006 in Höhe von 250 Millionen Euro. 400 Millionen Euro sind nicht zugesagt. Mit anderen Worten: Es gibt keine Zustimmung, Genehmigung oder Ähnliches des Bundes zur Deckelplanung. Es gibt überhaupt nichts Neues in dieser Sache. Insofern gibt es auch keinen Schritt, mit dem wir der Sache nähergekommen sind.

(Wolfgang Beuß CDU: Dann können Sie sich ja hinsetzen! Setzen!)

– Das können Sie sich gut vorstellen.

Das alles lässt den Schluss zu, die Öffentlichkeit ist hier bewusst getäuscht worden.

(Beifall bei der SPD)

Für die gesamte Rhetorik zum Durchbruch und der historischen Chance gibt es keinerlei Grundlage. Bei aller Unterstützung, so kann mit einem solchen wichtigen Projekt für Hamburg nicht umgehen. Sie haben – bei allem verständlichen Bedarf nach guten Nachrichten – nicht das Recht, sich diese Nachrichten selbst zu machen und anschließend den Bund für Ihre Marketingstrategien in Haftung zu nehmen. Frau Hajduk, wir müssen von Ihnen erwarten können, dass es eine seriöse Kommunikation zum Thema gibt und keine PR-Blase, die nichts als heiße Luft enthält.

(Beifall bei der SPD – Harald Krüger CDU: Oh Mannomann!)

Nüchtern betrachtet ist das Gegenteil von dem richtig, was jetzt von Ihnen gesagt wird. Die Realisierung ist in Wahrheit schwieriger geworden, denn die Finanzierung – seit jeher Dreh- und Angelpunkt des gesamten Deckelprojekts – ist unklarer als zuvor. Wir haben nach wie vor eine Zusage des Bundes über 250 Millionen Euro, noch nicht zu den benötigten 400 Millionen Euro. Der Hamburger Anteil ist – das haben Sie selbst gesagt – von bisher kalkulierten 127 Millionen Euro auf circa 200 Millionen Euro angestiegen. Gegenfinanziert sind nach jahrelangen Flächenuntersuchungen, überwiegend durch 500 Kleingärten, bisher 80 Millionen Euro. Das heißt, Ihnen fehlen 120 Millionen Euro. Wenn wir das in Kleingärten umrechnen, sind das über 1000 Kleingärten. Das können Sie nicht ernsthaft wollen. Wir jedenfalls wollen das nicht.

Insofern – ich komme zum Schluss –

(Wolfgang Beuß CDU: Wird auch Zeit!)

(Andy Grote)

liegt noch eine Menge Arbeit vor Ihnen. Am Ende können wir gern zusammen jubeln. Aber erst einmal müssen die Hausaufgaben gemacht werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Alsdann bekommt das Wort der Abgeordnete Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Vielen Dank. Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist wahrscheinlich – ich habe sie leider nicht gezählt – in dieser Bürgerschaft die fünfundzwanzigste Debatte über den Deckel. Die Informationen sind im Wesentlichen nicht neu. Ich stelle bei CDU und GAL eine erstaunliche Symbiose bei der Themenanmeldung zur Aktuellen Stunde fest. Als wenn es keine anderen wichtigen Themen zu diskutieren gäbe. Für mich ist es erschreckend zu sehen, in welcher Weise die Grünen zurzeit versuchen, sich bei den Fragen zur Atomenergie oder zum BKA-Gesetz zu profilieren und dann aber diese Themen, die in diesen Tagen äußerst aktuell sind und eigentlich wichtig wären zu besprechen, nicht zur Aktuellen Stunde anmelden.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Die beide auch aktuell Hamburg betreffen!)

– Wir sind kein Kommunalparlament, Herr Voet van Vormizeele, sondern ein politisches Parlament, das politisch bestimmt.

Ich weiß, dass Sie die GAL gern zu einer kommunalpolitischen Kleinkraft machen wollen. Sie sind dazu auf einem guten Weg.

(Glocke – Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich würde schon bitten, dass Sie zum Thema der beiden angemeldeten Themen kommen.

Norbert Hackbusch (fortfahrend): Der Deckel ist gut.

(Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen)

Wir sagen das gern und laut überall in dieser Stadt. Wir haben in weiten Bereichen Stadt eine unerträgliche Lärmverschmutzung. Wir werden das nachher im Zusammenhang mit verschiedenen Projekten und dem Hafen diskutieren. Es wird überall in dieser Stadt ein wichtiges Beispiel sein zu sagen, gegen diese Lärmverschmutzung, die wir sowohl im Zusammenhang mit Autoverkehr als auch mit Bahnverkehr haben, ist man in der Lage, etwas zu unternehmen. Deswegen ist der Deckel ein gutes Beispiel. Ich freue mich, dass sich die Grünen, die LINKEN, die SPD oder auch die CDU seit Jahren dafür eingesetzt haben, obwohl viele

Senatoren immer dagegen gesprochen haben. So einvernehmlich war das nicht. Aber es ist ein wichtiges Zeichen in dieser Gesellschaft, deutlich sagen zu können, dass man etwas gegen Lärm machen kann.

Der hier angesprochene Streitpunkt betrifft nicht ein paar Kleingärtner oder Ähnliches. Das müssten Sie, Herr Roock, in gewisser Weise wissen. Es geht um ein erfolgreiches Bürgerbegehren in Altona. 7000 Bürger haben unterschrieben, weil sie es ablehnen, dass in dem Gebiet, um das es gegenwärtig geht, Wohnungsneubau zu Höchstpreisen organisiert wird. Wir haben dort eine große Chance, etwas Neues herzustellen. Herr Becker, wir haben immer darüber gestritten. Die Bürger wollen nicht, dass man dort möglichst viele Häuser baut, um möglichst viel Geld für Investitionen auf dem Deckel zu bekommen. Sich dagegen zu wehren, ist nach meiner Meinung etwas Normales, was wir auch unterstützen. Wir sind der Meinung, dass die Art und Weise, wie dort geplant wird, nicht städtebaulich großzügig ist, sondern nur nach dem Prinzip verläuft, dort möglichst profittreibend viel Grund zu verkaufen.

(Hans-Detlef Roock CDU: Das ist ja eine Unterstellung!)

Wir unterstützen die Kleingärtner, dass Sie sich dafür nicht zur Verfügung stellen wollen. Sie sehen sich in dieser Stadt als einen wichtigen Teil zur Auflockerung und wollen nicht, dass das ganze Gebiet bebaut wird. Darin unterstützen wir sie.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Hajduk.

Senatorin Anja Hajduk: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Grote, ich will auf die Punkte eingehen, die Sie aufgeworfen haben. Ich bin froh, dass wir uns im Hause einig sind – so habe ich es bisher verstanden –, dass die Überdeckung der A 7 für Hamburg eine große Chance ist, eine große Chance für die Bürgerinnen und Bürger bezüglich der Lärmschutzproblematik und eine große Chance für die Stadtentwicklung in Hamburg.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Sie haben nach dem Anlass gefragt, dass wir auf einer Pressekonferenz die Pläne vorgestellt haben. Wenn ich Ihre Worte dazu höre, liegt diesbezüglich anscheinend ein Missverständnis vor.

Der Bund hat keine Bedenken gegen die Nutzung auf dem Deckel für Kleingärten vorgetragen. Das ist ein außerordentlich wichtiger Punkt, wenn man weiß, dass die geplante Nutzung des Deckels mit Kleingärten gerade Gegenstand einer öffentlichen

(Senatorin Anja Hajduk)

Auseinandersetzung ist. Wenn wir wissen, dass die Realisierung und die Chance, einen Deckel nicht nur in der Länge zu bauen, wie ihn der Bund aus Lärmschutzgründen anerkannt hat, sondern dass wir Hamburger uns mit einem längeren Deckel einbringen wollen – natürlich im Zusammenhang mit der Maßnahme –, dann ist jetzt der Zeitpunkt, dieses Projekt weiter voranzubringen. Es ist auch der Zeitpunkt – das stimmt mit der Auseinandersetzung, die es zum Beispiel in Altona gibt –, das öffentlich zu machen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Der Anlass war, dass wir für unsere Nutzungspläne auf dem Deckel mit den Kleingärten einen Schritt weiter gekommen sind.

Richtig ist auch, dass wir nicht gesagt haben, dass es schon eine Entscheidung gibt. Ich habe bei der Pressekonferenz deutlich gemacht, wir werden eine Senatsdrucksache vorlegen, die wir Anfang nächsten Jahres sowohl zum Bundesdeckel als auch zum Hamburger Deckel in die Abstimmung bringen. Erst dann kann man davon reden, wie liegen die Zustimmungen vor vom Bund oder von Hamburger Planungen. Wir haben nur gesagt, 400 Millionen Euro ist die aktuelle Kostenschätzung. Weil Sie mich darauf angesprochen haben, will ich deutlich Stellung beziehen. Die aktuelle Kostenschätzung von Bund und Hamburg, die beide kooperieren beläuft sich für den Anteil des Bundesdeckels und des Ausbaus auf 400 Millionen Euro. Auch das habe ich im Rahmen der Planungen des Bundes und der jetzt aktuell vorliegenden Kostenplanung dargestellt.

Es ist richtig, wir sind noch nicht so weit, dass ich sagen kann, wir haben eine Drucksache im Senat gehabt. Aber wir haben für die Nutzungsperspektive einen klaren Fortschritt erzielt. Es ist jetzt wichtig, den mit Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vor dem Hintergrund bitte ich Sie um Folgendes: Natürlich können Sie mich als Senatorin in einem engeren Sinn kritisieren und sagen, ich hätte die Kommunikation jetzt nicht aufnehmen sollen. Aber bitte lassen Sie uns gemeinsam diese Chance nutzen, einen Deckel zu errichten, der doppelt so lang sein kann wie der, den der Bund allein vorsehen wird. Wenn wir zusammenstehen – ich begrüße, dass in Altona auch die SPD zu diesem Projekt steht –, dann lassen Sie uns das in der Sache vorantreiben und nicht Kommunikationsmissverständnisse in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung stellen. Das schadet dem Deckel und das können Sie doch wirklich nicht wollen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Mir liegt das Schreiben, das Sie haben, bisher nicht vor. Ich habe mich im Vorfeld dieser Debatte

darum bemüht. Ich bin Ihnen dankbar, wenn wir uns gleich nach der Debatte darüber austauschen können, denn mir ist am Fortschritt der Sache gelegen. Ich lasse mich gern korrigieren, wenn ein Missverständnis vorliegt, aber ich bitte Sie darum, dass wir die Deckelplanung gemeinsam vorantreiben.

Ich will noch einiges sagen. Wir haben der Öffentlichkeit in der letzten Woche unsere eigenen Planungen vorgestellt, und zwar wollen wir den Deckel in der Tat mehr als verdoppeln. Wir wollen ihn in Bahrenfeld immerhin um 1,5 Kilometer länger machen und in Schnelsen, wo im Moment im Streckenverlauf nur Lärmschutzwände mit Galeriebauwerken geplant sind, wollen wir auch einen Deckel einfügen.

Wenn in Schnelsen nur Lärmschutzwände entstehen, dann würde das heißen, dass die neun Meter hoch sind. Galeriebauwerke als Lärmschutzwand, die neun Meter hoch sind, würden im Zweifel die Schneise, die die Autobahn schlägt, noch als Schneise vertiefen. Hier könnte eine Lärmschutzmaßnahme entstehen, die einen Deckel und keine neun Meter hohe Wand vorsieht, die der Höhe eines dreistöckigen Wohnhauses entspricht und durch die eine Trennungswirkung erhöht wird. Das Vorhaben voranzubringen, das muss unser gemeinsames Interesse sein.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir wollen also mehr Deckel statt Wände und wir haben jetzt die Chance, einen Meilenstein zu setzen. Dafür brauchen wir die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

Ich will noch etwas ergänzen. Wenn man auf den Zeitplan guckt, dann soll das Planfeststellungsverfahren für die Deckel in Stellingen und Schnelsen 2010 beginnen. Wir können also Ende 2014 in Stellingen und 2015 in Schnelsen zu einer Verkehrsfreigabe für die Deckel kommen. In Bahrenfeld und Othmarschen beginnen die Planungen erst im Juni 2011. Die Fertigstellung wäre 2016/2017. Anfang des Jahres wollen wir das im Senat beschließen, um danach die Bürgerschaft damit zu befassen, wie es genau aussehen kann. Wir wissen, dass mit diesem Deckel nicht nur die Möglichkeit besteht, einen Lärmschutz für viele Menschen und Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu erreichen, sondern wir können mit diesem Lärmschutz auch eine historische Chance nutzen, die Stadtentwicklung in Hamburg voranzubringen, indem wir die historischen Parkanlagen Bonnepark und Lutherpark wieder verbinden und wir dann einen Grüngürtel vom Volkspark bis zur Elbe erhalten.

Ich möchte noch etwas sagen, weil es kritische Töne dazu gab, was es für die Region bedeutet, wenn dort ein Deckel entsteht und dort auch andere Nutzungen vorgesehen werden. Ich möchte ganz deutlich sagen, dass wir auch die Chance ha-

(Senatorin Anja Hajduk)

ben, 30 Hektar neue innerstädtische Wohnbaufläche zu schaffen. Das gibt uns dann auch die Chance, ökologisch eher fragwürdige Flächenerschließungen am Stadtrand nicht vornehmen zu müssen. Das bedeutet Platz für rund 1500 Wohnungen mitten in der Stadt an einem neuen Grünzug von der Elbe zum Volkspark. Ich habe die Diskussionen in der Bürgerschaft so verstanden, dass solch ein Ziel, innerstädtischen attraktiven Wohnraum mit Zugang zum Grüngürtel zu schaffen, von allen unterstützt wird. Dann bitte ich Sie an dieser Stelle, uns zu helfen, dass wir das auch umsetzen können und das nicht nur mit Blick auf Lärmschutz oder abstrakte Stadtentwicklung, sondern auch mit der Chance auf innerstädtisches Wohnen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich spreche das auch vor dem Hintergrund an, der mit dem Anlass der jetzigen Auseinandersetzung zu tun hat. Darauf haben Sie auch abgehoben, Herr Grote. Es ist wahr und richtig, dass wir einen Konflikt mit den Menschen haben, die dort Kleingärten besitzen und sich sorgen, was mit ihren Kleingärten wird. Es werden Unterschriften gesammelt für einen Bürgerentscheid "Apfelbaum braucht Wurzelraum", der darauf abzielt, eine mögliche Verlagerung von Kleingärten auf den Deckel zu verhindern. Das ist der Anlass, bei dem wir uns alle fragen und uns in die Diskussion begeben müssen, wie wir das umsetzen wollen. Wenn wir diesen Wohnraum schaffen wollen, dann kommen wir nicht umhin, solche Umnutzungen vorzunehmen.

Der Kostenanteil – und da bitte ich Sie, mich nicht auf eine Zahl festzunageln, das habe ich auch ausdrücklich bei der Pressekonferenz gesagt – wird Ihnen im Rahmen der Drucksache vorgelegt werden, aber die Kostenschätzungen zeigen, dass es bis an 180 Millionen Euro herangehen kann, die nur der Hamburger Teil kosten wird. Wir müssen also nicht nur Flächen für Wohnraum als Ziel verfolgen, sondern auch Gegenfinanzierungen bringen und die kann man mit solch einer Flächenumnutzung darstellen. An dieser Stelle kann ich Ihnen nur sagen, dass ich den Konflikt mit den Kleingärtnern ernst nehme. Die Planung sagt, dass man 560 bestehende Kleingärten verlagern müsste, wenn wir diese Finanzierungslücke schließen wollen. Aber wir bieten 400 bis 450 Kleingärtnern eine Ersatzfläche auf dem Deckel an, weil alle eine Ersatzfläche bekommen sollen und für weitere 150 bis 200 Kleingärtner eine Ersatzfläche an anderer Stelle. Damit haben wir ein Konzept, das wir einerseits verlagern, aber mit dem wir auch jedem ein Angebot machen können. Ich würde mich freuen, wenn wir diesen Dialog, den wir in der Bürgerschaft, aber auch in Altona ernst nehmen, zu einem erfolgreichen Ende bringen wollen. Deswegen sollten wir jetzt aktiv in diesen Dialog eintreten und da bitte ich Sie alle mitzumachen. Dafür haben wir jetzt den Anlass, weil uns der Bund zugestanden hat, diese Pläne zu verfolgen, Kleingärten auf dem

Deckel zum Nutzungskonzept zu machen. Ich glaube, das ist im Endeffekt eine gute Botschaft. Wenn es uns gelingt, da die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner mitzunehmen, dann schaffen wir es, ein wirklich großartiges Projekt voranzubringen. Das steckt sich dann nicht nur ein schwarz-grüner Senat an den Hut, sondern das stecken sich alle Politiker in diesem Haus an den Hut, die mitgemacht haben, und das sollte die Hauptbotschaft sein. – Schönen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Carola Veit SPD*: Wie lange war das?)

Präsident Berndt Röder: Ich habe zunächst Veranlassung darauf hinzuweisen, Frau Senatorin, dass Sie 230 Prozent der Redezeit in Anspruch genommen haben, die ein Abgeordneter in der Aktuellen Stunde in Anspruch nehmen kann.

Das Wort bekommt die Abgeordnete Frau Gregersen.

Martina Gregersen GAL:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Viele Argumente sind ausgetauscht worden – historische Parkverbindungen, Grünwege. Eine Zahl möchte ich noch einmal nennen: 25 Hektar Grünzug werden neu entstehen und davon alleine 17 Hektar in Altona. Der Grünzug wird Radwege und Spiel- und Sportplätze haben. Er wird eine tolle Grünverbindung werden, die uns allen fehlt, und er wird Kleingärten behalten. In Othmarschen, Stellingen, Bahrenfeld und Schnelsen sind die Anwohner die echten Gewinner dieses Deckels, wenn er kommt, denn nach fast 40 Jahren der Trennung und der Zerschneidung von Stadtteilen können sie wieder zusammenwachsen.

(*Frank Schira CDU*: Es wächst zusammen, was zusammengehört!)

Wo kein Deckel ist, kommen Lärmschutzwände hin und somit sind alle Menschen entlang der A 7 in Hamburg wirklich die Gewinner.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die Senatorin hat es angesprochen, es entsteht neues Bauland. Das sind 30 Hektar für circa 1500 Wohneinheiten. Natürlich müssen wir darauf hinweisen, um alles finanzieren zu können, muss man auch unangenehme Dinge in Angriff nehmen, so die Verlagerung von 560 Kleingärten, denen der Umzug bevorsteht.

Es entstehen Ersatzkleingärten auf dem Deckel und 150 bis 200 Kleingärten auf anderen Flächen in der Umgebung sowie 40 Kleingärten zusätzlich. 60 Kleingärten, die entfernt werden oder umziehen müssen, befinden sich im Moment auf Altlastenflächen. Wer das kennt – ich bin selbst seit 20 Jahren Kleingärtnerin eines Kleingartens, der sich auf einer Altlastfläche befindet –, der weiß, dass er auf

(Martina Gregersen)

dieser Fläche zum Beispiel kein Gemüse mehr anbauen darf, was sonst Vorschrift ist, und dass er Kinder nicht in Kontakt mit dem Boden kommen lassen kann. Auch wenn wir den Leuten etwas zumuten, ist das, was wir für einen Teil der Kleingärtner machen, eine absolute Verbesserung.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Natürlich ist es nicht so einfach, einen Garten mal eben umzusiedeln. Man kann einen Teich, eine Hütte, einen Schuppen, Bäume, Pflanzen nicht mal eben mit nach Hause nehmen und dann irgendwann, wenn man wieder einen anderen Garten hat, dort wieder hinsetzen. Das geht nicht. Auch weil wir diese Aspekte wissen und den Kleingärtnern einen möglichst guten Ablauf gewährleisten wollen, sind die Planungen so, dass erst die Fläche auf dem Deckel fertiggestellt wird, indem 1,20 Meter bis 1,50 Meter Erdreich aufgetragen wird und dann erst die Kleingärten dorthin umgesiedelt werden. Wir wollen den Menschen einen sehr entgegenkommenden Ablauf anbieten.

Wichtig ist uns – und das habe ich heute gesehen –, dass wir alle gemeinsam hinter dem Deckel stehen, alle Fraktionen. Dann finde ich es sehr bedauerlich, wenn zum Beispiel Herr von Kleist, der oberste Kleingärtner, in der Oktober-Ausgabe sagt, dass auch er den Deckel haben möchte, aber er findet es so wie es läuft alles sehr schlecht. Ich bin 20 Jahre Kleingärtnerin und habe 20 Jahre enttäuscht zugesehen, wie er sich nicht besonders toll oder teilweise nur halbherzig für Kleingärtner eingesetzt hat, außer es war vor der Wahl.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der CDU)

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist taktieren. Ich habe die Worte von Herrn von Kleist noch gut im Ohr, als ich sagte, ich möchte eine Demo für Kleingärtner machen und er antwortete, doch nicht jetzt, Frau Gregersen, das machen wir vor der Wahl.

(Glocke – *Ingo Egloff SPD*: Der versteht sein Geschäft, Frau Gregersen! Deshalb ist er auch so erfolgreich!)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, darf ich auch Sie noch einmal an das Thema erinnern.

Martina Gregersen (fortfahrend): Ja, gut. Ich komme zurück zum A 7-Deckel. Im Moment ist es interessant, dass wir jetzt noch ein weiteres Taktieren haben in der ins Wanken geratenen Person von Herrn Tiefensee, der wahrscheinlich anderen Zahlen zukommen lässt, die den A 7-Deckel betreffen, aber vielleicht nicht uns. Ich denke, wir sollten das Taktieren lassen und alle gemeinsam für den Deckel kämpfen und einstecken, damit es für diese Stadt zum Guten wird. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Grote.

(*Ingo Egloff SPD*: Sage mal was zu Ingo von Kleist!)

Andy Grote SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, liebe Frau Gregersen, wir alle wollen den Deckel. Die SPD will den Deckel. Wir haben viel dafür vor Ort getan und beschäftigen uns seit Jahren intensiv damit. Gerade weil wir das Projekt sehr ernst nehmen, kann man natürlich auch erwarten, dass wir hier eine ehrliche und ernsthafte Kommunikation dazu führen. Das Ganze hat einen langen Vorlauf, den wir alle kennen. Wir wissen auch, dass die Kommunikation sensibel sein muss, weil viele Tausend Menschen unmittelbar von dem betroffen sind, was da passiert. Da geht es nicht, dass Sie sagen, dort gibt es wohl ein kommunikatives Missverständnis. Das Problem ist kein Missverständnis, sondern die Kommunikation, die es hier gegeben hat. Sie können nicht hingehen und sagen, wir haben jetzt den Durchbruch, wir haben einen völlig neuen Sachstand, der Bund hat etwas genehmigt, wenn das nicht stimmt. Ich werde Ihnen den Vermerk gleich geben, Sie können sich dann noch dazu äußern.

(*Jens Kerstan GAL*: Hat sie doch!)

Es gibt keine entsprechende Zustimmung. Wenn Sie sagen, der Bund habe keine Bedenken vorgebracht, dann ist der Anlass Ihrer Pressekonferenz, dass der Bund sich zu irgendetwas nicht geäußert hat. Ich glaube, das rechtfertigt kaum die Rhetorik vom Durchbruch, die Sie da an den Tag gelegt haben.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Bei Herrn Tiefensee sind keine Durchbrüche zu erwarten!)

Die Finanzierungsumstände sind so, dass das Projekt eher weiter weg als näher gerückt ist.

Frau Gregersen, wenn Sie jetzt zu dem Dialog, den Frau Hajduk mit den Kleingärtnern angeregt hat – man fragt sich auch, warum jetzt, warum nicht viel früher? –, bemerken, Herr Kleist würde sich nicht ausreichend für seine Kleingärtner einsetzen, dann kann ich nur sagen, warten Sie einmal ab, wie der sich einsetzen wird. Daran werden Sie viel Spaß haben.

Ich will noch etwas zur Finanzierung sagen. Sie haben angedeutet, dass die Finanzierungslücke deutlich größer ist als wir bisher kalkuliert haben. Die 127 Millionen Euro reichen nicht aus, wir kommen auf 180 bis 200 Millionen Euro. Damit ist natürlich das ganze Konzept, das Sie jetzt vorgetragen haben – Finanzierung über Kleingärtner –, hinfällig. Wir brauchen eine völlig neue Finanzierungs-

(Andy Grote)

struktur und die sind Sie bisher schuldig geblieben. Dazu gibt es nicht einmal eine erste Idee. Wenn man das ernsthaft betrachtet, dann muss man sich für diese Finanzierung Flächen in ganz Altona und nicht nur direkt an der Autobahn ansehen, man muss auch die Trabrennbahn und andere Flächen mit einbeziehen. Sie werden nicht umhin kommen, dafür einen mittelgroßen zweistelligen Betrag aus dem Haushalt zur Verfügung zu stellen. Sonst wird das nichts werden.

Wenn Sie jetzt den Dialog mit denjenigen suchen, die noch Schwierigkeiten mit der Akzeptanz des Projektes haben, insbesondere mit den Kleingärtnern, dann kann ich Ihnen nur raten, diesen Dialog ernsthaft zu führen und nicht mit dem Gedanken zu spielen, sich über das Bürgerbegehren hinwegzusetzen,

(Jens Kerstan GAL: Es gibt auch noch andere Bürgerbegehren; davon sagen Sie gar nichts!)

wie es die schwarz-grüne Koalition in Altona beim Bismarckbad gemacht hat. Das ist vielen Menschen noch gut in Erinnerung. Insofern hoffe ich, dass Sie diese Aufgaben, die auf dem Tisch liegen, ernsthaft aufnehmen und wir zukünftig über das Projekt sprechen können und nicht mehr über die Marketingstrategie der letzten Tage. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde, dass Frau Hajduk den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Im Unterschied zu Herrn Becker, bei dem das gar nicht vorkam, hat sie darauf aufmerksam gemacht, dass es in Altona einen gesellschaftlichen Konflikt gibt. Wenn wir dieses Projekt wollen, den Lärmschutz in einer anderen Dimension, dann macht das nur Sinn – gerade vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung in Altona –, wenn wir die Bevölkerung dort mitnehmen. Das war aus meiner Sicht der entscheidende Punkt. Man muss dann vor Ort für solch ein Projekt werben. Das sind nicht einfach verrückt gewordene oder stehengebliebene Kleingärtner, Frau Gregersen,

(Martina Gregersen GAL: Nein, natürlich nicht! – Hans-Detlef Roock CDU: Das sagt doch kein Mensch!)

sondern es handelt sich darum, dass hier ein Bürgerbegehren auf dem Weg ist. Die haben weit über 7000 Unterschriften gesammelt. Als Politiker muss man mal einen Moment darüber nachdenken, warum dieses Projekt eine solche Resonanz hat. Was beunruhigt die Leute? Ich glaube, dass die Bevölkerung – das ist bereits von Herrn Grote ge-

sagt worden – im Umgang mit ihren Vorstellungen und Erwartungen – siehe Bismarckbad – keine positiven Erfahrungen im Kopf hat.

Der entscheidende Punkt, soweit wir das einschätzen können, ist nicht nur die Kleingartenfrage, sondern die Befürchtung, dass die dort entstehenden Neubauten wiederum Neubauten sind, die nicht dem Gesichtspunkt der sozialen Durchmischung Rechnung tragen. Die Leute haben durch die Gentrifizierung, die in Altona wirklich ein Problem ist, die Furcht, dass sie durch einen bestimmten Prozess aus ihren sozialen Räumen verdrängt werden.

Wenn der Bezirksamtsleiter sagt, wir machen das nach dem Höchstgebotsverfahren, uns nach alternativen Projekten, Plätzen für den sozialen Wohnungsbau umzugucken, den es im Bereich Altona bis Diebsteich reichlich gebe, dann ist das ein Angebot vor Ort, das aber nicht aufgegriffen werden kann. Das heißt, es ist bei diesem Projekt in Altona nicht nur eine Sache, wie ich dort das etwas konservative Klientel, die gerne an ihren alten Kleingärten festhalten will, überzeuge, sondern Sie müssen einen Teil der Altonaer Bevölkerung überzeugen, dass es Sinn macht, das zu machen, denn die Leute haben Angst davor, verdrängt zu werden. Sie sollen durch Gentrifikation nicht die Benachteiligten sein. Also müssen Sie ein umfassendes Angebot auf den Tisch legen und nicht einfach daherkommen, wie Herr Roock, und sagen, wir machen das jetzt und jeder, der da ist, ist für Freibier.

(Beifall bei der LINKEN – Frank Schira CDU: Das macht er doch gar nicht!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Becker.

Horst Becker GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es sind schon viele Nägel getroffen und in der Sache die wesentlichen Argumente gesagt worden.

(Carola Veit SPD: Dann setzen Sie sich doch wieder hin!)

Was mich allerdings wundert, ist, dass zwei Fraktionen in diesem Haus, die angeblich dafür sind, nach meinem Eindruck mehr dagegen als dafür geredet haben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Herr Grote, Sie haben gesagt, dass Sie alles täten, um dieses Projekt zu unterstützen. Aber wenn es nachher 1000 Kleingärten sind, die angefasst werden, dann macht die SPD das nicht mehr mit. So habe ich das verstanden und mitbekommen, dass Sie wieder einmal gleichzeitig in beide Richtungen laufen. Da sollten Sie sich wirklich einmal überle-

(Horst Becker)

gen, wo Sie eigentlich stehen, wo da irgendwelche Grenzen für Sie sind.

(*Andy Grote SPD*: Wollen Sie denn 1000 an-
fassen?)

– Davon ist doch gar keine Rede. Es ist von insge-
samt 560 die Rede. Davon sind 100 im Bezirk
Eimsbüttel und 460 im Bezirk Altona. Die Zahl
1000 haben Sie ins Gespräch gebracht und ge-
sagt, dann macht die SPD das nicht mehr mit,
nachdem Sie vorher gesagt haben, Sie täten alles,
um dieses Projekt zu unterstützen. Nun tun Sie
aber doch nicht alles, um dieses Projekt zu un-
terstützen und das nenne ich in beide Richtungen
gleichzeitig laufen.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Carola
Veit SPD*: Setzen Sie sich doch einfach wie-
der hin!)

Welche Kommunikationsstrukturen werden eigent-
lich bei Ihnen gepflegt, wenn man feststellen muss,
dass irgendwelche Vermerke aus einem SPD-ge-
führten Bundesministerium bei einem oppositionel-
len Landtagsabgeordneten landen und nicht bei
der Senatorin?

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Da merkt man dann, mit welcher Strategie Sie ins
Gefecht gehen. Sie wollen Sand ins Getriebe
streuen und parteipolitischen Profit aus dieser Kon-
fliktlage schlagen. Ihre Unterstützung dieses
Deckels ist nicht ehrlich.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wenn Sie zu einer ehrlichen Haltung kommen wol-
len, dann sollten Sie wirklich deutlich über sich
nachdenken.

Was Herrn Bischoff betrifft, habe ich vorhin über
diese Konfliktlage nicht geredet, weil die fünf Minu-
ten zu kurz waren. Ich wäre sonst darauf zu spre-
chen gekommen.

(*Michael Neumann SPD*: Einfach schneller
sprechen!)

Es ist nicht so, dass wir erst jetzt ins Gespräch tre-
ten werden, sondern Frau Gregersen und ich sind
schon vor Monaten dort gewesen und sind längst
im Gespräch und das werden wir natürlich auch
weiterhin machen. Wir werben für diese Idee, von
der Sie auch gesagt haben, dass Sie dafür sind,
aber dann sind Sie es doch nicht, wenn das und
das einträte.

Zum Thema Gentrifikation, es geht überhaupt nicht
darum, angestammte Wohnbevölkerung zu vertrei-
ben. Das ist überhaupt nicht das Thema. Es geht
um Freiflächen und Kleingärten und dass das ein
sensible Thema ist, dessen sind wir uns sehr
wohl bewusst. Aber es ist auch ein gesamtstädti-
sches Thema, bei dem man die Frage auch einmal
umkehren muss, wer ist eigentlich für wen da? Das

muss man dann auch einmal überlegen, wie wich-
tig es uns ist, dieses Ziel zu erreichen und wie weit
man da geht. Die Frage der Zumutbarkeit müssen
wir sehr deutlich überlegen. Darüber sollten Sie
auch einmal nachdenken, ob es reicht zu sagen,
wir servieren Champagner, aber wenn die Rech-
nung bezahlt werden soll, dann sind wir nicht mehr
da.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Norbert
Hackbusch DIE LINKE*: Welch dummes Ar-
gument!)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen
zu diesem Thema sehe ich nicht. Dann rufe ich
das zweite Thema auf, angemeldet von der Frakti-
on DIE LINKE:

Rückwirkungen der Finanzkrise auf Ham-
burg – Das Desaster der HSH Nordbank und
die öffentlichen Interessen.

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der
Abgeordnete Dr. Bischoff hat es.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsi-
dent, meine Damen und Herren! Ich muss dem
Bürgermeister wirklich lassen, dass er es hin und
wieder doch schafft, wenigstens mich zu überra-
schen. Als ich heute Morgen sein Interview im
"Hamburger Abendblatt" zur HSH Nordbank-Pro-
blematik gelesen habe, konnte ich nur sagen: Cha-
peau, das war aus meiner Sicht ein wirklich klären-
des Wort in dieser Situation.

(*Karl-Heinz Warnholz CDU*: Das hören wir
gerne!)

– Was Recht ist, soll auch entsprechend gewürdigt
werden, das ist gar keine Frage.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Zuru-
fe von der CDU: Weiter so! Weiter so!)

Herr von Beust sagte, es gibt kein HSH Nordbank-
Desaster, sondern ein Problem der Landesbanken
und vieler Geschäftsbanken. Was das Ausmaß
dieses vermeintlichen Desasters angeht, müssen
wir die Risikoanalyse der Wirtschaftsprüfer abwar-
ten, die im Dezember vorliegen soll. Das finde ich
bezogen auf die Debatten, die wir mit Herrn Frey-
tag hatten, wirklich klärend, denn Herr Freytag hat
bislang immer wieder behauptet, es sei alles in
Ordnung, es gibt kein spezifisches Problem HSH
und HSH ist auch nicht das Problem aller Landes-
banken.

Seit wann wissen wir, dass wir – um mit den Wor-
ten von Herrn von Beust zu sprechen – ein Lan-
desbanken-Problem haben? Das haben wir seit
August 2007. Seit 2007 ist klar – jedenfalls in
Sachsen, da soll der Ministerpräsident gegangen
sein, später auch in Bayern, seit dem ist nicht von
der Hand zu weisen, dass wir ein Problem bei den

(Dr. Joachim Bischoff)

Landesbanken haben. Trotzdem hat sich Senator Freytag im Wahlkampf und auch nach dem Wahlkampf immer wieder hingestellt und hat behauptet, die HSH Nordbank fällt nicht unter dieses Verdikt, das wir seitdem kennen. Nicht das ökonomische Fiasko der HSH Nordbank beherrscht seit Monaten die politische Debatte in der Öffentlichkeit in Hamburg, sondern meines Erachtens die notorische Schönrednerei vom zuständigen Senator Freytag.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Herrn von Beust gebührt es – das finde ich auch anerkennenswert –, dass er heute Morgen gesagt hat: Schluss mit dem Unfug, es ist seit dem letzten Jahr klar, dass Herr Freytag uns beständig etwas erzählt, wovon er keine Ahnung hat oder was er anders darstellen will.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Schon vor der Finanzkrise – ich teile die Einschätzung von Herrn von Beust – hatte die Mehrheit der Landesbanken Probleme mit ihrem Geschäftsmodell. Die Bundesländer und die Sparkassen haben es in den letzten Jahren versäumt, die notwendige Ausrichtung dieser Landesbanken durchzusetzen. Das kann man meines Erachtens nicht von den Vorständen verlangen, sondern das ist der Job der Aufsichtsräte und das ist auch das, was wir wieder angemahnt haben und Herr Freytag dann sagt, wir wollten den Feuerwehrlöcher erschießen.

(Heiterkeit bei der LINKEN und der SPD)

Darum geht es gar nicht, sondern er sollte seine Aufgabe wahrnehmen und als Mitglied des Aufsichtsrates und als Vertreter der Eigentümer eine andere Politik durchsetzen. Das haben Sie nicht gemacht und insofern bleibt es Ihr entscheidendes Versagen in dieser ganzen Auseinandersetzung. Sie haben uns nicht erklärt – Herr von Beust sagte heute Morgen, warten wir einmal die Ergebnisse der Sonderprüfung ab –, warum die Landesbanken in solch ein irrsinniges Verbriefungsgeschäft eingestiegen sind.

Herr Freytag, wir haben uns erst recht nicht erklären können, warum Sie in der letzten Runde immer wieder darauf hingewiesen haben, dass doch eigentlich alles in Ordnung sei in der HSH Nordbank, außer dieser toxischen Wertpapierpakete, die nun einmal da sind. Meines Erachtens ist Herr von Beust heute noch einen Schritt weitergegangen, indem er endlich Klarheit geschaffen und gesagt hat, die Hansestadt Hamburg denke darüber nach, wie wir diese Bank los werden. Das ist bislang von Herrn Freytag in keiner Weise zur Diskussion gestellt worden.

Ein letzter Punkt, über den wir dann noch diskutieren müssen, Herr Freytag.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, für einen Punkt haben Sie keine Zeit mehr. Bitte nur noch einen Schlusssatz.

Dr. Joachim Bischoff (fortfahrend): Den wollte ich gerade sagen. Wir sollten noch einmal darüber reden, ob Sie die These, die Sie noch am Dienstag aufgestellt haben, dass das Shipping-Geschäft total in Ordnung sei, überhaupt noch aufrechterhalten können.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Schira.

Frank Schira CDU:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Bischoff, Sie haben in der Ihnen eigenen charmanten Art liebevoll über Michael Freytag referiert. Aber ich möchte diese Aktuelle Stunde dafür nutzen, um ernsthaft über die Finanzkrise und vor allen Dingen, wie Sie es auch angemeldet haben, die wirtschaftlichen Auswirkungen zu sprechen, denn die Krise, meine Damen und Herren, hat Hamburg längst erreicht.

Die gegenwärtige Lage ist diffus. Keiner von uns weiß, was in den nächsten Monaten, Wochen auf uns zukommt. Wir haben allenfalls, wie die meisten Menschen in dieser Stadt und in ganz Deutschland, eine Ahnung und die ist bestimmt nicht positiv. Jeder Bürger macht sich sorgenvoll Gedanken, Arbeitnehmer fragen sich, was kommt auf uns zu, wie sicher ist mein Arbeitsplatz. Unternehmer fragen sich, soll man jetzt Investitionen tätigen, soll man Personal einstellen.

Was überhaupt nicht hilft, meine Damen und Herren, ist zwanghafter Optimismus. Das glaubt zu Recht kein Mensch. Aber, Herr Neumann, zwanghafter Pessimismus hilft uns genauso wenig weiter.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich glaube – und so sieht es die gesamte CDU-Fraktion –, dass eine ehrliche, offene, transparente Darstellung der wirtschaftlichen Situation am besten ist.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Dies ist zu Recht die Erwartung aller Hamburger und das gilt für uns gleichermaßen, für uns als Regierung und für Sie als Opposition. Wir alle müssen darüber nachdenken, wie wir für Hamburg die sich anbahnenden wirtschaftlichen Verwerfungen so gering wie möglich halten können. Natürlich müssen Fragen zur Zukunft der HSH Nordbank gestellt und Antworten gefunden werden, zur Zukunft des gesamten Bankenwesens, mindestens des Landesbankenwesens, des Haushaltes, der Wirtschaft unserer Stadt. Die Vorbereitung wird aufseiten des Senats durch Bürgermeister Ole von

(Frank Schira)

Beust, der unermüdlich in Berlin ohne lautes Getöse für Hamburg, für diesen Senat und für diese Koalition kämpft, betrieben.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker GAL*)

Ich appelliere auch an Sie, insbesondere an die Opposition, an die SPD: Machen Sie mit, denken Sie darüber nach, werden Sie Ihrer staatspolitischen Verantwortung gerecht. Sie haben ein paar Punkte ein bisschen leicht aus dem Handgelenk gesagt, aber Sie können ja weiter mitdenken. Arbeitnehmer, Gewerkschaft, Arbeitgeber, Kammern, Senat und Bürgerschaft, wir alle müssen zum Beispiel über Fragen nachdenken, wie wir die Wirtschaft in den unterschiedlichen Branchen in unserer Stadt am Laufen halten. Sollen wir jetzt und wenn ja, welche Investitionen vorziehen? Wie schaffen wir – und das ist die Grundfrage – Vertrauen. Wir wurden gewählt, um gerade in schwierigen Zeiten Situationen zu meistern. Es ist nicht die Zeit einseitiger Schuldzuweisungen an Personen. Herr Neumann, Hamburg, die Region, ganz Norddeutschland, ganz Deutschland kann diese Krise gar nicht alleine überwinden. Dafür brauchen wir mindestens ein gemeinsames Auftreten aller europäischen Staaten. Ich meine, die Bundesregierung hat bisher richtig gehandelt, allerdings arbeitet die Bankaufsicht selbst zu langsam, dies muss schneller gehen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Meine Damen und Herren! Die Bürger wollen kein Parteigezänk. Sie wollen Vorschläge zur Bewältigung der Krise, sie wollen Vertrauen in das Handeln der Verantwortlichen in der gesamten Politik, in der gesamten Wirtschaft und gemeinsam müssen wir diese Herausforderungen meistern. Daran werden wir alle, auch Sie, gemessen. Wenn wir uns dies alles zu eigen machen und im wahrsten Sinne des Wortes durch Gemeinsinn für das Gemeinwohl unserer Stadt nachdenken,

(*Michael Neumann SPD*: Wollen Sie Bundespräsident werden?)

auch miteinander ringen, aber auch die Kraft haben, gemeinsam zu handeln, dann werden wir diese Prüfung, wie Hamburg in seiner Geschichte schon so manch andere Krise überwunden hat, auch bestehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Schira, herzlichen Dank für diesen ersten, wenigstens

nachdenklichen Beitrag Ihrer Fraktion zu diesem Thema.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Da sind wir Ihnen weit voraus!)

Herr Bischoff hat recht, seit dem Wahlkampf hat der Senat die Auswirkungen der Finanzmarktkrise systematisch verharmlost. Trotz der Schönwetterreden des Finanzsenators stellen wir mehr und mehr fest – auch Herr Schira stellt das heute fest –, dass die Finanzmarktkrise uns auch in Hamburg trifft und sie trifft uns hart. Die ausbleibenden Dividenden und Zinsen in Millionenhöhe treffen auch unseren Haushalt. Es fällt mir schwer, Herr Senator Freytag, bei diesem Thema noch etwas zu glauben. Sie haben dem Haushaltsausschuss bisher immer genau das erzählt, was bis dahin in der Zeitung stand. Die CDU hat meiner Fraktion einmal sogar das Wort entzogen, obwohl wichtige Fragen zu klären waren,

(*Olaf Ohlsen CDU*: Na, na, na!)

zum Beispiel, warum noch im Juni, als der Senat 300 Millionen Euro zusätzlich in die Bank eingezahlt hat, das Geschäft der HSH Nordbank als auch in der Finanzmarktkrise stabil und erfolgreich dargestellt wurde. Warum hieß es dann, die HSH sei zwar betroffen von der Finanzmarktkrise, aber ein eigenes Verschulden gebe es nicht und Wertkorrekturen seien schließlich noch keine Verluste. Dann kommen Sie, 300 Millionen Euro Verlust später, am 11. November in den Ausschuss und erklären uns, der Vorstandsvorsitzende musste entlassen werden wegen schwerer Fehler. Sie hätten davon nichts gewusst und eigentlich auch nichts wissen müssen, Ihre Aufgabe bestünde darin, den Vorstand zu entlassen, wenn der Schaden schon eingetreten sei.

Jetzt verspüren Sie allerdings doch eine operative Verantwortung, krepeln die Ärmel hoch und verschaffen sich einen Überblick über die Geschäfte der HSH Nordbank, die Sie seit Monaten beaufsichtigen. Das ist eine Auffassung von Aufgaben eines Aufsichtsratsmitglieds, die, gelinde gesagt, abwegig ist und mit Ihrer Verantwortung als Finanzsenator, mit Ihrer Verantwortung für die Interessen Hamburgs nicht vereinbar ist.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das passt auch nicht zu Ihren früheren Aussagen auf kritische Fragen der Opposition. Sie haben die Fragen immer weggebügelt und behauptet, die Geschäfte der Bank seien solide und erfolgreich. Sie hätten eigentlich sagen müssen, ich weiß das alles gar nicht, ich sitze nur im Aufsichtsrat und höre mir an, was der Vorstand erzählt. Das hätten Sie sagen müssen, aber dieses Bild ist unglaublich. Jetzt versuchen Sie, über die Runden zu kommen, ohne die Fakten auf den Tisch zu legen. Das ist schlecht und das können Sie sich auch nicht leisten.

(Dr. Peter Tschentscher)

Wenn Herr von Beust jetzt endlich diesen Kurs korrigiert, dann ist das richtig. Ich vermute nämlich, dass es gar nicht um faule Kredite der Vergangenheit geht, über die Sie immer reden. Ich befürchte, dass es um aktive riskante Geschäfte geht, die in der laufenden Finanzmarktkrise noch gemacht wurden. Deshalb: Legen Sie die Fakten auf den Tisch, sagen Sie uns, welche Fehler zu welchem Zeitpunkt gemacht wurden und was Sie im Aufsichtsrat unternommen haben, um die Interessen Hamburgs zu wahren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Öffentlichkeit steht teilweise fassungslos vor einer Finanzkrise, verursacht von Managern, Banken, Hedgefondsmanagern, die mittlerweile nicht nur eine Finanzkrise ist, sondern auch eine schwere Wirtschaftskrise auszulösen droht, die die Konjunktur und auch die Arbeitsplätze in den Abgrund zu reißen droht.

Banken stehen vor der Pleite, andere Banken beantragen Garantiesummen vom Staat. Die Summen scheinen keine Grenzen zu kennen und mittendrin steht Hamburg mit seiner 30-prozentigen Beteiligung an der HSH Nordbank. Zu Recht wird die Frage nach der Verantwortung des Vorstands und des Aufsichtsrats gestellt und welche Auswirkungen das Ganze auf den Hamburger Haushalt haben werde. Wenn man sich aber die Argumentation anhört, dann kann man sich des Eindrucks nicht ganz erwehren, dass es hier nicht nur um die Sorge der Wirtschaft und die Arbeitsplätze geht und was dies für Hamburg bedeutet, sondern dass eine parteipolitische Instrumentalisierung als kleiner Nebeneffekt ganz willkommen ist.

(Ingo Eglöff SPD: Das haben Sie ja nie gemacht!)

Teilweise werden auch Sachen verglichen und vermengt, die eigentlich miteinander nichts zu tun haben, und das alles in einer Situation, in der eine große Vertrauenskrise in der Wirtschaft, in der Bevölkerung herrscht, in der Investitionen aus Unsicherheit und Angst zurückgehalten werden und die Bevölkerung aus Angst vor dem, was da kommt, spart. Wenn wir diese Debatte hier führen, muss man sich bei seinen Ausführungen auch die Frage stellen, wie diese Argumentation, die Sie hier gebracht haben, auf die Bevölkerung wirkt, denn eines ist doch klar: Wenn es nicht gelingt, diese Vertrauenskrise zu überwinden, dann werden wir einen schweren wirtschaftlichen Absturz erleiden, der wenig Gewinner, sondern fast nur Verlierer kennen wird, ganz unabhängig davon, wer heute meint, in dieser politischen Debatte punkten zu müssen oder auch nicht.

Ich möchte einmal versuchen, ein paar sachliche Argumente zu bringen, denn Herr Bischoff hat zumindest im Gegensatz zur SPD versucht, ein paar Fragen zu stellen.

(Ingo Eglöff SPD: Die Fragen haben wir schon im Ausschuss gestellt und die sind auch nicht beantwortet worden!)

Ist es bei der HSH Nordbank das Gleiche wie bei der Sachsen LB, die eigentlich schon im August letzten Jahres vor dem Ruin stand? Wenn man sich die Zahlen anguckt, dann muss man sagen, nachdem, was wir heute wissen, ist das eindeutig nicht der Fall, denn die HSH Nordbank ist nicht eine Bank, die ein Vielfaches ihres Eigenkapitals durch riskante Geschäfte verloren hat. Sie hat ohne Zweifel höhere Abschreibungen, als ich selber, auch nach Informationen des Vorstandsvorsitzenden, erwartet hätte. Aber nichtsdestotrotz belaufen sich die Verluste auf ungefähr 300 Millionen Euro. Angesichts eines Eigenkapitals von 8 Milliarden Euro ist das zwar ein schwerer Schlag für die Bank, aber mit Sicherheit nichts, was diese Bank im Moment an den Rand des Ruins bringt.

Die Frage ist in der Tat richtig, Herr Bischoff, warum diese Bank diese Verbriefungsinstrumente genutzt hat. Die Argumente waren ganz plausibel. Die drei Hauptgeschäftsfelder der Bank sind sehr konjunkturabhängig: Schiffsfinanzierung, Flugzeugfinanzierung, Mittelstandsbank, alles Sachen, die in einer Wirtschaftskrise in den Keller gehen. Und dann hat dieser Vorstand geglaubt, mit diesen Verbriefungssachen einen vierten Zweig aufzubauen, der in einer Wirtschaftskrise stabilisieren soll. Das war das Argument, warum diese Finanzinnovationen eingeführt wurden. Wie wir heute wissen, haben diese Instrumente nicht das gebracht, was sie bringen sollten, sie haben nicht die Krise stabilisiert, sondern die Krise verschärft.

Dass der Vorstand das nicht erkannt hat, kann man ihm nicht vorwerfen,

(Ingo Eglöff SPD: Warum ist er nicht zurückgetreten?)

dann müsste man den Großteil aller Aktiven in der Finanzwirtschaft jetzt in den Zwangsruhestand schicken inklusive der Aufsichtsräte. Aber was man diesem Vorstand vorwerfen kann, ist, dass er zu einem Zeitpunkt, als deutlich wurde, dass seine Bank in Schwierigkeiten gerät, unbeirrt an seinen Aussagen festgehalten hat und dann hat der Aufsichtsrat ab einem bestimmten Punkt reagiert.

Die SPD hat gefragt, ob er denn nicht zu spät reagiert habe. Diese Frage stellen sich zum Beispiel die Grünen in Schleswig-Holstein auch, sie haben einen Untersuchungsausschuss beantragt. Sie hatten uns in der Ausschusssitzung gefragt, warum denn die Grünen in Hamburg ihren Parteikollegen nicht folgen würden. Das kann ich Ihnen ganz einfach sagen: Die Grünen haben das begründet, in-

(Jens Kerstan)

dem sie gesagt haben, wir möchten gerne herausfinden, ob unser Minister im Aufsichtsrat noch bedingungslos zu diesem Vorstand zu einem Zeitpunkt gestanden hat, als die Mitglieder des Hamburger Anteilseigners im Aufsichtsrat schon sehr kritisch waren und die Abberufung verlangt hatten. Das erklärt im Moment ein bisschen, warum wir Grünen in Hamburg anders agieren als in Schleswig-Holstein.

(Zuruf von der SPD: Das glauben Sie doch selber nicht! – *Wolfgang Rose SPD*: Oh Mann!)

Ob dem Aufsichtsrat nichts weiter vorzuwerfen sein wird, können wir im Moment alle noch nicht beurteilen. Wir müssen das KPMG-Gutachten abwarten, das der Aufsichtsrat in Auftrag gegeben hat, dann wissen wir Genaueres. Zum jetzigen Zeitpunkt ist Ihre Kritik im Wesentlichen parteitaktisch begründet und nicht so sehr in der Sorge darum, was mit dem Haushalt passiert, denn danach haben Sie heute gar nicht gefragt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Dr. Freytag.

Senator Dr. Michael Freytag: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir stehen vor der größten Weltwirtschaftskrise seit Ende der Zwanzigerjahre des vorigen Jahrhunderts. Ich habe den Eindruck, dass manche Kollegen das noch nicht richtig erfasst haben. Es geht nicht um eine Hamburgensie oder eine Lokalposse und es geht nicht um lokale Politiker, sondern es geht um die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland; dem sind Sie nicht gerecht geworden.

(Beifall bei der CDU und bei *Christiane Blömeke GAL*)

Es ist nicht der Zeitpunkt, kleinkarierte Sündenbockspielereien vorzuführen,

(*Wilfried Buss SPD*: Ach, mit einmal!)

sondern wir müssen gemeinsam die Krise beherrschen und bekämpfen und nicht uns selber. Was Sie machen, ist Selbsterzfleischung und nicht aktives Bekämpfen einer Krise, die wir gemeinsam bewältigen müssen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Meine Damen und Herren! Ich warne zunächst einmal die SPD vor ihrer unerschütterlichen Selbstgerechtigkeit. Sie sind nicht außen vor, sondern Sie sind mit an Bord. Wenn Sie Aufsichtsräte von Landesbanken oder von staatlichen Banken angreifen, dann sind Sie mittendrin im Geschehen. Ich will jetzt nicht über andere Banken sprechen, aber wenn Sie diesen Senat angreifen, dann greifen Sie auch Ihre Ministerkollegen aus Schleswig-Holstein

an, dann greifen Sie insbesondere Herrn Stegner an, den SPD-Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein, der fünf Jahre lang bis dieses Jahr Aufsichtsratsmitglied der HSH Nordbank gewesen ist, der sogar als Finanzminister im Aufsichtsrat gewesen ist. Wenn Sie mir diese Fragen stellen, dann stellen Sie sie ihm auch,

(*Michael Neumann SPD*: Haben wir schon, haben wir schon!)

aber seien Sie ehrlich und machen hier keine Parteipolitik.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die bundeseigene Staatsbank KfW hat gerade ihren höchsten Quartalsverlust ihrer Geschichte per 30. September vorgelegt: 1,8 Milliarden Euro Verlust. In der Leitung des Aufsichtsrats sitzt Bundesfinanzminister Steinbrück. Sie haben eben auch Herrn Steinbrück angegriffen, Herr Tschentscher, nun seien Sie mal so fair und verteilen Ihre Vorwürfe in alle Richtungen, aber nicht nur in Richtung der HSH Nordbank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die Selbstgerechtigkeit, Herr Bischoff, erfasst auch die Fraktion der LINKEN, denn wer sitzt im Kontrollorgan, dem Aufsichtsrat der KfW? Dort sitzt Oskar Lafontaine, der Vorsitzende der LINKEN. Den müssen Sie sich dann auch einmal vorknüpfen mit den Maßstäben, die Sie eben angelegt haben.

(*Ingo Egloff SPD*: Sagen Sie mal was zu Ihrer Rolle!)

Meine Damen und Herren und insbesondere Herr Bischoff, Sie haben eben gesagt, ich sei an allem schuld, ich sei an der Finanzmarktkrise schuld, an den Finanzmarktprodukten, ich sei an all diesen Krisenszenarien schuld. Herr Bischoff, Sie überschätzen mich.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE*: Kein Problem!)

Ich gestalte zwar gerne Politik, aber für die Misere der Finanzmarktkrise sind mit Sicherheit nicht Politiker und auch nicht Banker in der Bundesrepublik Deutschland allein verantwortlich, sondern das ist ein internationaler Flächenbrand, der die Ursachen in den Vereinigten Staaten hat und uns jetzt alle in einer Wucht erfasst, wie wir es nicht wissen konnten. Ich wundere mich, dass Sie hellseherische Fähigkeiten einfordern, nicht nur von meiner Person. Sie müssten das ja von allen Wirtschaftsvertretern, von der Bundesbank, von der Bankenaufsicht einfordern.

Herr Bischoff und Herr Tschentscher, wer ist in den Aufsichtsräten? Gucken wir uns einmal den Aufsichtsrat der HSH Nordbank an.

(Senator Dr. Michael Freytag)

(Michael Neumann SPD: Sagen Sie doch mal was zur Sache!)

20 Mitglieder sind im Aufsichtsrat. Davon sind drei aktive Politiker: ein SPD-Minister, ein CDU-Minister und ein CDU-Senator. Unter den 17 anderen Aufsichtsratsmitgliedern sind Topleute aus der Wirtschaft, Eigentümer von international erfolgreichen Unternehmen. Bei den Tagungen des Aufsichtsrats sind die Bankenaufsicht, die BaFin, und die Bundesbank dabei. Die sind alle mit im Boot und kennen die Vorstandsvorlagen und haben genau wie wir nur das kommunizieren können, was man schlichtweg weiß.

(Michael Neumann SPD: Sind die auch im Risikoausschuss?)

Wir können nicht mehr wissen als Bankenaufsicht, Bundesbank und Wirtschaftsprüfer, wir sind keine Hellseher. Deshalb ist Ihr Vorwurf, hier sei ein Tatbestand der Vernachlässigung der Aufsichtspflichten gegeben, schlichtweg falsch. Sie greifen nicht nur die Politik an, Sie greifen auch die Bankenaufsicht an und das können Sie so nicht machen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Meine Damen und Herren! Es ist nichts verschwiegen und auch nichts beschönigt worden. Ich stelle fest, dass die HSH Nordbank eine Geschäftsbank im internationalen Wettbewerb ist. Sie ist keine Behörde und unsere Aufgabe ist die Stärkung dieser Bank. Es gibt nach wie vor auch in der Krise die Stärken dieser Bank. Nicht zu verschweigen, sondern deutlich zu machen ist, dass gute Arbeit in den Bereichen Schiffsfinanzierung, Firmenkunden

(Michael Neumann SPD: Wir reden über Ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat!)

und Immobilienfinanzierung geleistet wird. Die HSH Nordbank macht in diesem operativen Geschäft per 30. September 2008 hohe dreistellige Millionengewinne. Sie schreibt hier schwarze Zahlen; das muss man auch einmal würdigen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die Zäsur ist per 30. September 2008 eingetreten. Da sind erstmals die erwirtschafteten Erträge in den Kerngeschäftsfeldern vollständig durch die faulen Kredite aufgeessen worden. Deshalb ist natürlich am 30. September 2008 eine Zeitenwende eingetreten, aber ich weigere mich, die gute Arbeit, die 4800 Mitarbeiter der HSH Nordbank machen, von Ihnen in den Dreck ziehen zu lassen.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Michael Neumann SPD: Darum geht es gar nicht! Wir reden über Ihre nicht gemachte Arbeit!)

Sie gefährden Arbeitsplätze mit Ihrem Gerede und unsere Aufgabe ist es, das, was in der HSH Nordbank an guter Arbeit geleistet wird – das wird in

vielen Bereichen auch nach wie vor gemacht – zu würdigen und nicht zu verschweigen.

Aber die Zeiten haben sich am 30. September in der Tat gewendet, weil die Altlasten die aktuellen Erträge überschatten. Deshalb müssen wir handeln und das haben wir auch gemacht. Wir haben alles berichtet, was zu berichten ist. Es sind in den Quartalsberichten nicht nur die Gewinne berichtet worden. Die HSH Nordbank hatte noch bis 30. Juni 2008, anders als andere Landesbanken, einen Jahresgewinn vorausgesagt. Mitte September hat sich infolge der fortschreitenden Finanzmarktkrise, insbesondere nach dem Konkurs von Lehman Brothers, die Krise deutlich beschleunigt.

(Michael Neumann SPD: Der Einzige, der hier Konkurs anmelden muss, sind Sie!)

Das haben wir überhaupt nicht verschwiegen, sondern im Gegenteil. Als wir wussten, dass die Situation sich dreht, haben wir es sofort kommuniziert. Wir haben nach der Veröffentlichung der Quartalszahlen am 30. September nicht vier Wochen gewartet, sondern bereits Ende September kommuniziert, dass wir eine neue Situation mit erheblichen Abschreibungsbedarfen haben. Ich habe nie verschwiegen, was die Bank belastet und was uns die Krise jetzt beschert. Ich habe es in dem Augenblick gesagt, wo wir es wussten, und wir haben die Öffentlichkeit voll und ganz informiert.

(Michael Neumann SPD: Warum bekommen wir weniger Informationen als Schleswig-Holstein?)

Wir haben Gutes und Schlechtes in dieser Bank; es gibt eine Goodbank und eine Badbank. Aber wir haben die Verantwortung für die 30 000 Kunden der HSH Nordbank in Hamburg und in Schleswig-Holstein. Die Sparkassen Schleswig-Holstein haben die Verantwortung, der private Eigentümer hat die Verantwortung. Was ist jetzt zu tun?

(Michael Neumann SPD: Business as usual!)

– Herr Neumann, lassen Sie doch einmal diese ständigen Störversuche. Es ist wirklich besser, durch Schweigen den Verdacht der Inkompetenz zu erregen als durch Reden jeden Zweifel hierüber zu beseitigen.

(Beifall bei der CDU)

Der Vorwurf, hier würde nur sukzessive die Wahrheit erzählt, ist deshalb falsch, weil Quartalsberichte es nun mal an sich haben, in jedem Quartal die aktuelle Lage wiederzugeben. Es ist jedes Mal neu bewertet worden und das, was neu bewertet worden ist, ist sofort kommuniziert worden, sowohl die Gewinne als auch die Verluste infolge der Abschreibungen.

(Michael Neumann SPD: Das macht Ihr Kollege in Schleswig-Holstein ganz anders!)

(Senator Dr. Michael Freytag)

– Es ist alles eins zu eins kommuniziert worden.

Es geht auch gar nicht darum, welche Personen welche Rolle spielen. Sie versuchen, daraus ein Spiel "jagt den Senator" oder "jagt den Minister" zu machen.

(Michael Neumann SPD: Und warum verteidigen Sie sich zehn Minuten?)

– Sie können auch Ihren SPD-Kollegen im Aufsichtsrat jagen, Herr Neumann.

Entscheidend ist, was wir jetzt tun, um das Beste für die Bank, für Hamburg und für Schleswig-Holstein aus der Situation zu machen. Deshalb ist es in der Tat wichtig, dass der nach wie vor zusammengebrochene Interbankenmarkt so schnell wie möglich wieder belebt wird. Die Banken haben im Moment kein Vertrauen, sich gegenseitig Geld auszuleihen. Sie geben die Kredite nicht mehr an die Wirtschaft, sie leihen sich untereinander kein Geld, sie geben das Geld lieber zur Europäischen Zentralbank. In der letzten Woche waren 280 Milliarden Euro bei den Banken. Die haben sie sich nicht gegenseitig geliehen, sondern lieber zur EZB gegeben, weil das Misstrauen nach wie vor dramatisch groß ist.

(Michael Neumann SPD: Das Misstrauen teilen wir!)

Ich muss eines sagen. Ich war und bin ein großer Verfechter des Rettungsschirms der Bundesregierung. Bundestag und Bundesrat haben sehr schnell ein hervorragendes Paket geschnürt, das allerdings in der Umsetzungspraxis jetzt ins Stocken gerät. Es kann nicht sein, dass, wenn eine Bank einen Garantieschirm beantragt, wo es nicht darum geht, dass Geld fließen soll, sondern nur, dass der Bund mit seinem Namen eine Garantie für Interbankengeschäfte gibt, wir jetzt vor lauter Bürokratie nicht zu Potte kommen.

(Michael Neumann SPD: Es geht nicht um Bürokratie!)

Wenn man schnell helfen will, dann muss man schnell helfen, und wenn der Bund einen Schirm aufspannt, dann muss er das auch tun und nicht Bürokratie entfachen. Ich finde es sehr unbefriedigend, was im Moment passiert und bin dankbar, dass die Finanzminister, auch die Ministerpräsidenten, auf das Thema aufmerksam machen. Die HSH Nordbank wie auch viele andere Banken werden unter diesen Schirm gehen. Der Garantieschirm muss so schnell wie möglich aufgespannt werden und wir werden im Weiteren über Eigenkapital verhandeln müssen. Die HSH Nordbank hatte immer schon zu wenig Eigenkapital. Deshalb sollte ja ein Börsengang gemacht werden. Auch vor der Krise war der Börsengang vorgesehen. Der verschob sich mehrfach, deshalb haben wir Geld nachgeschossen und deshalb haben wir nach wie vor die Situation von zu wenig Eigenkapital. Die

Frage muss geklärt werden, wenn die Bedingungen feststehen. Es kann aber nicht sein, dass der Bund die Bedingungen so hoch setzt, dass er ein Geschäft mit der HSH Nordbank macht und die Bank dann, wenn sie wieder Luft zum Atmen hat, die Luft gleich wieder abgedrückt bekommt, weil der Bund alle Gelder, die aus den zusätzlichen Erträgen kommen, wieder abzieht; so geht es sicherlich nicht. Wir werden mit dem Bund ernsthaft sprechen müssen. Ein Rettungsschirm muss ein Rettungsschirm sein und darf nicht eine Belastung werden.

(Michael Neumann SPD: Aber nicht für die Gehälter der Bankmanager!)

Deshalb werden wir diese Gespräche jetzt zu Ende führen. Die KPMG – auch das habe ich in der letzten Woche bereits angekündigt – wird sich alle relevanten Kapitalmarkttransaktionen angucken. Sie haben letzte Woche den Bericht des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der Bank im Haushaltsausschuss gehört, der gesagt hat, dass ein Großteil der faulen Kredite aus der Zeit vor der Fusion 2003 komme, weil nämlich die damalige Hamburgische Landesbank und die Landesbank Schleswig-Holstein diese Kreditersatzgeschäfte als großes Geschäftsfeld eingeführt haben. Das waren nicht wir, lieber Herr Neumann, das waren ganz andere, da haben Sie Gedächtnislücken.

Noch einmal: Herzlich willkommen an Bord, meine Damen und Herren von der SPD.

(Beifall bei der CDU und bei Jens Kerstan GAL – Ingo Eglhoff SPD: Wann übernehmen Sie eigentlich mal Verantwortung!)

Das heißt, wir werden mit dem KMPG-Bericht auch Klarheit darüber haben, bei welchen Geschäften es Anlass zu Bewertungskorrekturen gibt. Für uns ist wichtig, dass wir jetzt sowohl mit dem Bund als auch mit den Gesellschaftern nach vorne schreiten. Wir wollen unsere Bank nach vorne bringen, wir müssen sie durch die Krise steuern und diese Krise bietet auch die Chance eines Neubeginns, denn in der Tat ist es unerträglich, dass die international fehlende Kapitalmarktaufsicht uns in diese Situation gebracht hat. Wir müssen denjenigen, die diesen Kasinokapitalismus für bestimmte Kapitalmarktprodukte entfacht haben, das Handwerk legen. Ich bin überzeugter Marktwirtschaftler und sage hier aus vollem Herzen: Ich bin Gegner einer schrankenlosen Wirtschaft,

(Michael Neumann SPD: Mir würde schon reichen, wenn die Aufsichtsräte ihren Job machten!)

weil schrankenlose Wirtschaft, schrankenlose Freiheit zu Missbrauch führt. Ich bin überzeugter Vertreter der sozialen Marktwirtschaft, in der Wert und Gegenwert in einer ausgewogenen Balance sind und die vor allem den Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht das Geld.

(Senator Dr. Michael Freytag)

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Bevor ich Herrn Bischoff das Wort gebe, möchte ich, einer Tradition folgend, darauf hinweisen, dass das 260 Prozent der Redezeit eines Abgeordneten waren. Von daher ist es ein neuer Rekord.

(Wilfried Buss SPD: Überflüssige Zeit!)

Herr Bischoff hat das Wort.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Freytag, wir haben eine wirklich sachliche Differenz, die ich vorhin angesprochen habe. Die Landesbankenkrise war im August 2007 offenkundig und nicht nur für Experten nachvollziehbar.

(Viviane Spethmann CDU: Aber nicht in Hamburg!)

Wir haben dann – auf dieses Datum beruft sich der Senator – in der Tat eine Zuspitzung im September 2008 gehabt.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Dann hätten Sie das doch zur Aktuellen Stunde anmelden können, wenn es Ihnen so wichtig war!)

Die Auseinandersetzung ist heute von Herrn von Beust ein bisschen aufgelöst worden, aber wir haben ein reelles Problem mit den Landesbanken und dazu gehört auch die HSH Nordbank. Was andere sagen, steht erst einmal gar nicht zur Diskussion.

Jetzt hat Herr von Beust aber noch einen weiteren Punkt genannt, Herr Freytag, und ich hätte mich wirklich gefreut, wenn Sie in Ihrem langen Beitrag dazu Stellung genommen hätten. Ich habe es so interpretiert – wenn ich es falsch interpretiert habe, korrigieren Sie mich –, dass auch der wichtige Bereich Shipping der HSH Nordbank in großen Schwierigkeiten steckt. Die HSH Nordbank, so Herr von Beust, muss beispielsweise schnell wieder Schiffe finanzieren können. Im Moment liegen zahlreiche Neubauten auf den Werften. Damit sie weiter gebaut werden können, muss die Finanzierung gesichert sein. Ohne die Bürgschaft vom Bund kann die HSH Nordbank das nicht leisten. Dass der Bürgermeister sagt, wir haben in diesem Bereich eine katastrophale Situation – das bitte ich jetzt wirklich zur Kenntnis zu nehmen –, finde ich gut, um das einmal deutlich zu sagen. Haben Sie das eben beim Finanzsenator gehört? Ich jedenfalls nicht.

(Michael Neumann SPD: Nö, war alles super!)

Wir haben eine katastrophale Situation und ich habe mich – Wirtschaftsminister Glos ist gewiss nicht mein Parteifreund, Herr Freytag – sachkundig gemacht, wie das denn in diesem Bereich aussieht.

Das möchte ich Ihnen gerne kurz als Zitat vortragen. Das ist eine Umfrage, wie es im Bereich Shipping aussieht.

"Die Abarbeitung der bestehenden Schiffbauaufträge ist infolge der Auswirkung der Finanzkrise und der Zurückhaltung der Kreditinstitute in vielen Fällen akut gefährdet. Es drohen kurzfristig erheblich negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage und die Beschäftigungssituation. Nach Meinung von internationalen Schiffsfinanzierungsexperten kann davon ausgegangen werden, dass ein wesentlicher Teil der weltweit geordneten rund 9 800 Schiffe noch nicht finanziert ist."

(Olaf Ohlsen CDU: Nu übertreib' mal nicht!)

– Ich bin sprachlos. Das ist aus dem jüngsten Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums.

Es geht darum – das habe ich Ihnen schon mehrmals im Ausschuss gesagt –, Vertrauen in diese Prozesse zu bekommen und das bekommen wir nur, wenn wir ganz offen damit umgehen. Das heißt, es muss, wie Herr von Beust heute im "Hamburger Abendblatt" gesagt hat, offen ausgesprochen werden, dass es nicht nur um Goodbank oder Badbank geht, sondern wir in einem traditionellen, für Hamburg sehr wichtigen Geschäftsfeld eine katastrophale Situation haben und diese Situation nicht ohne Weiteres geheilt wird, wenn wir einen Schirm von 30 Milliarden Euro bekommen.

Der andere Punkt, wo die 2 bis 4 Milliarden Euro Eigenkapital herkommen sollen, von dem wir nur einen Teil tragen sollen, ist auch nicht geklärt. Darüber, was das alles für die Finanzen und den Haushalt Hamburgs zur Folge hat, wollen wir anschließend diskutieren. Aber es muss doch möglich sein, dass der Finanzsenator Klartext redet und nicht immer nur Schönfärberei betreibt.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kruse.

Rüdiger Kruse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben Transparenz und Klarheit gefordert; dann sollte man einmal schauen, was der Finanzsenator gemacht hat.

Es waren am 30. November Quartalszahlen für das dritte Quartal vorzulegen. Es hat durchaus Tradition, dass man schlechte Ergebnisse erst am späten Abend des 30. November vorlegt. Wann hat er sie uns berichtet? Am 18. September. Das ist Transparenz, das ist Klarheit. Er hat dies getan, obwohl er wusste, dass er dafür bestimmt keinen Applaus ernten würde. Er hat in dem Moment, wo bei dieser Bank ganz klar der Wendepunkt erreicht

(Rüdiger Kruse)

war, als diese bedrohliche Situation entstanden ist, uns informiert, das Parlament und die Öffentlichkeit. Da können Sie sich nicht beschweren. Ich persönlich habe diese Finanzkrise nicht kommen sehen.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Das ist schlecht! – Zuruf von der SPD: Das glauben wir Ihnen!)

– Ich weiß, dass Sie mir das glauben. Ich kenne auch niemanden, der Sie hätte kommen sehen. Es ist schwierig, Krisen vorherzusehen. Es ist wesentlich leichter, sie zu beschreiben.

(Michael Neumann SPD: Bei diesem Senat sind sie vorherzusehen!)

Herr Tschentscher, Sie haben es richtig verortet. Sie haben rückblickend gesagt, der Beginn sei der Zusammenbruch der Sachsen LB gewesen. Richtig. Aber haben wir alle – oder auch nur Sie – zu Beginn, damals im Sommer 2007, gesehen, wohin es läuft? Haben Sie gesehen, dass die Amerikaner eine der größten Banken der Welt, Lehman Brothers, Pleite gehen lassen würden? Wenn Sie das vorhergesehen hätten, hätten Sie entweder die Welt retten oder sich selbst sehr reich machen können.

Nichts davon haben wir gekonnt. In der Beschreibung der Krise sind wir uns, glaube ich, alle einig. Man muss sehen, dass eine Krise, die eine komplette Branche trifft, nicht an der HSH Nordbank vorbeigehen wird, egal, wie man sie aufstellen würde.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Andere Landesbanken suchen jetzt verzweifelt ein Geschäftsmodell. Wir hatten bereits die ganze Zeit eins, und zwar ein sehr gutes. Wir waren immer zu Recht sehr stolz auf den Bereich Schiffsfinanzierung, weil es eine kluge Positionierung dieser Bank war, die in Verbindung mit Norddeutschland große Sicherheit brachte, und wo es sinnvoll war, sich zum Wohl der Region in internationalen Geschäften zu betätigen. Eine derart globale Krise trifft jedoch auch diesen Sektor, also bekommen wir auch dort Probleme bei unserer Bank. Das ist nicht hausgemacht, sondern ins Haus gebracht.

(Beifall bei der CDU und bei Jens Kerstan GAL)

Der richtige Weg ist jetzt, so wie der Bürgermeister und der Finanzsenator es tun, auf der einen Seite ruhig und souverän die Sachlage zu beschreiben, gemeinsam mit jedem, der lösungswillig ist, eine Lösung zu suchen, und sich auf der anderen Seite kämpferisch für diese Bank und diesen Haushalt zu positionieren. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Bischoff, die Aktuelle Stunde zeigt, wie schwer es ist und wie schwer es auch im Ausschuss war, mit diesem Senat zu einer fachliche Diskussion zu kommen, die nicht von Schönrederei geprägt ist, sondern die wirklich auf die Probleme eingeht, die in dieser Finanzmarktkrise bestehen. Herr Schira und Herr von Beust traten heute Morgen so auf, als ob es endlich zu einer fachlichen Diskussion komme. Dann ist Herr Freytag hier, schwingt die große Keule und kommt mit Parteitaktik. Ich will Ihnen eins sagen, Herr Freytag: Wir haben Sie aufgefordert, sich konstruktiv am Programm der Bundesregierung zu beteiligen. Das haben Sie getan, dabei haben wir Sie unterstützt und das war richtig. Jetzt sprechen Sie von "kleinkariert" und "selbstgerecht". Ich sage Ihnen klar: Sie haben kein Patentrezept für die Finanzmarktkrise und wir haben auch keins. Aber über eins sind wir uns alle einig gewesen: Die entscheidende Grundlage für einen Weg aus der Krise ist Vertrauen, und zwar im Interesse der Banken, der Mitarbeiter der Banken, im Interesse der Wirtschaft, der Betriebe und der Menschen, die von ihr abhängig sind. Die wichtigste Voraussetzung für Vertrauen ist Transparenz. Da setzt unsere Kritik an. Sie haben hier alle Welt kritisiert: Steinbrück, Lafontaine, nur der Papst ist davongekommen.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Unsere Kritik richtet sich gegen diese Informationspolitik. Herr Kruse, wir haben im Ausschuss nichts an offiziellen Informationen bekommen. Wir haben die Informationen immer in der Zeitung gelesen und haben uns dann gewundert, wie das zum letzten Ausschussbericht passt. Unsere Fragen wurden systematisch ignoriert. Das muss ein Ende haben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Dann haben Sie in Pressekonferenzen gesagt, der Opposition werde die Kritik im Halse stecken bleiben, und haben nebulöse Andeutungen über frühere Geschäfte gemacht. Die Berichte des Vorstands waren andere. Da ist nie davon gesprochen worden, dass das alles auf frühere Zeiten zurückzuführen sei. Da wurde ganz klar gesagt, dass es jetzt Wertkorrekturen gebe. Vielen Dank, dass Sie zum ersten Mal Sozialdemokraten in Schutz nehmen wollen, Herr Freytag. Das kennen wir von Ihnen gar nicht. Aber wenn es faule Kredite in der Vergangenheit gibt, fordern wir Sie auf, diese auf den Tisch zu legen. Nennen Sie Ross und Reiter und arbeiten Sie nicht mit nebulösen Drohungen. Wir werden uns davon nicht abschrecken lassen. Wir werden uns unsere Fragen nicht verkneifen. Wir fordern Aufklärung ohne Ansehen der beteilig-

(Dr. Peter Tschentscher)

ten Personen und ohne Ansehen der Parteizugehörigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Es geht uns auch um die Frage, was gemacht worden ist, seit die Finanzmarktkrise allen klar war. Ich habe gerade vor der Sitzung aus einer Antwort Ihrer Behörde auf eine Schriftliche Kleine Anfrage erfahren, dass zum Beispiel noch Mitte September Geschäfte mit den isländischen Banken getätigt wurden. Wir reden hier nicht über einen Vergangenheit von vor zehn Jahren. Wir reden über das, was jetzt unter Ihrer Aufsicht bei dieser Bank passiert ist.

Ich habe mir das Vergnügen gemacht, etwas anderes herauszusuchen. Da immer gesagt wird, das sei bei allen Banken gleich und die Zeiten seien eben schwierig, habe ich einmal herausgesucht, was die Bremische Bürgerschaft von ihrem Senat berichtet bekommen hat. Ich lese einmal kurz vor:

"Die Bremer Landesbank hat derzeit keinen Bedarf an Kapitalmaßnahmen. Sowohl das Eigenkapital als auch die Liquidität sind gesichert. Der Senat geht davon aus, dass die Bremer Landesbank ihren vertraglichen Verpflichtungen auf Verzinsung stiller Einlagen ..."

– das hätten wir auch gern –

"... unverändert nachkommen wird. Weiterhin geht der Senat davon aus, dass die im Haushalt 2009 veranschlagte Dividende von 20 Prozent auf das Stammkapital nachhaltig erbracht werden kann."

Ich gebe zu, die Bremer Landesbank ist kleiner als die HSH Nordbank. Aber mir ist eine kleine Bank mit kleinen Gewinnen lieber als eine große Bank mit großen Verlusten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Freytag.

Senator Dr. Michael Freytag: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich denke, wir sind immer noch nicht beim Kern des Problems angelangt.

(Michael Neumann SPD: Ja, das stimmt, der steht da vorn!)

Es geht nicht um eine Politinszenierung, die Sie gern in Bezug auf bestimmte Personen durchführen wollen. Es geht darum, wie wir einen sehr wertvollen Vermögensgegenstand der Hansestadt Hamburg und anderer in schwerer See wieder in Fahrt bekommen. Das werden wir nicht damit bewerkstelligen, indem wir versuchen, einseitig Schuld zuzuweisen, und uns in Heldentum nach Ladenschluss zu ergießen. Wenn Sie so schlau

gewesen sind, wie Sie jetzt vorgeben, Herr Tschentscher, dann hätten Sie auch alle anderen Banken, die jetzt Schwierigkeiten haben, und alle anderen Landesbanken warnen können. Natürlich, Herr Bischoff, gibt es jetzt in der Schifffahrtsfinanzierung Schwierigkeiten. Das habe ich nicht bestritten.

(Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Doch!)

Aber was ist denn die Konsequenz? Was soll ich denn dazu sagen? Hätte das, um Ihre Argumentation aufzugreifen, bedeutet, dass wir Mitte August 2007, wo Sie die Finanzmarktkrise begonnen sehen, hätten beschließen sollen, dass keine Schiffsfinanzierungen mehr getätigt werden dürfen? Soll das die Konsequenz sein? Nein. Die Schiffsfinanzierungen sind eines der Hauptgeschäftsfelder der HSH Nordbank. Natürlich sind diese jetzt ein zusätzliches Risiko. Das ist völlig unbestritten. Nur, bis 30. September 2008 sind die Zahlen in diesem Bereich hervorragend. Bis dahin sind im Bereich Firmenkunden dreistellige Millionenerträge erbracht worden, genauso im Bereich Immobilienwirtschaft. Ich kann doch nicht verschweigen, Herr Bischoff, was die Bank gut macht. Die Bank ist keine Behörde, kein Amt, sondern sie steht im internationalen Wettbewerb. Ich muss nennen dürfen, was die Bank positiv ausmacht, was Kunden brauchen und wollen. Sonst vertreiben Sie die Kunden. Wenn der Eigentümer abrät, ein Konto bei seiner eigenen Bank zu eröffnen, ist das der Anfang vom Ende. Gleichzeitig gibt es keinen Moment, wo wir auch die aufziehenden Risiken durch die Abschreibungen in irgendeiner Weise verschwiegen hätten. Wir haben sie exakt kommuniziert. Sie sind dieses Jahr Quartal um Quartal deutlich gestiegen. Das ist so, nicht nur bei der HSH Nordbank. Das ist in anderen Banken auch so. Sehen Sie sich die Quartals- und Jahresverluste anderer großer Banken an. Sehen Sie sich die Dresdner Bank an: Diese hat über zwei Milliarden Euro Verluste, die höchsten Verluste, die Sie jemals hatte. Das ist keine Hamburgensie. Viele sind Opfer dieser Finanzmarktkrise, weil Dinge sich jetzt Quartal für Quartal immer mehr realisiert haben, nicht weil etwas verschwiegen oder schön geredet worden wäre, sondern weil die aktuellen Bewertungen so sind, wie sie sind. Island ist auf einmal zahlungsunfähig – hätten Sie uns das vorher gesagt, Herr Bischoff oder Herr Tschentscher, hätten Sie uns angerufen! Dann hätte ich sofort im Aufsichtsrat gesagt: Herr Tschentscher hat Informationen, dass Island Pleite geht – keine Geschäfte mehr machen!

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Machen Sie das künftig so. Damit habe ich kein Problem.

Es bringt nichts, wenn wir uns in parteipolitischen Scharmützeln gegenseitig Knüppel zwischen die

(Senator Dr. Michael Freytag)

Beine werfen. Das bringt überhaupt nichts. Ich habe übrigens Herrn Steinbrück nicht angegriffen. Da haben Sie nicht richtig zugehört: Ich habe Sie angegriffen. Indem Sie Politiker in Aufsichtsräten angreifen, nur weil sie diese Funktion innehaben, greifen Sie auch Ihre SPD-Kollegen an. Mein Vorwurf ging nicht gegen Herrn Stegner oder Herrn Steinbrück. Nicht einmal gegen Herrn Lafontaine habe ich in diesem Zusammenhang etwas, und das fällt mir schon schwer zu sagen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ihre Selbstgerechtigkeit ist einfach unerträglich,

(Ingo Egloff SPD: Der einzige, der hier unerträglich ist, sind Sie!)

denn wenn Sie es ehrlich meinen würden, würden Sie sachlich argumentieren, wie wir die Krise meistern könnten.

Wir werden auf Bundesebene sehr hart zu verhandeln haben, denn die Situation ist ernst und wir brauchen den Garantieschirm. Die Liquidität der Banken ist extrem schlecht. Es ist wie bei einem Auto, das kein Benzin hat: Die Banken brauchen schnell wieder Geld. Deshalb ist Hilfe nur dann gut, wenn sie schnell kommt.

Zum Abschluss noch eines: Die Welt wird nicht bleiben, wie sie ist. Wir stehen vor einer durchgreifenden Veränderung des privaten und auch des Landsbankensektors. Ich bin sehr dafür, dass wir dieses Zeitfenster, das uns jetzt offensteht, nutzen, um auch den Landesbankensektor neu zu ordnen. Dabei bringt es nichts, zwei Kranke zusammen in ein Bett zu legen. Dann werden diese nicht automatisch gesund. Sie müssen vielmehr dadurch neu ordnen, dass Sie ein überzeugendes Geschäftsmodell entwickeln. Genau dies, Herr Bischoff, tun wir. Daran arbeiten wir Tag und Nacht, nicht nur auf Ebene der Finanzminister, sondern auch die Ministerpräsidenten werden sich dem Thema widmen, denn wir können dies nicht als Hamburg allein lösen, sondern nur gemeinsam mit den anderen Bundesländern. Wir sind auf einem guten Weg. Wir müssen die Chancen nutzen, die sich aus dieser Krise ergeben, so schmerzhaft sie ist. Dann können wir auch das retten, was an der HSH Nordbank wirklich gut ist. Es geht hier um viele tausend Arbeitsplätze. Wir diskutieren nicht über politische Alltagsfragen, sondern um die Substanz unserer Bank. Wir müssen alles dafür tun, ihr in schwerer See zu helfen und sie nicht untergehen zu lassen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Die Redezeit der Aktuellen Stunde ist erschöpft, aber nach Paragraph 22 Absatz 3 haben die Fraktionen noch die Chance auf eine Runde. Herr Hackbusch hat das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren, ich bin bei Ihnen, wenn Sie beschreiben, dass wir vor einer großen Krise stehen, die weit über das hinausgeht, das wir bisher kennengelernt haben. Ich bin auch bei Ihnen, wenn man das genauer beurteilen muss. Ich muss aber zugeben, Herr Schira, dass mir Angst und Bange geworden ist, als Sie dies dargestellt haben, und zwar, weil Sie Ihrer Aufgabe als Regierung nicht gerecht geworden sind, bestimmte Themen abzuarbeiten.

(Frank Schira CDU: Mit Ihrem Vorwurf kann ich gut leben!)

Stattdessen haben Sie nur allgemein Ihre Fahnen in den Wind gestreckt und haben keinen Versuch unternommen, zumindest einen Baustein normal abzuarbeiten. Für Herrn Freytag gilt genau das Gleiche: Es ist ja nicht so, Herr Freytag, dass wir keine Vorstellung hätten, dass alles neu geworden ist. Sie haben regelmäßig Berichte über die Situation der HSH Nordbank bekommen und über Krisen, die seit dem September 2007 aufgetreten sind. Sie berichten uns, als ob Sie normal Quartalszahlen darstellen würden, wie Sie das gegenüber der Presse auch tun. Es gehört sich nicht in dieser Situation, in der Sie als Eigentümer aufzutreten haben, in der Sie die Krisen und Schwierigkeiten voraussehen sollen. Sie sollen nicht alles vorhersehen können. Aber Sie müssen diese Schwierigkeiten auch darstellen können. Dies haben Sie im Zusammenhang mit der Schiffsfinanzierung eben nicht getan. Da haben Sie wieder Ihren allgemeinen Tenor herübergebracht, im Allgemeinen werde es schon gut und es gebe eben Schlechtes und Gutes. Sie haben es an den Krisen nicht dargestellt. Diese Stadt muss ein Milliardenrisiko tragen und dieser Verantwortung werden Sie nicht gerecht. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Krüger.

Harald Krüger CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hackbusch, es ist ganz nett, wenn Sie hier Krokodilstränen weinen, aber Herr Schira hat vorhin sehr sachlich dargestellt, dass wir uns in einer Situation befinden, die niemand hat vorausahnen können, die nicht nur Hamburg betrifft, sondern die Bundesrepublik und die ganze Welt. Herr Freytag hat mit sehr deutlichen Worten an Sie appelliert: Wenn Sie es vorher besser gewusst hätten, wäre es Ihre Aufgabe gewesen, ein Wort zur Kenntnis zu geben, um tätig werden zu können.

(Andy Grote SPD: Die Opposition soll es richten!)

(Harald Krüger)

Da aber auch Sie keine prophetischen Gaben besitzen, war es Ihnen nicht möglich. Dies im Nachhinein zu beschwören, ist ein bisschen dünn. Ich denke, wir können mit großem Vertrauen der Arbeit des Finanzsenators weiter folgen.

(Dirk Kienscherf SPD: Da stehen Sie aber alleine da!)

– Sie haben doch Ihre Redezeit gehabt, Herr Kienscherf. Auch wir Christdemokraten müssen die Möglichkeit haben, zu antworten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Wir können uns mit großem Vertrauen auf den Finanzsenator verlassen. Der Bürgermeister hat heute eine Reihe von sehr klaren, deutlichen und auch nachdenklichen Worten gesagt. Die Situation ist damit deutlich beschrieben. Alle Versuche, jetzt irgendwelchen Profit aus einer Situation zu ziehen, die Hamburg nun wirklich zu verantworten hat, sind wirklich etwas dünn.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort erhält Herr Neumann.

Michael Neumann SPD:* Frau Präsidentin, mein sehr geehrten Damen, meine Herren! Das Stichwort Selbstgefälligkeit ist heute oft gefallen. Wer die fleischgewordene Selbstgefälligkeit einmal in Hamburg hanseatisch erleben wollte, hat sie heute in Form

(Egbert von Frankenberg CDU: Das war für Sie das Stichwort!)

von Herrn Freytag hier vorn zelebriert bekommen. Das war Selbstgefälligkeit pur.

(Beifall bei der SPD)

Aber Sie haben Recht. Die Lage, in die Sie uns gebracht haben, ist viel zu ernst, als dass wir jetzt ein parteipolitisches Hickhack daraus machen könnten.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Es ist richtig, dass natürlich niemand prophetische Gaben besitzt – auch wenn ich sagen muss, dass es bei diesem Senat keiner prophetischen Gaben bedarf, um Krisen vorauszusehen. Aber auch das ist nicht Gegenstand der Diskussion. Es geht uns darum, wie hat dieser Senat und insbesondere Herr Freytag als verantwortlicher Vertreter der Interessen Hamburgs im Aufsichtsrat im Krisenmanagement gehandelt. Wie ist er mit den Problemen, die dann aufgetaucht sind – unerwartet vielleicht –, umgegangen? Auch hier am Rednerpult haben Sie zu den inhaltlichen Fragen nichts gesagt. Ich bin gespannt, was wir in den nächsten Wochen und Monaten noch aus den Zeitungen erfahren müssen. Da ist Ihr Finanzministerkollege

Wiegard aus Schleswig-Holstein ganz anders im Umgang mit dem Parlament. Da gibt es breite Information. Da werden die Fraktionsvorsitzenden informiert. Da werden auch die Fraktionen darüber informiert, dass Herr Berger entlassen worden ist. Da gibt es Regierungserklärungen. Da wird darüber gesprochen, welche Probleme offen zutage träten. Das ist die Grundlage dafür, dass in dieser schwierigen Lage wieder Vertrauen entsteht. Nur, Ihre Art und Weise – "das Oberkommando des Senats gibt bekannt, aber nur das, was schon vom britischen Sender gebracht worden ist" – führt nicht dazu, dass Vertrauen in der Stadt entsteht. Sie führt im Gegenteil dazu, dass man sagen muss,

(Zurufe von der CDU: Entschuldigen Sie sich!)

dem Freytag könne man einfach nichts mehr glauben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

– Sie haben Recht. Ich will das gleich ausräumen. Ich wollte hier keine falschen historischen Vergleiche ziehen. Das war nicht meine Absicht. Ich bitte um Nachsicht, das war dann falsch von mir.

(Heiko Hecht CDU: Das war eine Sauerei!)

Trotzdem – in der Sache ist das Problem das Krisenmanagement des Senators. Es ist die Frage, was im Risikoausschuss eigentlich stattgefunden hat. Das können Sie uns heute vielleicht noch im Rahmen der Debatte mitteilen. Über was sind Sie informiert worden? Darüber haben wir keinerlei Information. Besonders spannend sind die Informationen, die in Eigentümergesprächen stattgefunden haben sollen, wo nämlich nur Mitglieder der CDU engagiert waren und das Aufsichtsratsmitglied aus Schleswig-Holstein, der Sozialdemokrat ausgeschlossen worden ist, den Sie mir empfohlen haben, dazu zu befragen, was ich am heutigen Morgen auch gern und umfangreich getan habe. Dort treffen Sie sich mit Herrn Berger, so trafen Sie sich mit dem Vertreter des Sparkassen- und Giroverbandes, dort trafen Sie sich mit Ihrem Freund, Herrn Peiner, und Sie trafen sich dort entsprechend mit dem Vertreter von Flowers. Was dort besprochen worden ist, können Sie alles offenlegen. Das führt alles dazu, dass Vertrauen wieder entsteht. Das Problem nur, Herr Freytag, wie Sie immer so schön sagen, liegt nicht bei der Bank. Das Problem sind Sie bei diesem Thema.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wenn Sie Transparenz erreichen wollen: Wir haben vor sechs Monaten einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht. Den haben sie bisher verweigert zu terminieren. Im Unterausschuss versuchen Sie, ihn zu beerdigen. Dort gibt es einen Finanzmarktantrag meiner Fraktion. Darüber können wir gern sprechen. Das Problem ist nur, dass Sie sich offensichtlich nicht zum Ziel gesetzt haben, dort

(Michael Neumann)

wirklich die Interessen Hamburgs zu vertreten, sondern dass Sie – vielleicht auch aus Unwissenheit, Unvermögen oder persönlicher Eitelkeit – versucht haben, große Finanzpolitik zu betreiben. Dass Ihr Vorgänger, Herr Peiner, dazu neigte, wissen wir. Herr Peiner hat ja eine bewegte Vita. Auch im Berliner Bankenskandal spielte er keine unerhebliche Rolle. Es ist auch die Frage, ob Herr Peiner als Aufsichtsratsvorsitzender überhaupt dem Parlament gegenüber verantwortlich ist. Wir können auch einmal darüber sprechen, wie wir damit in Zukunft umgehen wollen und wie Hamburgs Interessen wirklich im Aufsichtsrat vertreten werden.

Zu guter Letzt: Sie sind bisher der einzige, der in diesem Haus davon gesprochen hat, zurücktreten zu wollen. Bisher ist die Forderung weder von Frau Heyenn, noch von Jens Kerstan, noch von mir erhoben worden. Sie haben in der Pressekonferenz selbst angefangen, darüber nachzudenken, ob Sie nicht besser zurücktreten sollten. Dann haben Sie einen Vergleich gezogen: Es wäre ja grundfalsch, wenn man denjenigen, der zu löschen versuche, erschießen wolle. Ich war am Wochenende auf einer Festivität, eine Freiwillige Feuerwehr in unserer Stadt hat ihr 125-jähriges Jubiläum gefeiert. Da waren viele Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr beleidigt darüber, dass Ihre richtige Arbeit mit dem, was Sie dort verzapft haben, verglichen werde.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort erhält Senator Dr. Michael Freytag.

Senator Dr. Michael Freytag: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Haushaltsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft ist über die aktuelle Situation der HSH Nordbank unterrichtet worden am 17. Juni, am 2. September, am 10. Oktober, am 28. Oktober und am 11. November 2008. Permanent haben wir dieses Thema dort berichtet.

(Michael Neumann SPD: Aber auf die Fragen nicht geantwortet!)

Drei Mal sind Vertreter der Bank dort gewesen: der Vorstandsvorsitzende Berger und zwei Mal der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Rieck. Ich habe einmal die Fraktionsvorsitzenden zu einem Hintergrundgespräch eingeladen. Da waren Sie jedoch nicht da, Herr Neumann.

(Michael Neumann SPD: Da hat mich Herr Tschentscher vertreten! – Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Ich habe eingeladen, wenn Sie bei den Gesprächen nicht da sind, ist das Ihr Problem. Ich finde es sehr unehrenhaft, wenn Sie sich hinterher darüber beschweren. Es ist unanständig, was Sie hier versuchen, Herr Neumann.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin dann angefasst, wenn man die Unwahrheit sagt, wenn man behauptet, wir hätten nicht informiert. Das finde ich nicht in Ordnung. Das Parlament ist sehr intensiv unterrichtet worden. Ich habe eben die Daten genannt. Ich sage Ihnen eines, Herr Neumann: Die HSH Nordbank ist nicht ihr Punchingball.

(Michael Neumann SPD: Wir reden hier nicht über die HSH Nordbank!)

Sie können ihre Mitarbeiter nicht in den Dreck ziehen. Das ist eine Aktiengesellschaft, die auf dem freien Markt im Wettbewerb steht. Was Sie wollen, ist, dass diese Bank in noch schwerere See gerät. Sie sollen der Bank helfen und nicht die Situation dadurch verschlimmern, wie Sie sich hier verhalten.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Sie sind aber ganz schön angefasst!)

Ich trage – wie jeder Senator – die Verantwortung für das, was mir als Aufsichtsrat – in welchen Aufsichtsräten auch immer – anvertraut ist. Sie können mir glauben, ich persönlich bin mit dieser Situation alles andere als glücklich.

(Michael Neumann SPD: Ihnen glaube ich gar nichts!)

Ich bin mit Sicherheit nicht der Verursacher der Krise, sondern ich habe sie genauso zu bekämpfen wie wir alle. Sie aber, Herr Neumann, machen den Fehler, dass Sie Ihre Sorge nicht richtig artikulieren. Sie haben nur Häme pur. Das ist keine ehrliche Politik. Sie versündigen sich an den Interessen der Stadt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Liebe Abgeordnete, Sie kennen es aus der letzten Runde des Senats. Jetzt hat jede Fraktion nach Paragraph 22 Absatz 3 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft noch einmal die Chance, einen Wortbeitrag anzumelden. Ich habe jedoch noch Herrn Kerstan als Restanten aus der letzten Runde. Herr Kerstan, Sie haben das Wort.

Jens Kerstan GAL:* Keine Angst, ich werde jetzt nicht zehn Minuten reden, auch als Restant nicht. Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Man muss sich schon sehr über den Verlauf dieser Debatte wundern. Ich fand die Anmeldung der LINKEN richtig, damit wir über das Desaster bei der HSH Nordbank und die Auswirkungen auf die Hamburger Finanzen reden. Es interessiert die Bürgerinnen und Bürger, was jetzt mit Hamburg passiert, mit unseren Kindergärten, Schulen, Hochschulen oder unseren Arbeitsplätzen. Ich muss mich doch sehr wundern, dass dieser Aspekt in al-

(Jens Kerstan)

len Wortbeiträgen der Opposition mit keinem einzigen Wort erwähnt wird.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Da hilft es auch nicht, Herr Neumann, wenn Sie Ihren letzten Beitrag damit einleiten, es sei nicht so, dass unser einziges Problem sei, dass der Senat Fehler gemacht habe. Da haben Sie vollkommen Recht. Diese Finanz- und Wirtschaftskrise verursacht sehr viele Krisen und Probleme, um die wir uns ernsthaft kümmern müssen. Aber danach reden Sie wieder nur über die Verantwortung des Finanzsenators.

(*Michael Neumann SPD:* Das ist das, was wir im Parlament bestimmen können!)

Das ist ein Teil der Verantwortung. Es ist aber auch wichtig, darüber zu reden, wie es mit der Politik in dieser Stadt weitergeht. Da Sie im Rahmen dieser Debatte dazu nicht bereit und willens sind, wäre es sinnvoll, diese Debatte abubrechen und zur Haushaltsdebatte überzugehen, in der wir in voller epischer Breite darüber reden werden, wie die Politik in dieser Stadt weitergehen wird. Den Versuch, eine schwere Finanz- und Wirtschaftskrise einzig und allein dafür zu nutzen, den Finanzsenator anzuschließen, haben Sie nun unternommen. Wir sollten jetzt über die wichtigen Dinge in dieser Stadt reden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Drei Dinge möchte ich am Ende dieser Debatte festhalten, denn es gibt – da hat Herr von Beust heute Morgen den Aufschlag gemacht – Punkte, auf die wir uns zu bewegen könnten. Das war nicht in Abrede gestellt. Die HSH Nordbank braucht diesen Risikoschild von 30 Milliarden Euro und sie braucht zwischen 2 und 4 Milliarden Euro Aufstockung des Eigenkapitals. Was auch immer vorher gelaufen sein mag, dies muss unbedingt passieren. Wenn wir sagen – das sollten Sie mitnehmen, Herr Freytag –, dies müsse unbedingt passieren, müssen wir nüchtern einschätzen, dass sich die Lage gemessen an den Monaten davor verschlechtert hat. Wir haben jetzt zusätzliche Risiken aus dem Einbruch des Shippingmarktes. Wenn wir die Bank dort mit diesen neuen Ressourcen aufstellen, können wir das nur nach außen vertreten, wenn wir sicher sind, dass dies wirklich ein Beitrag zur Konsolidierung ist. Die Form, wie wir darüber reden, war nie strittig zwischen Opposition und Regierungsparteien. Das muss man nicht immer in aller Öffentlichkeit tun. Wenn es zu sensibel sein sollte, können wir das sehr wohl auch auf anderer Ebene tun. Der letzte Punkt – diesen hat Herr von Beust heute

auch angesprochen und Herr Freytag hat es bestätigt: Wir kommen nicht darum herum, in der Perspektive für die HSH Nordbank eine andere Anbindung zu finden. Das bedeutet nicht, dass irgendjemand diese Bank und ihre Mitarbeiter in den Schmutz treten wollte. Wenn es nach vorn gehen soll, muss jedoch klar sein, dass diese Bank als Landesbank – wie auch immer sie funktioniert haben mag – keine Zukunft hat. Wir müssen sehen, ob das durch Fusion mit anderen Landesbanken gelöst werden kann, oder – wofür ich immer werbe – wir müssen den Zusammenhang zwischen Landesbank und Sparkassensystem neu aufmachen. Aber darüber kann man ja streiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Herr Kerstan, ich gebe Ihnen Recht, dass wir langsam zur Haushaltsdebatte übergehen sollten, aber Herr Freytag war heute ausnahmsweise vom Mikrofon gar nicht mehr wegzubekommen. Wenn er sagt, dass wir beteiligt worden seien, uns aber hinterher beschwert hätten, sage ich ganz klar, dass es einen Termin mit den Fraktionsvorsitzenden gab. Daran hat Herr Neumann nicht teilnehmen können aber ich habe ihn vertreten dürfen. Das war ein wichtiges Gespräch. Sie haben sich konstruktiv am Bundesprogramm beteiligt. Das war richtig. Dazu stehen wir. Das ist nicht der Punkt, wir reden über ein anderes Thema, und zwar über die Frage, wie wir bezogen auf die HSH Nordbank zurechtkommen.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Genau!)

Da können Sie die ganzen Ausschusstermine zitieren, in denen das einmal auf der Tagesordnung stand. Vernünftig reden konnte man darüber jedoch nicht. Einmal stand es unter "Verschiedenes", da wurde uns das Wort entzogen. Eine Sitzung später ist der HSH Nordbank-Vorstandsvorsitzende entlassen. Wir wollten auch über die 700 Mitarbeiter sprechen, die entlassen werden sollen, während Vertreter im Aufsichtsrat nur fragen, was mit den Dividenden sei. Wir werden das in der aktuellen Stunde nicht mehr klären, wer der HSH Nordbank mehr schadet: Die mangelnde Transparenz und das Auftreten unseres Finanzsenators oder die Opposition, die Fragen stellt und findet, dass das klar und offen besprochen werden muss.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Deshalb sind wir auch ein bisschen geknickt,

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

dass Sie einen Antrag, den wir schon im Juli in der Bürgerschaft vorgelegt haben, wo wir nämlich gesagt haben, wir möchten gerne zusammen mit dem Senat über die Frage reden, wie man in solch

(Dr. Peter Tschentscher)

einer Finanzmarktkrise vorankommt – und wir haben Ihnen einen Antrag aufgeschrieben mit vielen Punkten, vielleicht sind da auch falsche Punkte dabei, das weiß ich gar nicht –,

(Viviane Spethmann CDU: Wahrscheinlich!)

den Sie einmal schlank an den Haushaltsausschuss überwiesen haben. Ich will die Kommentierungen aus den Regierungsfractionen nicht wiedergeben. Herr Freytag war an einer Stelle wenigstens noch konstruktiv und hat gesagt, darüber reden wir einmal im Unterausschuss weiter. Und da liegt der Antrag bis heute, im Unterausschuss. Wir haben bis heute keinen Termin dafür bekommen und dieser Antrag liegt dort, wo wir über diese Fragen reden wollen, und wird nicht aufgerufen. Das ist eine Art und Weise, über Inhalte und Probleme zu reden, die wir nicht für richtig halten und auch als Opposition nicht ertragen können. Das scheint in Schleswig-Holstein auch gegenüber der Opposition anders zu laufen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Schira.

Frank Schira CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde, Herr Neumann, Sie haben eine Chance verpasst, mit adäquaten und inhaltlichen Redebeiträgen aufzufallen. Sie sind in Ihren alten Rhythmus gefallen und haben zur Sache nichts beigetragen. Das war im wahrsten Sinne des Wortes Parteiengeiz.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL – Ingo Egloff SPD: Das war ja inhaltschwer! – Gegenruf von Michael Neumann SPD: Aber das war seine beste Rede bisher!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Sie werden es nicht glauben, wir haben keine Wortmeldungen mehr zum zweiten Thema der Aktuellen Stunde. Uns verbleiben null Minuten, um das vierte Thema aufzurufen. Deshalb frage ich die anmeldende Fraktion: Wird eine Vertagung der Aussprache auf morgen gewünscht? – Das ist der Fall. Wir werden somit morgen die Aktuelle Stunde mit dem vierten Thema fortsetzen.

Wir kommen zum Punkt 18 a der Tagesordnung, dem Senatsantrag: Haushaltsplan-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 und Finanzplan 2008 bis 2012.

[Senatsantrag:

Haushaltsplan-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 und Finanzplan 2008-2012

– Drs 19/1500 –]

Diese Drucksache ist bereits am 5. November 2008 im Vorwege federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen worden. Zur Einbringung des Haushalts spricht zunächst der Senat. Senator Dr. Freytag bekommt das Wort.

Senator Dr. Michael Freytag: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Senat bringt heute den Haushaltsplanentwurf 2009/2010 und die mittelfristige Finanzplanung 2008 bis 2012 in die Hamburgische Bürgerschaft ein. Dies ist der erste Haushaltsplanentwurf einer schwarz-grünen Koalition eines deutschen Bundeslands – ein ausgeglichener Haushalt, die Staatsfinanzen sind solide, wir haben Wort gehalten.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Bereits in den letzten Jahren führte ein nachhaltiger und generationengerechter Konsolidierungskurs zu Einsparungen im Umfang von rund 500 Millionen Euro im Jahr.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Der vorliegende Haushaltsplanentwurf führt diese Konsolidierung durch den Verzicht auf Nettoneuverschuldung fort und spiegelt auch die finanzpolitischen Zielsetzungen der Koalition wider. Hamburg finanziert seinen Haushalt aus eigener Kraft und ohne Nettokreditaufnahme. Wir haben die verhängnisvolle Spirale der ständig neuen Kredite gestoppt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Dem Steuerzahler bleiben auf diese Weise in der Legislaturperiode Zinsen in dreistelliger Millionenhöhe erspart. Wir leben nicht auf Kosten der Folgegenerationen. Hamburg ist bundesweit Vorreiter bei der Modernisierung der öffentlichen Haushalte. Wir erhöhen die Transparenz der Ertrags- und Vermögenslage der Stadt durch die Vorlage einer Konzernbilanz und eines Konzernjahresabschlusses 2007. 3,8 Milliarden Euro Eigenkapital und 798 Millionen Euro Überschuss belegen: Hamburg ist ein finanziell erfolgreicher sozialer Konzern. Der Haushalt kommt direkt im Leben der Menschen an. Wir stärken die familien-, sozial- und bildungspolitischen Rahmenbedingungen. Statt Zinsen für Kredite, für neue Schulden, zahlen wir lieber für Kinderbetreuung und Bildung. In 2009/2010 werden für die Bereiche Kindertagesbetreuung und Lehrpersonal im Vergleich zum letzten Doppelhaushalt insgesamt 288 Millionen Euro zusätzlicher Ausgaben aufgewandt. Das ist direkte Politik für die Menschen unserer Stadt.

(Senator Dr. Michael Freytag)

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Mit diesen Zielsetzungen stellen wir die Weichen für stabile Staatsfinanzen, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, ökologische Tragfähigkeit, Chancengerechtigkeit und Integration. Die wirtschaftliche Entwicklung Hamburgs der letzten Jahre bildet eine solide Basis für die Zukunft der Stadt. Auf dieser Basis baut der Senat auf, diese Basis werden wir stärken und erweitern. Die Einwohnerzahl Hamburgs ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen, wir bewegen uns wieder auf 1,8 Millionen Einwohner zu. Im Zeitraum 2004 bis 2007 stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Hamburg im Vergleich zum Schnitt der Bundesländer fast doppelt so stark. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte den höchsten Stand seit 40 Jahren. In Hamburg entstehen bundesweit die meisten zusätzlichen Arbeitsplätze, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg in diesem Jahr um 3,3 Prozent, was klar über dem westdeutschen Durchschnitt von 2,1 Prozent liegt. Für Hamburg bedeutet das konkret 26 000 zusätzliche Arbeitsplätze. Mehr Arbeitsplätze heißt mehr Familien in der Stadt, mehr Arbeitsplätze heißt mehr Wirtschaftswachstum, mehr Arbeitsplätze heißt mehr Steueraufkommen, mehr Steueraufkommen heißt mehr Handlungsspielraum in unserem Haushalt.

Das verfügbare Einkommen der Einwohner in Hamburg stieg 70 Prozent stärker als das im Bundesmittelwert. Hamburg ist das Bundesland mit der größten Wirtschaftsleistung pro Kopf. 2007 konnte die Grenze von 50 000 Euro pro Einwohner überschritten werden. Damit liegt unsere Stadt 70 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts lag im Durchschnitt der letzten drei Jahre bundesweit bei 2 Prozent, in Hamburg lag dieser Wert 20 Prozent höher. Die Steigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts hat die gesamtwirtschaftliche Lage Hamburgs geprägt. Ob beim Wirtschaftswachstum, beim Zuwachs an Einwohnerzahlen oder bei den Beschäftigten, Hamburg ist bundesweit an der Spitze.

Hamburgs Erfolg basiert auf einer starken Wirtschaft und einem starken Staat. Public Private Partnership ist bei uns kein Slogan, sondern gelebte Realität. Hamburg ist mit 125 000 privaten Unternehmen ein starker internationaler Wirtschaftsstandort. Aber auch die Stadt und ihre Beteiligungen sind ein bestimmender Erfolgsfaktor für unsere Stadt. Der Konzern Hamburg umfasst die staatliche Kernverwaltung und 390 Tochterorganisationen und Unternehmensbeteiligungen. Mit 89 000 Mitarbeitern ist der Konzern Hamburg mit Abstand der größte Arbeitgeber am Standort. Politische Handlungsfähigkeit setzt finanzielle Handlungsspielräume voraus. Hamburg verschafft sich durch ein erfolgreiches Management seiner Beteiligungen und auch seiner Immobilien diese Spielräume. Andere Länder und Kommunen haben ihr

Tafelsilber verkauft, geradezu ausverkauft. Hamburg hält es aus guten Gründen. Wir haben Hamburg Wasser zu einem Gleichordnungskonzern geschmiedet und damit zum größten öffentlichen Wasserunternehmen Deutschlands entwickelt. SA-GA/GWG ist mit 135 000 Wohnungen eines der größten kommunalen Wohnungsunternehmen des Landes. Die Hamburger Hochbahn, um ein weiteres Beispiel zu nennen, ist ein bundesweit erfolgreiches Nahverkehrsunternehmen mit einem vorbildlichen Kostendeckungsgrad. Der Konzern Hamburg bringt Leistungen mit hoher Qualität. Die öffentlichen Unternehmen haben einen bilanziellen Wert von 10 Milliarden Euro und stellen damit einen bedeutenden Teil des Vermögens der Hansestadt dar. Sie investieren jährlich 1 Milliarde Euro, dies kommt zusätzlich zu den Milliardeninvestitionen des Kernhaushalts hinzu.

Während frühere Senate zwischen 1990 und 2000 3,5 Milliarden Euro Privatisierungserlöse in die Lächer der Betriebshaushalte stopften und damit Tafelsilber unwiederbringlich vernichteten, werden heute die Vermögenspositionen der Stadt zukunftsgerichtet vermehrt und damit nachfolgenden Generationen erhalten. Aufgrund wirtschaftlicher Dynamik und guter infrastruktureller Rahmenbedingungen ist Hamburg ein begehrter Standort für Unternehmen. Hierzu hat auch die aktive Beteiligungspolitik des Senats beigetragen. Die konsequente Politik mit Beteiligungen – öffentlich wie privat – trägt Früchte für den Wirtschaftsstandort Hamburg. In den vergangenen Jahren hat Hamburg nicht nur in den klassischen öffentlichen Sektoren Flagge gezeigt, sondern auf Zeit und ausnahmsweise auch dann in privaten Unternehmen, wenn dies aus Wirtschaftsstandortgründen, aus Gründen der Erhaltung von Arbeitsplätzen, zwingend geboten war. Wir haben dies erfolgreich getan. Die Beispiele Beiersdorf, Norddeutsche Affinerie und aktuell Hapag-Lloyd sprechen für sich.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Neben den Unternehmensbeteiligungen kommt auch dem städtischen Immobilienmanagement eine Schlüsselrolle bei der Weiterentwicklung Hamburgs zu. Nahezu die Hälfte der 755 Quadratkilometer der Gesamtfläche Hamburgs befindet sich im Eigentum der Stadt oder der öffentlichen Unternehmen. Der bilanzielle Wert der Grundstücke beträgt 11 Milliarden Euro, der Gebäude 8 Milliarden Euro. Dies ist ein Potenzial, das wir erkannt und gezielt genutzt haben. Die Stadt ist ein bedeutender Marktteilnehmer am Immobilienmarkt. Etwa 20 Prozent des jährlichen Angebots an neuen Flächen für den Wohnungsbau und 50 Prozent der Gewerbeflächen werden von der Freien und Hansestadt Hamburg selbst zur Verfügung gestellt. Die alte Liegenschaftsverwaltung ist zu einem modernen Immobilienmanagement weiterentwickelt worden. Es verwaltet nicht nur unsere großen Bestände, sondern ist aktiver Teilnehmer am Markt. Hier-

(Senator Dr. Michael Freytag)

mit wird im wahrsten Sinne des Wortes der Boden bereitet für die Ansiedlung von Unternehmen, für Wohnungsneubau und den weiteren Zuzug von Menschen in unsere Stadt.

Hamburg kauft und verkauft Grundstücke in großem Umfang, wir schichten altes Vermögen in neues Vermögen um und schaffen Werte für unsere Kinder und Kindeskiner. Die Zahlen der vergangenen Jahre sprechen eine deutliche Sprache. Im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre haben wir jährlich über 200 Hektar an Flächen angekauft. Ein Schwerpunkt der strategisch ausgerichteten Ankaufspolitik liegt dabei auf Konversionsflächen. Solche Areale, die für ihren ursprünglichen Zweck nicht mehr benutzt werden, werden wir gezielt entwickeln und insbesondere als Wohn- und Arbeitswelten für die Bürger unserer Stadt neu erschließen. Aktuell entwickeln wir circa 193 Hektar Konversionsflächen für Zukunftsprojekte der Stadt. Über 300 Hektar Fläche wurden 2007 auf dem Markt platziert und dabei Verkaufserlöse – auch für unseren Haushalt – von 125 Millionen Euro erzielt.

Ein besonderer Erfolg ist die Wohnungsbauoffensive. Von der Wohnungswirtschaft werden 2000 neue Wohnungen gebaut. Die Finanzbehörde stellt hierfür öffentliche Flächen zu vergünstigten Preisen für 1000 Wohnungen zur Verfügung und die Privatwirtschaft verpflichtet sich zum Bau weiterer 1000 Wohnungen auf privaten Grundstücken. Weil dieses Modell eine Erfolgsgeschichte ist, haben wir im vergangenen Jahr bereits die zweite Offensive gestartet. Die Vermögenspolitik des Senats ist keine Politik für Unternehmen oder Aktienmärkte. Es ist Politik, die Arbeitsplätze, Einkommen, Wirtschafts- und Steuerkraft am Standort Hamburg sichert. Es ist keine Politik nur für den Haushalt, sondern vor allen Dingen für die Menschen in dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Damit ist Hamburg nicht nur regional, sondern bundesweit sehr gut positioniert. Die November-Steuerschätzung zeigt für 2008 eine sehr positive Einkommensentwicklung für Hamburg. Für 2009 prognostiziert sie jedoch deutliche Mindereinnahmen. Dennoch kann Hamburg seinen Haushalt 2009 aus eigener Kraft ohne neue Schulden ausgleichen, denn die Minderausgaben 2009 werden durch die Mehreinnahmen 2008 mehr als kompensiert. Es bleibt auch noch ein zusätzlicher Puffer von über 70 Millionen Euro. In Anbetracht der schwierigen Lage, vor der wir stehen, ist es aber auch dringend erforderlich, noch zusätzliche Puffer zu haben.

Die November-Steuerschätzung erwartet für 2008 in Hamburg verbleibende Steuern von 8,6 Milliarden Euro. Gegenüber dem Haushaltsplanentwurf entspricht dies einem Zuwachs von 309 Millionen Euro. Für 2009 werden verbleibende Steuern in Höhe von 8,27 Milliarden Euro prognostiziert.

Das ist ein Minus gegenüber dem Haushaltsplanentwurf von 237 Millionen Euro. Ursache hierfür sind die zu erwartenden konjunkturellen Abkühlungen. Wir haben insbesondere im Bereich der Unternehmenssteuer auch Rückgänge und wir haben abweichend vom Bund bei den unternehmensbezogenen Steuerarten nicht das hohe Niveau des Jahres 2008 mit den Wachstumsraten für 2009 fortgeschrieben, sondern wir haben sehr viel vorsichtiger geschätzt und der sich beschleunigenden konjunkturellen Abwärtsentwicklung durch entsprechende Risikoabschläge bei den gewinnabhängigen Steuerarten Rechnung getragen.

Im Jahr 2008 wird Hamburg aufgrund der positiven Steuereinnahmeentwicklung 440 Millionen Euro in den Länderfinanzausgleich einzahlen müssen. Das sind 110 Millionen Euro mehr als wir geplant hatten. 2009 wird sich diese Zahlung aufgrund der zu erwartenden geringeren Einnahmen etwas reduzieren. Wir werden statt 340 Millionen dann 310 Millionen Euro für den Länderfinanzausgleich im Jahr 2009 kalkulieren müssen. Inwieweit sich diese Prognosen fortführen, werden letztlich die Mai-Steuerschätzung 2009 und die November-Steuerschätzung 2009 ergeben, unter deren Vorbehalt letztlich alle Eckdaten stehen.

Die Ausgaben für gesetzliche Leistungen sind in den vergangenen 20 Jahren überproportional gestiegen. Betrug die Ausgaben für Sozialhilfe im Jahr 1986 noch umgerechnet 550 Millionen Euro, so liegen sie im Haushaltsjahr 2010 mit rund 1,3 Milliarden Euro mehr als doppelt so hoch. Die Sozialhilfeausgaben stellen damit einen der größten Ausgabenblöcke im Haushalt und auch in der Finanzplanung dar, bei dem Risiken durch eine rückläufige gesamtwirtschaftliche Entwicklung oder durch eine Steigerung der Energiekosten noch zusätzlich im Haushalt auftreten können. Neben den konjunkturbedingten Unwägbarkeiten können eine Reihe weiterer Faktoren Einfluss auf den Hamburger Haushalt nehmen, deren finanzielle Auswirkungen jedoch noch nicht abschließend geschätzt werden können, aber finanzielle Risiken darstellen. Ich nenne Konjunkturpakete der Bundesregierung, Familienleistungsgesetz, die Verfassungsmäßigkeit der jetzigen Entfernungspauschale, die vom Bundesverfassungsgericht geprüft wird, ich nenne die Erbschaftsteuerreform, ich nenne die Abzugsfähigkeit von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen. Diese Risiken gibt es zusätzlich und die müssen wir beachten.

Seit 2007 finanziert Hamburg seinen Haushalt aus eigener Kraft. Dies unterscheidet uns von anderen Ländern, die zum Teil ihre Haushalte nur deshalb ausgleichen können, weil sie jährlich finanzielle Unterstützung in Milliardenhöhe vom Bund und von den Ländern erhalten. Hamburg schafft es trotz seiner Verpflichtung als Geberland im Länderfinanzausgleich, seinen Haushalt vollständig selbst auszugleichen, ohne auf Kredite zurückgreifen zu

(Senator Dr. Michael Freytag)

müssen. Hamburg sichert mit dieser Finanzpolitik Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Dies geschieht, indem die Investitionen in wichtige Zukunftsbereiche ausschließlich durch Überschüsse des Betriebshaushalts oder durch Eigenmittel finanziert werden.

Hamburg hat zudem in geringem Umfang – aber immerhin – mit der Tilgung von Altschulden begonnen. Die Altschulden sind nach wie vor ein großes Problem in unserem Haushalt. Die Zinsbelastung Hamburgs beträgt durch die in den letzten Jahrzehnten aufgebauten Altschulden 1 Milliarde Euro jährlich. Das bedeutet, Hamburg zahlt täglich 2,8 Millionen Euro nur für die Zinsen für alte Schulden. Zurzeit verwendet Hamburg rund 12 Prozent seiner Steuereinnahmen, die Hamburg verbleiben, dafür, die Verzinsung der aufgelaufenen Altschulden zu begleichen, also ein Achtel der Steuereinnahmen geht nur für Altverbindlichkeiten drauf. Wir müssen deshalb hier einen Riegel verschieben, solange es irgend geht.

Diese Beträge, die wir jetzt für Zinsen aufwenden müssen – 1 Milliarde Euro im Jahr –, fehlen für wichtige Investitionen oder andere Leistungen für die Bürger. Der Verzicht auf neue Kredite führt somit nicht nur zu erheblichen Zinsersparnissen, sondern eröffnet dadurch neue Handlungsmöglichkeiten in den kommenden Jahren. Durch den Ausstieg aus der Neuverschuldung spart Hamburg im Verlauf der Legislaturperiode Zinsausgaben in dreistelliger Millionenhöhe. Der Stopp der Nettokreditaufnahme seit 2007 schafft somit auch Handlungsspielräume für die Zukunft. Es wird die Zukunft zeigen, ob und inwieweit wir sie nutzen und einsetzen können. Bereits in den vergangenen Jahren konnten beträchtliche Erfolge auf dem Weg erzielt werden, die laufenden Haushaltsausgaben durch laufende Einnahmen zu finanzieren. 2005 wurde der Betriebshaushalt ausgeglichen, ein Jahr vorher als kalkuliert, seit 2005 ist Hamburg wieder in der Lage, seine laufenden Ausgaben mit mindestens gleich hohen laufenden Einnahmen zu decken. 2006 konnten dann die Investitionen bereits zur Hälfte aus den laufenden Einnahmen finanziert werden, bedingt durch einen Überschuss im Betriebshaushalt von 580 Millionen Euro. Im Jahr 2007 konnte der Betriebshaushalt einen Rekordüberschuss von 758 Millionen Euro erwirtschaften, der zusammen mit den gebildeten Rücklagen den vollständigen Ausgleich des Haushalts 2007/2008 und auch der Folgehaushalte ermöglicht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

In der neuen Planungsperiode 2008 bis 2012 sollen sich die Überschüsse im Betriebshaushalt schrittweise auf rund 870 Millionen Euro im Jahr 2012 erhöhen. Dies wird unter anderem dadurch begründet, dass der Anstieg der bereinigten Betriebsausgaben auf niedrigem Niveau gehalten

wird. Die trotz dieser Überschüsse im Betriebshaushalt noch bis 2011 zu verzeichnenden negativen Finanzierungssalden werden durch Rücklagen und Grundstockentnahmen sowie nachlaufende Einnahmen aus bereits getätigten Vermögensmobilisierungen gedeckt. Ab 2012 sollen dann auch die Investitionen vollständig durch die laufenden Einnahmen finanziert werden.

Neben der Bilanz für die Kernverwaltung Hamburgs haben wir gestern als erstes Bundesland einen konsolidierten Konzernabschluss vorgelegt, der sämtliche Zahlungsströme, Vermögenspositionen und Verschuldenspositionen des gesamten Konzerns Hamburg abdeckt. Die Stadt wird ihrem Anspruch gerecht, bei der Haushaltsmodernisierung unter den deutschen Bundesländern einen Spitzenplatz zu belegen. Hamburg demonstriert mit dieser Bilanz, dass auch eine öffentliche Gebietskörperschaft, dass eine Stadt oder der Staat oder ein Bundesland in der Lage ist, mit einer kaufmännischen Rechnungslegung Gewinne zu erzielen. Das ist ein Signal nicht nur für Hamburg, sondern auch für andere staatliche Gebietskörperschaften.

Die Statistiken, die als Grundlage für den Länderfinanzausgleich oder für Bundesergänzungszuweisungen dienen, sind unvollständig und zeichnen ein verzerrtes Bild der finanziellen Lage der Länder. So bleiben die Gesamtschulden und die tatsächlichen Gesamtvermögenspositionen der öffentlichen Gebietskörperschaften unberücksichtigt. Die doppelte Sicht auf die tatsächliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage versachlicht diese Diskussion. Hierzu leistet unsere Konzernbilanz einen Beitrag. Ich ärgere mich ganz besonders, wenn in offiziellen Statistiken Bundesländer sich mit einem ausgeglichenen Haushalt schmücken, den sie sich aber nicht selber erarbeitet haben, sondern durch Leistungen des Bundes und der Länder erreicht haben. Ich ärgere mich ganz besonders, wenn leistungsstarke Finanzländer wie Hessen statistisch schlechter dastehen, als ihnen eigentlich zukommt. Ich nenne einmal ein Beispiel: Berlin zum Beispiel hat einen ausgeglichenen Haushalt, zahlt sogar deutlich Altschulden zurück und nimmt keine neuen Schulden mehr auf. Warum? – Weil man 5,8 Milliarden Euro Bundesergänzungszuweisungen und Mittel aus dem Länderfinanzausgleich bekommt. In der Statistik steht man glänzend da. Ein erfolgreiches Land wie Hessen zahlt 3,2 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich, muss deshalb über 700 Millionen Neuverschuldung Jahr für Jahr aufnehmen, von Tilgung von Altschulden ist gar nicht die Rede. Hier werden Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit auf den Kopf gestellt. Wir müssen die Statistik ändern.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Michael Neumann SPD: Das sagt der Richtige!)

(Senator Dr. Michael Freytag)

Ich komme zurück zum kaufmännischen Ergebnis für das Jahr 2007. Das ist sowohl für die Kernverwaltung Hamburgs als auch für die Freie und Hansestadt Hamburg als Konzern sehr positiv. Noch einmal zur Erinnerung: Der erste Geschäftsbericht 2006 wies noch einen Verlust von 561 Millionen Euro des Staatshaushalts nach kaufmännischer Rechnungslegung aus. Wir haben das jetzt gedreht in ein Plus, in einen Gewinn von 102 Millionen Euro und der Gesamtkonzern hat einen Überschuss von 798 Millionen Euro – und das, obwohl wir alle Belastungen einer kaufmännischen Bilanz sorgfältig eingearbeitet haben. Die Rückstellungen im Konzern betragen immerhin 23 Milliarden Euro, davon in der Kernverwaltung 20 Milliarden Euro. Diese Rückstellungen sind insbesondere Rückstellungen für Beamtenpensionen, für die es bisher in den öffentlichen Haushalten in der Regel nur die Lösung gibt, nämlich dass man dies aus den laufenden Einnahmen erwirtschaften muss, was zunehmend unmöglich wird. Mit einer steigenden Zahl von zu pensionierenden Beamtinnen und Beamten werden die öffentlichen Haushalte nicht mehr in der Lage sein, ihre Verpflichtungen zu bedienen, ohne massiv in die roten Zahlen zu gelangen. Rückstellungen muss man ehrlich bilden und da sind Pensionslasten der größte Block. Darüber hinaus haben wir Abschreibungen auf das Anlagevermögen gebildet von insgesamt 1,3 Milliarden Euro und damit dem Werteverzehr Rechnung getragen. 564 Millionen Euro sind allein in der Kernbilanz Hamburgs an Abschreibungen eingebracht.

Mit der Vorlage von kaufmännischen Jahresabschlüssen ist Hamburg in eine Vorreiterrolle hinsichtlich Transparenz und Vergleichbarkeit in unserem Land gekommen. Zu einer vollständigen Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der gesamten öffentlichen Gebietskörperschaft gehören nicht nur die Kernstaatsverwaltung, sondern auch die ausgegliederten und ausgelagerten Bereiche. Es wird immer behauptet, wir würden in Nebenhaushalte irgendetwas verstecken und dann dort die Staatsverschuldung verstecken. Der aktuelle Konzernabschluss belegt, dass wir in der Tat auch in den Nebenhaushalten Schulden machen. Diese haben sich aber gegenüber dem Vorjahr gesenkt und sind keineswegs erhöht worden. Dass beispielsweise die Hamburger Hochbahn ihre Busse und Bahnen selber als Aktiengesellschaft, als kaufmännisches Unternehmen, beschafft, ist nichts Neues. Das gab es auch schon zu anderen Zeiten.

Der Haushaltsplanentwurf 2009/2010 und die Finanzplanung 2008 bis 2012 sehen Einnahmen und Ausgaben für die nächsten beiden Haushaltsjahre von jeweils 11,1 Milliarden Euro vor. Das bisher wichtigste finanzpolitische Ziel des Senats, der Ausgleich des Betriebshaushalts und die Erwirtschaftung von Überschüssen im Betriebshaushalt, wird durchgängig erreicht, sogar mit hohen Beträ-

gen. Die Überschüsse im Betriebshaushalt ermöglichen zusammen mit den Rücklagen und Grundstockentnahmen sowie den Mobilisierungserlösen eine Finanzierung der Investitionen in den nächsten Jahren durch eigene Mittel. Mit dem Jahr 2012 sollen Betriebs- und Investitionsausgaben dann durch laufende Einnahmen und die Investitionseinnahmen damit finanziert werden. Im Planungszeitraum 2008 bis 2012 ist keine Nettokreditaufnahme vorgesehen, so wird der Schuldenstand im Kernhaushalt in Höhe von rund 22 Milliarden Euro nach dieser Planung eingefroren. In diesem Zeitraum besteht ein Finanzierungsbedarf zur Deckung der Gesamtfinanzierungskosten in Höhe von 2,16 Milliarden Euro, die Deckung wird durch Rücklagen und Grundstockentnahmen sowie Vermögensmobilisierungen dargestellt. Damit ist klar, dass wir keine Hilfe anderer brauchen, weder Kredite noch Bundesergänzungszuweisungen noch Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich. Im Gegenteil, wir selber zahlen dort ein.

Die durchschnittliche Zuwachsrate der bereinigten Gesamtausgaben liegt damit deutlich unter der durchschnittlichen Zuwachsrate der bereinigten Gesamteinnahmen von 2008 bis 2012 in Höhe von 3,1 Prozent. Hamburg entspricht damit den Empfehlungen des Finanzplanungsrats. Die Personalkosten steigen im Planungszeitraum mit einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 2,7 Prozent. Dies ist auf Tarifsteigerungen und den erwarteten Anstieg der Versorgungsausgaben zurückzuführen. Die Personalausgabenquote liegt im Jahre 2012 bei etwa 34 Prozent. Die Altschulden des Kernhaushalts in Höhe von circa 22 Milliarden Euro belasten den Betriebshaushalt weiterhin mit den bereits genannten 1 Milliarden Euro Zinsen zusätzlich. Der Anteil der Steuereinnahmen, der für Zinsen aufgewendet werden muss, bleibt in der Planungsperiode deshalb auf hohem Niveau. Immerhin sinkt er stetig auf 11 Prozent im letzten Planungsjahr. Die Entwicklung der Sach- und Fachausgaben ist unter anderem durch einen stärkeren Ausgabenanstieg in 2009 gekennzeichnet, für den einerseits die Erhöhung der Sozialhilfeausgaben maßgeblich ist, zum anderen aber auch die Umschichtungen von Mitteln aus dem Investitions- in den Betriebshaushalt, die sich in der Steigerungsrate der übrigen Sach- und Fachausgaben widerspiegeln. Damit folgt der Planentwurf einer auch der Doppik geschuldeten Forderung nach der strikteren Einhaltung der Abgrenzung von investiven und konsumtiven Ausgaben.

Die strukturell ausgeglichenen Betriebshaushalte sind das Rückgrat für das hohe Investitionsniveau, das Hamburg auch in Zukunft halten möchte. 2009 und 2010 wird Hamburg durchschnittlich rund 1,2 Milliarden Euro pro Jahr in Zukunftsprojekte investieren. Dazu gehören unter anderem die Modernisierung des Universitätsklinikums Eppendorf, der Sprung über die Elbe, die Internationale

(Senator Dr. Michael Freytag)

Bauausstellung, die Internationale Gartenschau, der Bau der U 4, Investitionen in den Hochwasserschutz, die weitere Erschließung der HafenCity, der Ausbau der ENDO-Klinik sowie Investitionen in die Stärkung des Luftfahrtclusters in Hamburg. Die Bereiche Bildung, Kindertagesbetreuung und Innere Sicherheit bilden einen besonderen Schwerpunkt in unseren Planungen, vor allem die Qualitätsoffensive im schulischen Bereich sowie bei der präventiven frühkindlichen Förderung spiegelt sich im Doppelhaushalt 2009 eindrucksvoll und auch mit großen Zahlen wider. Die Investitionen werden nach einem Höchststand von 1,5 Milliarden Euro in diesem Jahr auch in den beiden Planjahren 2009/2010 mit jahresdurchschnittlich 1,2 Milliarden Euro auf hohem Niveau verstetigt werden. Die rückläufigen Staatsinvestitionen nach Jahren gezielter und ansteigender wachstumsorientierter Investitionen und Sonderinvestitionsprogramme sind Ausdruck dafür, dass die ursprüngliche Zielsetzung, private Investitionen anzuregen, gelungen ist. Entscheidend für den Vermögenszuwachs unserer Stadt ist jedoch die Tatsache, dass die Investitionssumme doppelt so hoch ist wie die vorgenommenen Abschreibungen. Das heißt, unter dem Strich schaffen wir für die Folgegeneration neue Werte und Mehrwerte.

2009 und 2010 haben Kinder bei Bildung und Erziehung Vorfahrt. Das bildet sich im Haushaltsplan sehr deutlich ab. Wir werden in beiden Jahren für Kindertagesbetreuung und Lehrpersonal 288 Millionen Euro mehr zur Verfügung stellen als im letzten Doppelhaushalt 2007/2008. Der Kita-Bereich wird um 123 Millionen Euro und die Personalausgaben für Lehrer staatlicher Schulen um 165 Millionen Euro gestärkt. Die Zahl der in Kitas und Vorschule betreuten und geförderten Kinder in Hamburg steigt bis 2010 kontinuierlich auf circa 81 000. Allein im Kita-Gutscheinsystem werden rund 63 500 Kinder betreut. Früh gefördert werden über 12 000 Kinder mehr als noch im Jahre 2001. Während schon jetzt 98 Prozent der Kinder im Jahr vor der Einschulung betreut werden, ist eine deutliche Steigerung der Betreuungsquote insbesondere bei den Krippen festzustellen. 2010 werden schätzungsweise 31 Prozent aller unter Dreijährigen in Hamburg betreut werden. 2001 waren es weniger als die Hälfte, etwa 15 Prozent. Schon jetzt ist Hamburg mit einer Krippenbetreuungsquote von circa 26 Prozent im Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern bei der Krippenbetreuung Spitzenreiter. Wesentliche Bausteine dieser kinder- und familienfreundlichen Entwicklung sind die Einführung des beitragsfreien Kitajahres im letzten Jahr vor der Einschulung mit Beginn des Schuljahres 2009 sowie der allgemeine Rechtsanspruch auf Kitabetreuung für Kinder ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr ab August 2010. Der Senat stellt hierfür im Doppelhaushalt zusätzlich 24 Millionen Euro bereit.

Auch die Schul- und Unterrichtsqualität wird nachhaltig verbessert. Die Grundschulklassen werden weiter verkleinert und erhalten mehr Lehrkräfte. Zusätzlich werden bis zu 50 weitere Ganztagschulen in dieser Legislaturperiode in Hamburg entstehen. Die Zahl der Ganztagschulen beziehungsweise der Schulen mit offenem Ganztagsangebot wird sich damit auf fast 200 erhöhen. Rund 56 Prozent der staatlichen allgemeinbildenden Schulen können künftig eine Ganztagsbetreuung anbieten. Das ist eine Steigerung der Lebensqualität für viele tausend Familien in unserer Stadt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Neben den staatlichen Schulen werden auch die Privatschulen stärker gefördert. Sie erhalten in den Jahren 2009 und 2010 über 210 Millionen Euro von der Stadt. Gegenüber 2001 steigt die Förderung der privaten Schulen 2010 um mehr als 40 Millionen Euro auf dann 107 Millionen Euro.

Zum Bereich Familie und Soziales möchte ich betonen, dass wir rund 28 Millionen Euro für die Einführung einer Sozialfahrkarte und eines Preisnachlasses bei Zeitwertkarten des Hamburger Verkehrsverbundes ausweisen. Wir werden 30 Millionen Euro für die Exzellenzinitiative in der Landesforschung zur Verfügung stellen, 37 Millionen Euro für den Bau eines Freie-Elektronen-Lasers, des XFELs, wir werden in der Stadtentwicklung, im Umwelt- und Wirtschaftsbereich 30 Millionen Euro für Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Internationalen Bauausstellung und der IGS im Rahmen des Sprungs über die Elbe zur Verfügung stellen. 25 Millionen Euro werden bereitgestellt für das Klimaschutzkonzept, zehn Millionen Euro für die Quartiersoffensive, rund 20 Millionen Euro zusätzlich für die Umgehung Finkenwerder und weitere Verkehrsinfrastruktur. Für die Innere Sicherheit werden etwa 15 Millionen Euro zusätzlich für das einheitliche digitale Sprech- und Datenfunksystem zur Verfügung gestellt.

Der Haushaltsplan-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg für die Jahre 2009 und 2010 ist kein abstraktes Zahlenwerk. Der Haushalt ist für die Menschen in Hamburg gemacht und kommt ihnen unmittelbar zugute. Wir verfolgen eine nachhaltige Finanzpolitik, nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die nachfolgenden Generationen. Die Eckpfeiler unserer Finanzpolitik mit einem ausgeglichenen Haushalt aus eigener Kraft sind gesetzt, das Haus ist bestellt und es hat ein solides Fundament. Mit der weltweiten Wirtschaftskrise sind jedoch mehr als dunkle Wolken am Horizont aufgezogen. Niemand kann heute die Auswirkungen exakt beziffern. Es besteht ohne jeden Zweifel die große Gefahr, dass auch unser Haushalt nachteilig betroffen werden kann. Gleichwohl werden wir unsere ganze Kraft dafür aufwenden, das Erreichte zu bewahren. Eine Garantie gibt es hierfür jedoch nicht. Wir werden dennoch alles dafür tun,

(Senator Dr. Michael Freytag)

dass unser Flaggschiff Hamburg Kurs hält, auch in stürmischer See. – Ich danke Ihnen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren, das Wort bekommt Herr Dr. Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Senator Freytag, das war eine Rede, wie wir Sie von Ihnen gewohnt sind: Überschüsse, ausgeglichener Haushalt aus eigener Kraft, stabile Staatsfinanzen. – Diese gefühlte Haushaltslage des Senats steht in deutlichem Kontrast zur Wirklichkeit der Hamburger Finanzen im Jahr 2008.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Ich will heute gar nicht über die vielen einzelnen Punkte Ihres Haushaltsplan-Entwurfs streiten. Vieles ist sicher gut und richtig, zum Beispiel der Schwerpunkt in der Bildung. Aber dahinter verbergen sich viele falsche Punkte, zum Beispiel die Ausgaben für die Primarschulen. Diese kosten viel Geld und bringen keinen wirklichen Fortschritt.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Vieles andere, was wichtig ist, bleibt dafür liegen.

Ich möchte gern Ihrer Rede folgen und heute bei der Einbringung mit Ihnen gemeinsam über den finanzpolitischen Rahmen nachdenken. Da muss ich leider sagen, dass die schlimme Entwicklung der HSH Nordbank und die Finanzmarktkrise – wir haben das gerade besprochen – uns in einer Haushaltslage treffen, die schon ohne Finanzmarktkrise gemessen an den bisherigen Rahmenbedingungen desolat ist. Daran ändert auch eine Konzernbilanz 2007 nichts, die noch von der guten Konjunktur und der Kraft der öffentlichen Unternehmen getragen wird, die Sie in der Vergangenheit geringgeschätzt und lieber verkauft haben – ich wundere mich heute, dass Sie betonen, das Tafelsilber erhalten zu wollen – und die Sie weiter belasten wollen. Was die Konzernbilanz angeht, haben wir gute Erfahrung damit gemacht, Ihre Aussagen genau zu prüfen und zu hinterfragen. Das war bei der HSH Nordbank wichtig und es ist auch bei der Haushaltspolitik wichtig, auf die ich jetzt komme.

Sie, Herr Freytag, reden viele Minuten über Schulden, alte Schulden, neue Schulden, Schulden-Machen, Keine-Schulden-Machen. Sie reden aber nicht über das Kernproblem, das jeder Verschuldung zugrunde liegt. Auf dieses Kernproblem hat uns der Rechnungshof Anfang des Jahres energisch hingewiesen. Das Kernproblem Ihrer Haushaltsführung ist die einfache Tatsache, dass der

Senat seit Jahren mehr Geld ausgibt als er einnimmt. Das nennt man gemeinhin Defizit. Fachleute sagen auch "negativer Finanzierungssaldo".

(*Jens Kerstan GAL: Genau!*)

Ich nenne es einfach Haushaltsloch. Nur Sie sprechen von einem ausgeglichenen Haushalt und das tun Sie nur, um die Leute zu verwirren. Herr von Beust, Sie sitzen jetzt gerade genau richtig vor mir – das ist gut, da Sie seit 2001 über 6,6 Milliarden Euro mehr ausgegeben als eingenommen haben. Jeden Tag Ihrer Amtszeit haben Sie 2,5 Millionen Euro mehr ausgegeben als eingenommen, und das keineswegs in wirtschaftlich schlechten Zeiten. Der rot-grüne Senat hatte 2001 Steuereinnahmen von 6,3 Milliarden Euro. Sie haben heute 8,6 Milliarden. Das sind 2,3 Milliarden Euro mehr, ein Zuwachs von über 36 Prozent, deutlich mehr, als die Inflationsrate ausmacht. Sie haben neben diesen sprudelnden Steuereinnahmen großzügig weiteres Geld genommen: Von SAGA-Mietern, aus den sozialen Brennpunkten, von Familien mit Kindern und mithilfe von Bildungsgebühren von der Kita bis in die Universitäten. Sie nehmen das Geld, ohne rot zu werden, zucken aber zurück, wenn wir über Steuerehrlichkeit großer Unternehmen oder von Einkommensmillionären reden. Dann ist Ihnen jeder Betriebsprüfer zu viel. Sie weiten die Flächen der Hamburger Behörden in den letzten vier Jahren auf über 100 000 Quadratmeter aus, aber beim Finanzamt für Großunternehmen herrscht Mangel. 100 Stellen für Betriebsprüfer sind vakant, Betriebsprüfer, die jeder für sich eine Million Euro Mehreinnahmen im Jahr bewirken. Die soziale Spaltung Hamburgs spiegelt sich in der Art und Weise wider, wie Sie Steuern und Abgaben erheben, ohne soziales Gespür und ohne finanzpolitischen Verstand.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Trotz Ihrer Einnahmen auf Rekordniveau kommen Sie mit dem Geld nicht hin, denn so großzügig, wie Sie in die Portemonnaies der Familien greifen, so großzügig geben sie es auf der anderen Seite für Projekte wieder aus, die die Stadt nicht braucht. Sie bauen Haftanstalten auf und wieder ab. Sie machen den Jungfernstieg für Millionen an Steuergeldern neu und reißen ihn gleich wieder auf. Sie geben Millionen aus für Verkehrsprojekte ohne Nutzen für die Mobilität der Menschen. Sie bauen eine teure U4 in die HafenCity, statt einer günstigen und effizienten Stadtbahn für ganz Hamburg. Neuerdings bauen Sie beides parallel. Ein neuer Kreuzfahrtterminal für 30 Millionen Euro muss her, in der Planung und wirtschaftlichen Betrachtung völlig unausgegoren, und Sie versprechen eine Elbphilharmonie zum Pauschalpreis und werfen dann dreistellige Millionenbeträge für schlechte Planung und noch schlechteres Management aus dem Fenster. Das ist der Grund für Ihr Defizit, Herr Finanzsenator und Herr Bürgermeister, nicht die

(Dr. Peter Tschentscher)

Problemlagen und der Hilfebedarf in den Stadtteilen, die Sie soziale Brennpunkte nennen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die GAL, Herr Kerstan – Sie lächeln gerade so müde –,

(Harald Krüger CDU: Das liegt am Redner!)

ist in den Koalitionsverhandlungen bloss geworden angesichts der Haushaltslöcher, die uns die CDU im Wahlkampf verschwiegen hat. Herr Kerstan, Sie scheinen sich gut erholt zu haben. Nach einem kräftigen Schluck aus der Pulle hat die GAL wieder richtig Farbe im Gesicht, denn jetzt geht es um Ihre Projekte. Primarschule heißt das Zauberwort, mit dem Sie die gegensätzlichen Ziele von GAL und CDU zusammenbringen wollen. Wir wissen aber noch nicht, was das eigentlich soll. Von einem Schulgesetz will ich gar nicht reden. Nicht einmal ein Eckpunktepapier liegt der Bürgerschaft vor. Aber das Geldausgeben hat schon begonnen: Planungen, Studien, Monitoring, Evaluation, Durchführung von Schulkonferenzen und was weiß ich nicht alles.

(Robert Heinemann CDU: Sie reden von Dingen, von denen Sie keine Ahnung haben!)

Aber eine klare Zielvorstellung – das ist das Ziel und so wollen wir dort hin - das gibt es hier im Parlament bisher nicht. Geldausgaben und Auftragserteilungen ohne sorgfältige Planung kennen wir von der Elbphilharmonie. Das ist keine sparsame Haushaltsführung wie Sie die Landeshaushaltsordnung vorschreibt. Dafür sind Sie, Herr Freytag, verantwortlich.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Deshalb setzt sich das Defizit der CDU-Senate unter Schwarz-Grün fort. Nehmen wir den Haushaltsplan, der heute vorliegt. Wir haben das alles gehört: Herkulesaufgabe, Zeit zum Abschiednehmen von Liebgewonnenem, neue Aufgaben der Koalition müssten in einem kraftvollen Pakt für die Zukunft gemeistert werden. Das ist rhetorisch sehr beeindruckend. Aber wenn man die nüchternen Zahlen zusammenrechnet, ist das Ergebnis so negativ wie die Bilanz der HSH Nordbank. Im Doppelhaushalt besteht nach der aktuellen Steuerschätzung ein Defizit von 1,45 Milliarden Euro. Das ist ein merkwürdiges Abarbeiten von Herkulesaufgaben. Ihr Haushaltsplan-Entwurf ist nicht schwarz, er ist nicht schwarz-grün, er ist tief in den roten Zahlen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sprechen bei all dem von einem ausgeglichenen Haushalt aus eigener Kraft, um die Leute zu verwirren. Sie sagen nämlich nicht, dass Sie Ihr Riesenhaushaltsloch durch Rücklagen stopfen, durch Vermögensverkäufe, durch Verkauf von

Grund und Boden. Sie sagen, Sie hätten das Tafelsilber erhalten. Das Gegenteil ist der Fall: LBK, HHLA, Immobilien, Grund und Boden, PRIMO 1, 2 und 3. Es ist nicht wahr – Sie haben das Tafelsilber verkauft. Alles das, Rücklagenverkäufe, Mobilisierung von Vermögen und Verkauf von Grund und Boden ist mindestens so schädlich wie die Aufnahme von Krediten. Je größer das Haushaltsloch ist, desto lauter klingt die Parole "keine neuen Schulden". Was heißt das eigentlich, "keine neuen Schulden"? Die Wohnungsbaukreditanstalt muss sich verschulden, um die Bürokratie Ihrer Studiengebühren zu finanzieren. Über 200 Millionen Euro neue Schulden, nicht um Studiengebühren abzuschaffen, sondern um sie durch Bürokratie zu erhalten und zusätzlich auch Studierenden mit Kindern, Behinderungen und chronischen Erkrankungen abzunehmen. Die Zinsen zahlt der Steuerzahler. So geht es weiter. Die HPA macht Schulden für die Hafeninvestitionen. Die Hochbahn soll Schulden für die Stadtbahn und die Hafenbahnsanierung machen. Die SAGA oder ein anderes öffentliches Unternehmen – welches, wurde uns noch nicht verraten – soll Schulden für die Sanierung der Schulen machen. Gerade gestern haben Sie dem Haushaltsausschuss erklärt, der Großmarkt solle seine Rechtsform ändern, damit er sich um 25 Millionen Euro für eine dringende Sanierung verschulden könne, die Sie nicht mehr bezahlen wollen. Schulden wohin wir blicken, und für alles zahlen die Bürgerinnen und Bürger in Hamburg am Ende genauso wie für die Schulden im öffentlichen Haushalt. Das ist die Wahrheit Ihrer Finanzpolitik.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich will dabei gar nicht behaupten, dass es immer falsch sei, Investitionen über Kredite zu finanzieren. Das macht jedes erfolgreiche Unternehmen. Viele Investitionen rechtfertigen Kredite, der Einstieg bei Hapag-Lloyd beispielsweise, den wir alle gemeinsam begrüßen. Man muss Verkäufe, Schulden und Investitionen nur abwägen, Nutzen und Ertrag gegen Zinsen und Belastung. In dieser Abwägung machen Sie Fehler. Sie verkaufen Anteile der HHLA gegen den Protest der Öffentlichkeit und der Beschäftigten, obwohl dadurch wichtige Gestaltungsmöglichkeiten und Einnahmen verlorengehen. Um dem Protest zu begegnen, haben Sie dann versprochen, die Erlöse würden für zusätzliche Hafeninvestitionen eingesetzt.

(Arno Münster SPD: Das stimmt gar nicht!)

Jetzt heißt es, die HHLA-Milliarde ersetze die bereits eingeplanten Mittel. Sie reißen damit ein neues Investitionsloch im Hafen auf. Sie brechen ein klares Versprechen und missbrauchen die HHLA-Milliarde zum Ausgleich Ihres defizitären Haushalts. Das empört die Beschäftigten im Hafen und die gesamte Hafenwirtschaft, denn nicht "Hafen finanziert Hafen" ist Ihre Parole, sondern "Hafen finanziert Schwarz-Grün".

(Dr. Peter Tschentscher)

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das Kernproblem, das Ihr Defizit ausmacht, Herr Freytag, ist die mangelnde Konsolidierung. Seit Ihrem Amtsantritt 2007 mangelt es an Sparsamkeit bei den laufenden Betriebsausgaben. Sie haben nämlich zum Überschuss im Betriebshaushalt, den Sie hier immer so vortragen, selbst gar nichts beigetragen. Der Überschuss kommt nur durch die aktuell noch sprudelnden Steuereinnahmen der Hamburgerinnen und Hamburger zustande. Sie haben immer nur die Ausgaben erhöht. Im vorliegenden Doppelhaushalt erhöhen Sie die laufenden Betriebsausgaben um über eine Milliarde Euro. Das ist eine Steigerung von über sechs Prozent in zwei Jahren. Wenn Sie jetzt angesichts einbrechender Steuereinnahmen von eiserner Haushaltsdisziplin sprechen, dann redet – mit Verlaub gesagt – ein Blinder von der Farbe. Ihr Vorgänger, Herr Peiner, hat wenigstens noch versucht zu konsolidieren, zwar nicht so erfolgreich wie Rot-grün, der Vorgängerserrat – Herr Maier lässt grüßen –,

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

aber er hat es versucht und war mäßig erfolgreich. Seit 2007 jedoch gibt es große Worte und es ist Schluss mit Konsolidierung. Deshalb steigt Ihr Defizit von 210 Millionen Euro unter Herrn Peiner in 2006 an. Ihr erstes Amtsjahr als Finanzsenator, 2007, wies bereits ein Defizit von 245 Millionen Euro auf. 2008 liegt es trotz der zusätzlichen Einnahmen gemäß der letzten Steuerschätzung bei über 500 Millionen Euro und 2009, das erste Jahr dieses Doppelhaushalts, wird ein Defizit von über einer Milliarde Euro aufweisen. Das ist Ihre Bilanz als Finanzsenator, Herr Freytag, und die Situation, in der uns die Finanzmarktkrise trifft. Alle Rücklagen sind aufgebraucht, keine Vorsorge ist vorhanden zum Beispiel für ein Konjunkturprogramm, das wir jetzt eigentlich zusätzlich benötigen, ein Investitionsprogramm für Arbeit, Bildung und Umwelt.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Wir werden deshalb in den kommenden Haushaltsberatungen alle Positionen Ihrer Einzelpläne durchgehen und prüfen, ob sie den Anforderungen der jetzigen Situation gerecht werden. Unsere Schwerpunkte haben wir schon benannt: Bildung und Maßnahmen gegen die soziale Spaltung.

Einen Punkt möchte ich noch konkret benennen: Am 17. September 2008, dem Weltkindertag, haben sich die Schüler einer katholischen Schule auf der Moorweide versammelt, um gegen die zunehmende Kinderarmut in Hamburg zu protestieren und Spenden für einen pädagogischen Mittagstisch zu sammeln. Warum eigentlich versammeln wir uns über alle Parteigrenzen hinweg, wenn es um Themen geht wie Hapag-Lloyd. Aber warum versammeln wir uns nicht, wenn es darum geht,

ein kostenloses Mittagessen in den Kitas zur Verfügung zu stellen?

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Warum stehen wir dann auf einmal alleine da? Was soll das? Liebe CDU, liebe GAL, es wäre mir peinlich an Ihrer Stelle, dass Sie diesen Punkt nicht schon lange in ihrem Milliardenhaushalt berücksichtigt haben. Wir werden deshalb Vorschläge machen, auch für Projekte, die zusätzliche Investitionen auslösen, und zwar, um einem drohenden Einbruch der Konjunktur zu begegnen, weil das auch wiederum unsere finanziellen Rahmenbedingungen in Hamburg schwächt. Wir werden dies tun, indem wir das tun, was Sie vor den Koalitionsverhandlungen versprochen, aber dann nicht umgesetzt haben. Wir werden für jeden neuen Vorschlag einen Deckungsvorschlag machen ...

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das wäre das erste Mal!)

– Nein, das ist nicht das erste Mal, das war vor zwei Jahren schon genau so, Herr Voet van Vormizeele –

... und Maßnahmen streichen, die nicht erforderlich oder nicht effizient sind. Das sind Deckungsvorschläge, die CDU und GAL bei ihren Koalitionsverhandlungen eben nicht gemacht haben,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

weil Sie sich gegenseitig ihre politischen Zusagen mit dem Geld der Steuerzahler abgekauft haben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Zum Schluss komme ich auf das Prinzip "Klarheit und Wahrheit", das Herr Freytag in seiner Rede erwähnt hat und das in der Finanzpolitik immer gefordert wird und das auch nötig ist, um vernünftig über die Lösung von Haushaltsproblemen reden zu können. Herr Freytag, Sie behaupteten im Haushaltsausschuss am 11. November – vielleicht liegt es auch am Datum –, Sie hätten kein Defizit. Heute legen Sie uns einen Doppelhaushalt mit einem Defizit von 1,45 Milliarden Euro vor. Das ärgert mich, denn der Haushaltsausschuss ist kein Wahlkampfstand der CDU. Er ist ein Haushaltsausschuss, auch wenn Journalisten anwesend sind. In einem solchen Ausschuss muss der Finanzsenator die Wahrheit sagen. Sie sprechen von einem Konsolidierungskurs und steigern die Betriebsausgaben der Behörden um 1,2 Milliarden Euro. Sie sprechen von einem kraftvollen Pakt für die Zukunft, aber die Investitionsquote sinkt von 14,5 Prozent auf 10,6 Prozent in zwei Jahren und bis 2012 auf 9,1 Prozent. Sie sagen, sie würden keine neuen Schulden machen. Das stimmt formal, aber Sie missbrauchen diesen Punkt, um davon abzulenken, dass Sie außerhalb des Haushalts Schulden machen wie die Weltmeister. Milliardeninvestitionen für Schulen, Hochschulen, Hafen, für die Stadtbahn sind im Haushalt nicht gedeckt

(Dr. Peter Tschentscher)

und sollen durch nichts anderes als durch neue Schulden bezahlt werden.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Was haben Sie gegen den Hafen?)

Ihre Nullverschuldung im offiziellen Haushalt ist ein Ablenkungsmanöver. Ihr Defizit wird gedeckt durch Rücklagen, Vermögensmobilisierung und Verkauf von Grund und Boden. Sie haben trotz der boomenden Konjunktur keine Rücklagen gebildet, sondern diese aufgebraucht, sodass Sie nun bei konjunkturell schlechterem Wetter immer noch in kurzen Hosen dastehen und behaupten, Sie hätten kein Defizit. Sie haben auch keine Reserven für einen Rückgang der Steuereinnahmen, für steigende Sozialleistungen oder die Kosten der Elbphilharmonie. Sie betreiben eine Finanzpolitik der großen Worte und der kleinen Aktionen. Wahrheit und Klarheit sind die Grundlage solider Finanzen

(*Olaf Ohlsen CDU*: Fangen Sie einmal damit an!)

und nicht Täuschung und Ablenkung. Das ist das Problem Ihrer Haushaltspolitik und ist das Problem einer Stadt, die dringend eine verlässliche Rahmenplanung für eine neue Politik gegen die soziale Spaltung und für eine Zukunft braucht, die wir "menschliche Metropole" nennen.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt der Abgeordnete Herr Kruse.

Rüdiger Kruse CDU:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Tschentscher, vielen Dank für die Ankündigung, dass zukünftig die SPD ihre Forderungen mit Deckungsvorschlägen unterlegen will. Das war in der Vergangenheit nicht der Fall.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Das haben wir bisher auch schon gemacht!)

– Aber das ist nicht Ihre Schuld, denn da waren Sie nicht dabei.

Etwas problematisch ist, dass Sie immer noch nicht zwischen Verschuldung in der Finanzierung und zum Beispiel Vermögensverkäufen unterscheiden können.

(Zuruf von *Dr. Monika Schaal SPD*)

– Frau Dr. Schaal, wir machen das jetzt extra so, dass Sie es nachvollziehen können.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Zwei Menschen kaufen ein Haus. Der eine ist Sozialdemokrat, er bezahlt es zu 100 Prozent mit einem Kredit. Dann hat er sich verschuldet. Das andere ist ein Grüner oder ein Christdemokrat, der verkauft für das neue Haus das alte geerbte. Da sagen Sie, das sei das gleiche. Nein, ist es nicht.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Sie haben ja eins! – *Dr. Peter Tschentscher SPD*: So ein Quatsch!)

Jedes Kind, das diese Erklärung in einer Sendung wie "Löwenzahn" mit Peter Lustig bekäme, würde es begreifen. Nur Sie wollen nicht begreifen, dass es ein fulminanter Unterschied ist, ob man so wie Sie früher Investitionen und Betriebsausgaben mit Schulden bezahlt oder ob man Vermögen umschichtet.

Bis die Konzernbilanz vorlag, haben Sie uns munter vorgeworfen, wir hätten dies alles hinausverlagert. Es wird etwas kritisch, wenn Sie einerseits sagen, wir investierten viel weniger, uns aber auf der anderen Seite vorwerfen, dass wir die Investitionen über die öffentlichen Unternehmen tätigen. Dann müssen Sie in der Gesamtbilanz zugeben, dass wir investieren.

(*Ingo Egloff SPD*: Dann müssen Sie zugeben, dass Sie Schulden machen!)

Nun liegt die Konzernbilanz vor. Sie weist aus, dass die Schuldenquote gesunken ist. Da sagen Sie in Ihrer Presseerklärung, das sei ja die Bilanz für 2007. Stimmt, eine andere können wir nicht vorlegen, weil das Jahr ist noch nicht vorbei. Es interessiert Sie überhaupt nicht, dass die Bilanz von 2007 gut ist, denn das könne ja jeder, aber 2008 werde ganz bestimmt schlecht. Wenn Sie diese miesepetrigen Prognosen jedes Jahr wiederholen, werden Sie eines Tages einmal recht haben. Im Schnitt aber ist das Glück beim Tüchtigen und das sind wir.

(Beifall bei der CDU)

Nun ist das Thema Schulden eine wichtige Angelegenheit. Der Finanzsenator hat beiläufig erwähnt, was wir an Zinsen für die angesammelten Altschulden bezahlen: 2,8 Millionen Euro am Tag. Nach drei Tagen Zinsersparnis könnten wir das Radfahrkonzept der Stadt verdoppeln. Alle fünf Tage könnten wir eine neue Schule bauen, wenn wir die Zinsen nicht zahlen müssten. Nach neun Tagen hätten wir ein zweites Klimaschutzprogramm. Sie haben es ein paar mal erwähnt: Selbst von der Elbphilharmonie könnten wir uns vier Stück im Jahr leisten, wenn wir die Zinsen für Dinge in der Vergangenheit nicht dauernd bezahlen müssten, an die sich keiner mehr erinnern kann und die fast auch nicht mehr in der Nutzung sind. Zwei Jahre Zinsen ansparen – länger wollen wir es uns nicht zumuten, Zinsen anzusammeln – würde ermöglichen die A7 zu deckeln, die Hafenquerspange zu bauen und die Wilhelmsburger Reichsstraße zu verlagern. Eine andere Option wäre, dass sich unser Bürgermeister jetzt zum Jahresende hinsetzt und in unser aller Namen einen Brief an jeden Hamburger, egal ob Kind oder Greis, legt 600 Euro bei und wünscht Frohes Fest.

(Rüdiger Kruse)

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei Jens Kerstan GAL)

Das alles geht nicht. Gut, das ist Vergangenheit, das ist ererbte und teilweise mitgetragene Vergangenheit. Schauen wir auf die Zukunft: Dafür interessieren wir uns und deswegen haben wir die letzten Jahre darauf hingearbeitet, dass wir – ursprünglich einmal für 2011 geplant, nun schon 2007 erreicht – einen ausgeglichenen Gesamthaushalt haben. Jede nicht aufgenommene Milliarde Euro Schulden rettet uns vor weiteren Zinsen. Wenn Sie in die Zukunft schauen – wir werden die Debatte ja führen, ob man sich verschuldet oder nicht –, würde eine Milliarde Euro Schulden 40 Millionen Euro Zinsen bedeuten. Ich muss nicht übersetzen, was man mit 40 Millionen jedes Jahr machen kann. Deswegen ist es vollkommen richtig, dass man sich überlegen und diskutieren kann – das würden wir auch gern mit Ihnen machen, wenn Sie konstruktiv sein wollen –, ob man Investitionen vorzieht. Darüber kann man in der Haushaltsdebatte sprechen. Man muss nur dann auch sagen – und diese Ehrlichkeit besitzen wir –, dass vorziehen nicht heute ausgeben und morgen vergessen heißt. Vorziehen heißt heute investieren, aber morgen bei der Planung berücksichtigen, dass man dies zurückbuchen muss, denn sonst wäre es nur Neuverschuldung. So werden wir das machen.

In den Wochen, als Sie noch nicht wussten, wie groß die Krise würde – das wissen Sie erst jetzt rückblickend –, haben Sie uns immer dafür kritisiert, dass wir diesen Haushalt erweitern würden, dass 2009 noch mehr Geld ausgegeben werde, dass so viele schwarz-grüne Projekte investiv untermauert würden.

Dafür müssten Sie uns eigentlich – nicht die Füße küssen, aber ein kleines Küsschen wäre ganz nett dafür. Das ist doch ein vernünftiges Konjunkturprogramm. Auch wir haben nicht gewusst, als dieser Haushalt im Sommer aufgestellt worden ist, dass wir zum Jahreswechsel über Konjunkturprogramme reden würden. Die gesamte, von der CDU seit 2001 geführte Finanzpolitik war jedoch immer ein Programm, das die Konjunktur dieser Stadt im Auge hatte. – Danke.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Einbringen des Haushalts eines neuen Senats ist immer eine wichtige Sache,

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz)

da hinter diesem ganzen langweiligen Zahlenwerk, diesen elenden dicken Telefonbüchern an Zahlen-

kolonnen eines sichtbar wird: die politische Schwerpunktsetzung, was angegangen wird und in welchen Zeiträumen. Diese politischen Schwerpunkte darzustellen gilt es besonders, wenn es sich um ein neues Regierungsbündnis handelt und es darum geht, zu schauen, ob gelungen ist, all das mit Geld zu hinterlegen, worauf man in der Koalitionsvereinbarung geeinigt hat, und das Ganze zu finanzieren, sodass es nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch tatsächlich stattfindet. Das gilt besonders für den ersten schwarz-grünen Senat auf Länderebene in Deutschland. Man muss feststellen, wenn man sich diesen Haushaltsplan ansieht, dass es uns wirklich gelungen ist, das zu finanzieren, was wir politisch vereinbart haben. Das ist für viele Bereiche dieser Stadt eine gute Botschaft.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich möchte meine Ausführungen heute jedoch nicht nur darauf beschränken, wie wir was in den nächsten Jahren als eine Art Regierungsprogramm politisch umsetzen wollen. Wir legen diesen Haushaltsplan-Entwurf in einer Zeit vor, die von Sorgen und Angst geprägt ist. In einer der Debatten der Aktuellen Stunde klang es an: Wir leben in einer Zeit einer schweren Finanz- und Wirtschaftskrise, und die Menschen fragen zu Recht, ob die dort vereinbarten Projekte angesichts schwieriger Zeiten noch Bestand haben können, ob das Ganze solide finanziert ist und welchen Beitrag dieser Haushalt dazu leisten kann, diese Wirtschaftskrise zu bekämpfen und Arbeitsplätze zu sichern. Das möchte ich im zweiten Teil meiner Rede ausführen.

Aber fangen wir mit den politischen Schwerpunkten an. Im Koalitionsvertrag sind CDU und Grüne in einem wichtigen Punkt übereingekommen, dass nämlich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und ökologische Tragfähigkeit in Zeiten des Klimawandels nicht länger als Widerspruch behandelt werden sollen. Das Ergebnis unserer Verhandlungen war ein sehr ambitioniertes Klimaschutzprogramm, das sich nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa sehen lassen kann und seinesgleichen sucht, engagierte Verkehrsprojekte, die durch die Einführung einer Stadtbahn, aber auch eines verstärkten Radfahrprogramms geprägt sind, und ein Schwerpunkt beim ökologischen Bauen und der Sanierung von Wohnungsbauten. In einem weiteren wichtigen Bereich geht es darum, in Chancengerechtigkeit in dieser Stadt zu investieren. Jeder junge Mensch in dieser Stadt soll eine Chance auf Bildung bekommen und damit vielleicht später auf einen Arbeitsplatz. Niemand soll zurückgelassen werden. Darum ist die Bildung, insbesondere die Kitas, ein ganz wesentlicher Schwerpunkt in diesem Haushalt. Wir wollen nicht länger tatenlos zusehen, wie immer mehr Stadtteile in dieser Stadt von der positiven Entwicklung der Reststadt abgekoppelt werden. Wir wollen in der sozialen Stadt-

(Jens Kerstan)

teilentwicklung gegensteuern und rund 30 Prozent der Arbeitsmarktmittel dort investieren. Darüber hinaus wollen wir neben den schon erfolgreichen Bereichen dieser Stadt – dem florierenden Hafen, einer guten Mittelstandspolitik, dem Handel, einer Luftfahrtbranche – ein weiteres wirtschaftliches Standbein in dieser Stadt etablieren, einen Schwerpunkt auf Kreativwirtschaft, Kultur und Wissenschaft, denn in Zeiten einer sich globalisierenden Wissensgesellschaft sind das die Bereiche, die der Stadt in Zukunft die größten Erträge bringen sollen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Diese neuen Schwerpunkte werden entgegen vieler Befürchtungen nicht zulasten der alten Stärken dieser Stadt geschaffen, sondern die hohen Infrastrukturmaßnahmen zur Fortentwicklung der Wirtschaft und auch des Hafens werden ungeschmälert weitergeführt. Lassen Sie mich an ein paar Zahlen darstellen, dass das Ganze wirklich gelungen ist: In diesem Doppelhaushalt sind 50 Millionen Euro für ein ambitioniertes Klimaschutzprogramm enthalten. Für den Ausbau von Straßen und Radwegen werden 55 Millionen Euro zusätzlich ausgegeben und die Kindertagesbetreuung in dieser Stadt wird mit 123 Millionen Euro finanziert. In die Schulen werden 125 Millionen Euro für mehr Lehrer und kleinere Klassen investiert, nicht nur für die Einführung der Primarschule. Da haben Sie eine sehr verkürzte Wahrnehmung, Herr Tschentscher. Wir geben 67 Millionen Euro mehr für die Wissenschaft aus, 29 Millionen Euro mehr für die Hamburger Hochschulen und 47 Millionen Euro für außeruniversitäre Forschung, ein Bereich, in dem Hamburg in den letzten Jahren sehr viel Schwächen hatte – angesichts einer forschungsintensiven Wirtschaft in diesem Land ein schwerer Mangel, den wir angehen. Es lässt sich auch an den Gesamthaushalten der Einzelpläne deutlich erkennen, worauf wir großes Gewicht gelegt haben. Die Etats der Behörde für Schule und Berufsbildung steigen deutlich, ebenso der Etat der Behörde für Gesundheit und Soziales und der Etat der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt. Aber auch Wissenschaft und Kultur werden insgesamt gestärkt.

Herr Tschentscher, Sie haben das Bild gezeichnet, dies sei der Ausgabenrausch einer neuen Koalition, durch nichts gedeckt und um eine Ausgabenpolitik mit Maß habe sich niemand gekümmert. Ich möchte Ihnen mehrere Punkte in Erinnerung rufen, die Ihnen beim Lesen dieses Haushaltsplanes vielleicht entgangen sind. Die Behörden, die ich eben genannt habe, müssen die neuen Projekte zu 100 Prozent finanzieren. Sie bekommen aber nur 80 Prozent mehr Geld. Das bedeutet, dass selbst in den Bereichen, die wir politisch gestärkt haben, die Behördenleitungen in Zukunft Altes überprüfen und Effizienz steigern müssen und das eine oder andere Projekt vielleicht nicht mehr durchführen

können, wenn es sich mittlerweile als nicht mehr sinnvoll herausgestellt hat. Das führt allerdings zu der paradoxen Situation, dass man gerade in den Bereichen, die uns besonders wichtig sind und wo insgesamt mehr Geld vorhanden ist, auch Projekte vorweisen muss, wo gekürzt wird. Es ist ein einfaches Spiel der Politik, gerade der Opposition, dann an diesen Stellen nachweisen zu wollen – wie es gerade im Schulbereich versucht wird –, dass es in diesem Bereich keinen wirtschaftlichen Schwerpunkt gebe. Da haben Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, die Systematik dieses Haushalts nicht begriffen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Darüber hinaus muss jede Behörde eine globale Minderausgabe von 0,9 Prozent erbringen. Das bedeutet, dass Projekte, die in der Vergangenheit zwar durchgeführt werden sollten, aber noch nicht finanziert wurden, eventuell gestrichen werden. Vom Vorwurf der Ausgabensteigerung ohne jeden Halt, jedes Maß sowie ohne jede Kritik oder Umschichtung sollten Sie sich verabschieden, denn davon kann bei diesem Haushalt keine Rede sein. Das ließe sich nicht an den absoluten Zahlen des Finanzdefizits zeigen. Herr Tschentscher, das ist immer eine etwas unseriöse Argumentation, wenn man immer absoluten Zahlen operiert, denn wir haben natürlich eine Inflationsrate und einen höheren Gesamtetat, dann steigt auch das Gesamtdefizit in absoluten Zahlen. Schauen wir uns die Finanzdefizitquote an, nämlich das Verhältnis des noch zu deckenden Ausgabenvolumens, der noch nicht durch Einnahmen gedeckt ist, zum Gesamthaushalt. Diese Finanzdefizitquote ist von 2007 auf 2008 von 2,4 Prozent auf 7,7 Prozent gestiegen. Das haben wir damals gemeinsam mit Ihnen kritisiert.

Wie sieht die Finanzdefizitquote in diesem Doppelhaushalt aus? Sie haben das Bild gezeichnet, dass diese Ausgabensteigerungen ungebremst stattfinden und sich ein riesiges Finanzdefizit aufbaue. Aber siehe da, die Finanzdefizitquote ist gesunken. Zwar leicht, dennoch von 7,7 Prozent im Jahr 2008 auf 7,2 Prozent im Jahr 2009. Sie schütteln den Kopf, Herr Tschentscher, lesen Sie es einfach nach. Das hat auch etwas mit Klarheit und Wahrheit im Haushalt zu tun. Sie haben es leider übersehen und die Gründe dafür sind leicht zu erkennen. Im Jahr 2010 wird die Finanzdefizitquote auf 4,1 Prozent sinken, also sich fast halbieren.

Herr Tschentscher, niemand behauptet, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt in der Hinsicht hätten, dass alle Ausgaben durch Einnahmen gedeckt wären. Das hat auch der Finanzsenator nicht behauptet und das gibt auch dieser Haushaltsplan nicht her. Wie werden die Ausgaben finanziert? Wir haben einen Überschuss im Betriebshaushalt. Und wir haben Vermögensmobilisierung und einen

(Jens Kerstan)

Rückgriff auf den Grundstock. Das sind ungefähr 660 Millionen Euro. Und wir lösen Rücklagen in Höhe von 360 Millionen Euro auf. All das führt dazu, dass die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben geschlossen wird, und das wird sie ohne neue Schulden im Kernhaushalt dieser Stadt, wenn man die Systematik zugrunde legt, die der Finanzsenator gestern in seiner Pressekonferenz bei der Vorstellung der Konzernbilanz dieser Stadt dargelegt hat. Wir kommen also im Kernhaushalt dieser Stadt ohne weitere Schulden aus und belasten nicht künftige Generationen mit den Lasten heutiger Projekte. Das ist auch gut so. Diesem Prinzip der nachhaltigen Finanzpolitik fühlen wir Grüne uns neben der ökologischen Tragfähigkeit und Nachhaltigkeit sehr verbunden. Ich möchte mich zu diesem Prinzip ausdrücklich bekennen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ihre Replik darauf, Herr Tschentscher, ist natürlich, dass das nur deshalb klappen könne, weil wir diese ganzen Investitionen in Schattenhaushalte verschoben, in die öffentlichen Unternehmen. In der Tat werden manche öffentliche Unternehmen in Zukunft Investitionen tätigen, die in der Vergangenheit aus dem Haushalt erfolgt sind. Soweit kann man Ihre Kritik eventuell nachvollziehen. Sie behaupten dann allerdings, dieser Senat investiere viel weniger, da die Investitionsquote sinke. Da, Herr Tschentscher, müssen Sie sich entscheiden, was denn nun stimmt. Entweder sinkt die Investitionsquote, dann werden keine Investitionen in Schattenhaushalte verlagert, oder aber die Investitionen werden nicht im Haushalt getätigt, sondern in öffentlichen Unternehmen. Dann jedoch wäre der Vorwurf, dass die Investitionsquote sinke und die Stadt weniger ausbebe, wirklich unlauter. In Ihrem Fall ist es allerdings so, dass Sie es geschafft haben, dass beide Argumente falsch sind.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Dr. Peter Tschentscher SPD: Nein!)

In der Tat werden jetzt im Haushalt keine Investitionen getätigt, die in der Vergangenheit im Haushalt getätigt wurden. Das sind einerseits Investitionen im Hafen, die jetzt von der HPA getätigt werden. Das trifft jedoch auch auf den Schulbau zu. Zum anderen läuft das Investitionsprogramm aus. Das wird jedoch nicht in irgendeine Schattenhaushalte versteckt, wie Sie es immer darstellen. Dieses Bundesland ist das erste, das eine Bilanz vorlegt, das nicht den öffentlichen Haushalt darstellt, sondern auch alle Bilanzen der öffentlichen Unternehmen, wo Sie meinen, die Investitionen verschwinden im Schatten. Sie werden bei der nächsten Konzernbilanz ganz einfach sehen können, wo diese Investitionen geblieben sind. Insofern trifft dieser Vorwurf nicht zu, dass hier etwas in Schattenhaushalte verschoben würde.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Es stellt sich die Frage, warum man das nicht im Haushalt lässt. Ich möchte Ihnen das am Schulbau erläutern. Wir alle wissen, dass die Sanierung der Schulen ein wichtiges Feld ist, das in den letzten Jahrzehnten – so muss man leider Gottes sagen – nicht die nötige Aufmerksamkeit der Senate gefunden hat. Ein Sanierungsstau von gut 3 Milliarden Euro hat sich dort aufgetürmt. Die Mittel, die dort zur Verfügung gestellt wurden, um die Schulen zu sanieren, waren in den letzten Jahren mit Sicherheit gering, egal welche politische Koalition regiert hat. Obwohl der Bedarf an Sanierung so groß war und die Mittel nicht ausreichend zur Verfügung gestellt wurden, haben es die zuständigen Abteilungen in der bisherigen Organisation geschafft, Reste zu produzieren. Es ist ihnen nicht gelungen, das wenige an Geld, das sie erhalten haben, auszugeben. Da ist es doch vernünftig, sich zu überlegen, ob vielleicht eine Schulbehörde, die sich um Schule, um Lehre, um Qualität der Ausbildung zu kümmern hat, nicht unbedingt der Experte ist, ein Sanierungs- und Bauprogramm – also etwas Handwerkliches – wirtschaftlich zu steuern. Deshalb wird dort eine neue Einheit geschaffen, wo wir in Zukunft die Sanierung nicht nur weiterführen, sondern verstärken, denn wir wollen – und das werden wir mit diesem Haushalt eindeutig belegen – es nicht länger hinnehmen, dass in den Schulen der Putz von den Decken fällt. Wir wollen das Sanierungstempo deutlich erhöhen. Da sind solche neuen Maßnahmen keine Schattenhaushalte, sondern neue Wege, die notwendig sind, damit ein großer Mangel in dieser Stadt endlich schneller behoben wird.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Das Gleiche gilt für die Hafeninvestitionen. Da muss ich mich wirklich über die Argumentation eines Haushälters enorm wundern. Dort werden keine Investitionen gestreckt oder reduziert. Dieser Senat und auch die Grünen haben zugesichert, dass dieser Senat und auch künftige Senate die 2,9 Milliarden Euro, die notwendig sind, um im Jahr 2015 18 Millionen TEU im Hamburger Hafen umzuschlagen, uneingeschränkt finanzieren werden. Das einzige, was sich ändert, ist, dass es in der Tat nicht mehr aus dem Haushalt kommt, sondern dass es die HPA trägt und dass in den nächsten vier Jahren diese Investitionen aus den Erlösen der HHLA-Milliarde finanziert werden. Ich verstehe nicht, was Ihr Vorwurf ist, oder ob Sie wirklich im Ernst glauben, es läge dort eine Milliarde Cash auf dem Konto. Wollen Sie dann wirklich, dass wir aus dem Haushalt aus Steuergeldern diese Investition weiterhin bezahlen? Was machen wir dann mit der Milliarde? Dann streichen wir die Zinsen ein – das kann doch nicht ernsthaft der Ansatz eines Haushälters sein, Herr Tschentscher. Nein, umgekehrt ist es richtig: Wir werden in den nächsten vier Jahren 250 Millionen Euro pro Jahr im Hafen ausge-

(Jens Kerstan)

ben. Das ist der Betrag, den die HPA schon immer investieren wollte. Wenn die HHLA-Milliarde komplett ausgegeben worden ist, werden wir die Finanzierung aus Haushaltsmitteln oder aus anderen Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg sicherstellen. Nichts anderes haben wir versprochen, nichts anderes machen wir. Deshalb laufen Ihre Vorwürfe ins Leere. Der Versuch, Panik zu stiften oder im Hafen Stimmung gegen diesen Senat zu machen, ist sehr durchsichtig. Das sollten Sie einfach lassen, weil Ihre Vorwürfe mit der Realität einfach nichts zu tun haben.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Wir kommen nun zu einer berechtigten Frage. Seit Sommer, als wir diesen Haushaltsplan aufgestellt haben, hat sich die Welt verändert. Wir haben in der Finanzkrise darüber geredet, ob er Bestand haben könne angesichts schwieriger Zeiten einer schweren Finanz- und Wirtschaftskrise und ob es wirklich ohne neue Schulden gehe. Dazu muss man eines sagen: Im Mai sind die offiziellen Steuerschätzer von einem Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent ausgegangen. Sechs Monate später sagen dieselben, die 1,7 Prozent seien weg, da seien 0,0 Prozent Wachstum. Mittlerweile kann man fast das Gefühl bekommen, selbst das sei das Best- und nicht das Worst-Case-Szenario. Dann kommt natürlich jeder Haushalt in Schwierigkeiten. Sie haben uns schon im Sommer vorgeworfen, dieser Haushalt sei unglaublich knapp auf Kante genäht. Dann müsste dieser Haushalt jetzt völlig außer Rand und Band sein. Schauen Sie sich einmal die Zahlen an: Obwohl das Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent, wie es prognostiziert war, als wir ihn aufgestellt haben, auf Null reduziert wurde, sieht es 2009 nicht so aus, als ob wir ein Defizit fahren werden. Wir haben vielmehr – das ist nicht vom Himmel gefallen – zusätzlich 300 Millionen Euro Steuermehreinnahmen. Diese Reduzierung der Wachstumsprognosen werden uns 230 Millionen Euro weniger an Steuereinnahmen bringen. Das heißt, selbst bei diesem Szenario müsste man diesen Haushalt nicht verändern, weil die Steuermehreinnahmen dieses Jahres die Minderausgaben zumindest für 2009 ausgleichen. Deshalb meine Frage an Sie: Sie haben das kritisiert. Sie haben gesagt, man müsse jetzt diesen Haushalt verändern. Sie haben vorhin auch gefordert, man solle endlich aufhören, so viel auszugeben, sondern man müsste jetzt wirklich einen soliden Haushalt fahren und auch einmal einsparen. Ist das wirklich das Rezept der SPD in dieser Wirtschaftskrise, wo alle Investitionen in der Wirtschaft wegbrechen, wo die Bevölkerung im Moment ihr Geld in den Taschen behält, weil Sie Angst hat, wie die Zukunft aussieht. Soll dann der Staat diese Wirtschaftskrise noch dadurch verstärken, dass er auf Verdacht anfängt, Ausgaben zurückzufahren? Das können Sie nicht ernst meinen, Herr Tschentscher.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Dann gibt es die Spezialisten, die angesichts dieser Wirtschaftskrise ihre altbekannten Rezepte hervorholen und ihre altbekannten Vorschläge machen: Jetzt hätten wir eine Wirtschaftskrise, da könne man sich Ökologie nicht mehr leisten. Immissionshandel sei eine unzumutbare Belastung für die Wirtschaft. Die Stadtbahn sollte man lieber nicht bauen. Den Immissionshandel sollte man lieber komplett verschieben und die Spritfresser, die das Klima schädigen, doch mit großen Beträgen subventionieren. Bei dieser Argumentation könnten wir Grüne auch ebenso gut fordern, man solle auf die Elbvertiefung verzichten, weil die großen Schiffe jetzt offenbar gar nicht mehr gebaut werden. Nein, solche Argumente sind altes Denken aus dem letzten Jahrhundert und werden den Herausforderungen dieses Jahrtausends nicht gerecht. Natürlich ist im Moment das vordringlichste Problem, die Wirtschaftskrise zu bekämpfen, aber das kann doch nicht zulasten der Bekämpfung des einen existenziellen Problems gehen, das unsere Welt hat, des Klimawandels. Deshalb ist es notwendig, jetzt das ökonomisch Notwendige zu tun und gleichzeitig die Anstrengungen gegen den Klimawandel zu verstärken. Zu diesem Ziel steht ohne Wenn und Aber die schwarz-grüne Koalition auch in schwierigen Zeiten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Eines muss man auch sagen, dieser Haushalt mit 800 Millionen Euro Mehrausgaben in zwei Jahren passt sehr gut in das konjunkturelle Umfeld. Jetzt will ich nicht behaupten, dass wir das damals gehandelt haben, das wäre nicht richtig. Wir wollten Investitionen in die Zukunft dieser Stadt forcieren, wir wollten die Chancen von Menschen in dieser Stadt verbessern und waren bereit, dafür Mehreinnahmen zu investieren, Maßnahmen, die dann in Zukunft einen zusätzlichen Ertrag bringen.

Aber eines muss man feststellen, diese zusätzliche Ausweitung ist praktisch schon ein Teil eines Konjunkturprogramms, über das in anderen Bundesländern oder im Bund jetzt diskutiert wird, denn andere müssten Ausgabensteigerungen erst beschließen und dieser Haushalt sieht sie vor. Jetzt gucken Sie sich einmal an, in welchem Bereich diese Mehrausgaben getätigt werden. Selbst der wirtschaftliche Sachverständigenrat, der in den letzten Jahren Pickel bekommen hat, wenn er das böse KP-Wort, nämlich Konjunkturprogramm gehört hat, schlägt jetzt vor, dass der Bundesetat ein Konjunkturprogramm von 25 Milliarden Euro starten soll, das aus mehreren Bereichen gespeist werden soll, und zwar erstens: Investition in die Infrastruktur. Ich glaube, Sie kennen alle die Projekte, die in diesem Haushalt enthalten sind.

Zweitens: Investitionen in Bildung. Ich habe Ihnen die Zahlen genannt, die wir in diesem Bereich inve-

(Jens Kerstan)

stieren, insbesondere in frühkindliche Bildung. Auch da kennen Sie die Zahlen.

Drittens: Investitionen in den Bereich Klimaschutz.

Insofern muss man festhalten, dass dieser Haushaltsplan nicht nur eine Investition in die Zukunft und die Menschen dieser Stadt ist, sondern auch ein erster wichtiger Beitrag zur Bekämpfung dieser Wirtschaftskrise. Mit der Vorlage dieses Haushaltsplans ist dieser Senat den Herausforderungen und Anforderungen einer verantwortungsvollen Regierungsführung voll und ganz gerecht geworden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Norbert Hackbusch DIE LINKE*: Das ist ein bisschen größtenwahnsinnig!)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kerstan, ich glaube, Sie haben eine Wahrnehmungsstörung. Ich würde Ihnen nicht vorwerfen, dass Sie Mehrausgaben machen. Sie haben vorher gesagt, wie viel das im Endeffekt unter dem Strich sind, wird man noch sehen müssen. Sie haben jetzt eine allgemeine Minderausgabe da drin. Ob das unter dem Strich dann wirklich 400 Millionen Euro sind, wollen wir uns dann einmal ansehen, aber es ist völlig richtig, was Sie da machen. Ich werfe Ihnen das nicht vor.

Ich weiß nicht, wen Sie gerade attackieren wollten, aber ich möchte ausdrücklich sagen, dass ich in dem Programm, das Sie jetzt in Sachen Bildung und Klimaschutz machen, durchaus eine grüne Handschrift erkenne. Ich weiß nicht, ob das ohne diese Koalition so zustande gekommen wäre. Das heißt nicht – wir haben das schon einmal bei der Regierungserklärung debattiert –, dass wir in den einzelnen Punkten nicht noch andere Vorstellungen hätten. Darüber kann man streiten, aber dass Sie diese Schwerpunktsetzung vornehmen, ist okay.

Ich habe aus der vorherigen Diskussion gelernt, dass die eigentliche Zäsur am 15. September war, nämlich als Lehmann Brothers pleite gegangen ist. Vorher haben Sie gesagt, der Senat stelle Weichen für Hamburgs Zukunft.

(*Jens Kerstan GAL*: Das habe ich doch gesagt!)

Was ist eigentlich nach der Zäsur, also nach dem 15. September geschehen? Ich habe Ihren Beitrag ein bisschen melodramatisch im Ohr, aber nicht herausgehört, dass Sie etwas umgesetzt haben. Sie sagen, Sie wären eigentlich schon vor dem Tag X nicht schlecht. Ich muss wiederum den Bürgermeister zitieren, der das heute ein bisschen anders

gesagt hat. Da hätte ich gerne einmal gewusst, Herr Kerstan, wie Sie als GAL dazu stehen? Heute Morgen hieß es im "Hamburger Abendblatt", Hamburg müsse sich sehr warm anziehen. Vor September war die Zukunft und jetzt müssen wir uns sehr warm anziehen. Ist das, was Sie auf den Weg bringen, ein Beitrag zum sehr warm Anziehen?

(*Andreas Waldowsky GAL*: Ja!)

Sie sind wahrscheinlich nah genug dran, um das zu erläutern. Dann hätte ich gern gewusst, was diese frostsicheren Überhänge, um die es jetzt geht, eigentlich darstellen sollen. Ich bin ausgesprochen skeptisch. Sie haben das am Schluss der Rahmenbedingungen noch einmal gesagt. Das ist aus meiner Sicht ein ganz wichtiger Punkt der Haushaltsberatungen, ob wir mit dem, was Sie vorgegeben haben, auskommen. Ich hätte es – wie auf Bundesebene und in anderen Bundesländern – gut gefunden, wenn Sie gesagt hätten, im Prinzip sind wir alle für Doppelhaushalte, aber in der Situation, mit dieser großen Herausforderung lasst uns erst einmal den Haushalt 2009 bewältigen und gucken, ob wir die Zielmargen in etwa einhalten können. Nein, Sie wollen uns in der Situation gleich die Zustimmung für 2010 aufs Auge drücken. Das kann man so machen, Sie haben dazu die Mehrheiten, aber ich finde das nicht überzeugend. Ich glaube – da teile ich jetzt wieder die Einschätzung des Bürgermeisters –, dass wir große Anstrengungen zu machen haben, wie wir im Jahr 2009 über die Runden kommen.

Jetzt noch einmal zur Kritik. Auch da müssen Sie genau zuhören. Ich würde Herrn Freytag immer zubilligen, dass er auch noch 2008 den Konjunkturschub mitgenommen hat. Das heißt, die Steuerschätzungen weisen 309 Millionen Euro mehr aus. Das bedeutet, dass Sie in diesem Jahr, wenn das alles so abläuft – da haben wir bestimmte Vorbehalte, weil wir nicht wissen, was da noch auf uns zukommt hinsichtlich Elbphilharmonie und so weiter, aber das sind ja Peanuts –, sagen können, dass Sie das Jahr 2008 nicht schlecht abgeschlossen haben. Das ist auch der Hintergrund für die Warnung, dass es 2009 ein bisschen anders kommt. Nicht schlecht abgeschlossen wird bedeuten, dass Sie in diesem Jahr noch etwas in die Rücklagen legen können. Das ist auch gut so und ist überhaupt keine Frage. Ob das für 2009, 2010 reicht, da bin ich skeptisch, aber das können wir abwarten.

Unsere Kritik besteht darin – Sie haben das eben auf den Punkt gebracht –, dass Sie 2007 und 2008, in Hochkonjunkturjahren einmal 900 Millionen Euro und dann noch einmal 800 Millionen Euro aus den Stöcken herausgenommen haben. Das ist eine Sache, die man anders hätte machen können. Das heißt, das ist wichtig für die Konsolidierung des Haushaltes – das ist unbestritten –,

(Dr. Joachim Bischoff)

aber das sind Rücklagen, die wir für 2009, 2010 und folgende dringlich gebraucht hätten. Die Kritik bleibt meines Erachtens bestehen.

Zweiter Punkt: Wir haben natürlich ein anderes Verhältnis zu öffentlichen Unternehmen als die Regierungskoalition. Ich finde es gut – früher war ich zwar noch nicht dabei, aber Sie, Herr Freytag, haben es wahrscheinlich schon immer gesagt – von der CDU zu hören, dass sie voll hinter den öffentlichen Unternehmen dieser Stadt steht. Ich finde es auch in Ordnung, dass Sie eine konsolidierte Bilanz vorlegen. Früher habe ich gedacht, Sie wollten zumindest einzelnen Parteibeschlüssen folgen, also einen Großteil davon auf den Markt bringen. Das machen Sie jetzt nicht mehr, Sie setzen das ausdrücklich als Stabilitätsfaktor ein. Sie wollen es für die nächste Zeit erhalten und das finde ich sehr in Ordnung. Das schließt im Einzelnen nicht aus, dass wir, was die Geschäftspolitik einzelner öffentlicher Unternehmen betrifft, andere Sichtweisen haben. Aber insgesamt ist es jedenfalls – ich kann mir das auch bei der SPD nicht anders vorstellen – ein Schritt nach vorne, das ist überhaupt keine Frage.

Zur Geschäftspolitik – das hat Herr Freytag in seiner Rede angesprochen und ich will jetzt nicht alles durchgehen – möchte ich zumindest in einem Punkt einmal sagen, was mich stört. Sie haben die Hochbahn angesprochen, die Hochbahn sei ein effizientes Unternehmen; das will ich gar nicht in Abrede stellen. Die Hochbahn ist aber auch engagiert im Cross-Border-Leasing, hat für eine Spanne von 18 Jahren 23 U-Bahnzüge outgesourct und wieder zurückgeleast. Und mit dem Gewinn, den sie aus diesem Geschäft gemacht hat, geht sie in andere Regionen. Sie ist jetzt ein Verkehrsunternehmen, das beispielsweise in Südfrankreich oder in Österreich regionale Verkehrsnetze betreibt. Das ist vielleicht ganz in Ordnung, entspricht aber nicht meiner Vorstellung von einem öffentlichen Unternehmen in Hamburg. Wir haben diese Hochbahn etabliert, um hier den öffentlichen Personennahverkehr vernünftig zu betreiben und nicht, damit dieses Unternehmen in ziemlich weit entfernten Regionen als wirtschaftlicher Unternehmer auftritt. Ich finde es zwar positiv, dass die öffentlichen Unternehmen eine Haltung dazu haben, aber diese Politik gefällt mir nicht.

Den dritten Punkt will ich nicht unbedingt Schattenhaushalt nennen, aber was Sie machen – Frau Hajduk und auch Frau Sager sind als Vordenkerinnen bekannt –, ist eine intelligente Privatisierung, das heißt, Sie machen ÖPP- oder PPP-Projekte. Sie haben in wärmsten Worten noch einmal dargestellt, wie super das Programm sei, öffentliche Schulen in einer solchen Regie sanieren und erweitern zu lassen.

(Jens Kerstan GAL: Sie wissen ja gar nicht, wie die Regie aussieht!)

– Lassen wir einmal die Spielchen, ich glaube schon, dass ich ganz gut weiß, wie es geht.

Dieser Punkt – das hat eben auch Herr Tschentscher gesagt – ist aus unserer Sicht auch strategisch nicht in Ordnung, das kostet den Steuerzahler in Hamburg im Endeffekt mehr. Sie haben uns wieder so ein Beispiel von einer vermeintlich unfähigen Verwaltung vorgeführt, die noch nicht einmal in der Lage sei, mit ihren normalen Mitteln auszukommen. Deswegen machen Sie solche ÖPP-Projekte, die dann in der Summe immer teurer werden, als wenn wir das in Eigenregie machen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Zu diesem Punkt werden Sie unsere Zustimmung nicht bekommen, sondern wir werden jeden Schritt in diesem Bereich ganz genau begleiten, was Sie vom Landesrechnungshof, von der Bundeshaushalts- und der Landeshaushaltsordnung her machen müssen – Sie müssen den Vorteil der Wirtschaftlichkeit nachweisen –, damit Sie das nicht noch einmal so hinbekommen wie in Harburg mit den 32 Schulen, wo Ihnen der Landesrechnungshof gesagt hat, Sie hätten das nachträglich hingebogen. Die Kampfansage dazu haben Sie von uns seit Wochen auf dem Tisch. Bringen Sie uns bitte den Nachweis, wie der Landesrechnungshof das gefordert hat, dass diese Projekte wirklich wirtschaftlich sind.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das ändert aber nichts daran, dass ich Ihnen bei diesen drei Punkten, was den Haushalt 2008 angeht, zustimme. Sie gehen mit einigem Gepäck in das nächste Jahr und Hamburg ist mit der Situation, bestimmte Rücklagen zu haben, vielleicht im Endeffekt sogar 2008 noch aufstocken zu können mit einem Netz an öffentlichen Unternehmen wie kaum eine andere Region in der Lage, gegen die Herausforderung der Finanzmarktkrise und der Wirtschaftskrise anzugehen. Aus Sicht der Fraktion der LINKEN ist die eigentliche Herausforderung für das Haushaltsjahr 2009, was in Hamburg jetzt gemacht werden kann.

Vorhin kam aus der CDU-Fraktion der absurde Vorschlag, wir wollten alles umändern; darum geht es nicht. Aber Hamburg ist eine Region, die auf Bundes- und Europaebene oder meinetwegen auch abgestimmt in der Runde der 20 wichtigsten Nationen vernünftig dieser ganzen Entwicklung entgegenwirken kann. Unsere Fraktion hat sich lange damit beschäftigt und wir finden es auch gut, wenn das in dieser Weise in den Haushalt eingebunden wird.

Jetzt muss man aber schauen, wie das aussieht. Herr Gedaschko hat gesagt – wir müssen das immer der Presse entnehmen –, wir machen jetzt ein Konjunkturprogramm und der Bürgermeister sagt gleich hinterher, wir machen das, aber bitte kein

(Dr. Joachim Bischoff)

Strohfeuer. Eigentlich hätte ich von Ihnen das Strohfeuerargument erwartet.

(Jens Kerstan GAL: Nee, nee!)

Das Problem mit dem Strohfeuer ärgert mich wirklich, denn Sie haben die Beispiele an der Hand. Es geht nicht um Strohfeuer, sondern es geht darum, dass wir nachgewiesenermaßen in den letzten Jahren einen Investitionsrückstau hatten, der in Hamburg mindestens 5 Milliarden Euro betrug – ich weiß die Zahl nicht genau, aber die Schulen betragen alleine schon 4,2 Milliarden Euro –, der aber für die Kommunen bundesweit bis 2020 auf 700 Milliarden Euro geschätzt wird. Das hat nichts mit Strohfeuer zu tun, sondern es geht darum, in der Wirtschaftskrise die freigewordenen Ressourcen einzusetzen, um diesen überfälligen Bedarf zu befriedigen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Das ist ein Bedarf für künftige Generationen und wir sind uns völlig einig, dass dazu auch die Bildung gehört, dass wir das bitte nicht verengen wollen.

Insofern ist das ein richtiger Schritt, Sie haben da einiges angedacht. Ich kann mir eine Pikserei nicht verkneifen. Bei der inhaltlichen Ausgestaltung dessen, was der Bürgermeister und Herr Gedaschko gesagt haben, habe ich mich immer gefragt, wo die GAL ist; das würde mich in den Haushaltsberatungen interessieren. Wo ist denn der grüne Anteil bei dem Konjunkturprogramm, das Sie gerade auskochen? In der Größenordnung soll es deutlich mehr als auf Bundesebene sein. Ich fände es gut, wenn Sie das in den Beratungen deutlich machen würden.

Abschließend zwei Punkte zu dem, was an Konjunkturprogramm notwendig ist. Herr Kerstan und Herr Freytag, ich finde es nicht akzeptabel, wenn Sie zwei wichtige Aspekte des Konjunkturprogramms hinten runterfallen lassen. Den Punkt Stärkung der Stadtteile und der Beschäftigten haben Sie drin, Sie haben gesagt, Sie packten 30 Prozent der Arbeitsmarktmittel da hinein. Das ist, bezogen auf Ihr Anliegen, eigentlich viel zu wenig; wenn schon Konjunkturprogramm, dann sollten wir an dieser Stelle, was ein Landesprogramm Arbeit angeht, über andere Größenordnungen nachdenken.

(Beifall bei der LINKEN und bei Wolfgang Rose SPD)

Ich will, auch wenn Ihnen das schief erscheint, nach wie vor daran festhalten, dass wir die ganzen 10 000-Euro-Jobs bei einem richtigen Konjunkturprogramm in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verwandeln können.

Letzter Punkt. Sie haben uns in allen Punkten niedergestimmt, angefangen vom Sozialticket bis zum

Armuts- und Reichtumsberichts, und Sie haben nicht – Herr Tschentscher hat das vorhin auch schon gesagt – die Traute, einmal 100 Millionen Euro in die Hand zu nehmen. Das könnten Sie jederzeit, um kostenloses Kita- und Schulesen einzuführen, das Büchergeld oder die Vorschulgebühren abzuschaffen. Das wäre nach unserer Vorstellung ein Einstieg in ein Landesprogramm Armut, das würde sich auch gut machen für eine schwarz-grüne Koalition als Konjunkturprogramm.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Völsch.

Thomas Völsch SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kerstan, Sie haben eben sehr korrekt die Daten der Finanzierungsdefizitquote aus dem Finanzbericht vorgelesen, aber Sie haben natürlich unterschlagen, dass wir in der Zwischenzeit eine Steuerschätzung hatten. Nun haben wir im Plenarsaal nur ein paar Bordmittel, keine richtige Ausstattung, aber wenn ich das richtig nachgerechnet habe zusammen mit dem Kollegen Tschentscher, dann kommen wir auf eine Finanzierungsdefizitquote im Jahr 2007 von minus 2,3, im Jahr 2008 von minus 4,8 und im Jahr 2009 von minus 9,3; das ist eine Steigerung und kein Rückgang.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Ich will nicht über jede Kommastelle mit Ihnen streiten, denn das Rechnen mit dem Handy ist nicht so ganz einfach.

(Jens Kerstan GAL: Ich kann auch rechnen!)

Dann noch eine grundsätzliche Bemerkung zum Thema Defizit. Manchmal hilft es, wenn man die Sachen ein bisschen kleiner macht, als sie einem im Haushaltsplan vorkommen und ich versuche einmal, Ihnen das folgendermaßen klarzumachen. Wenn mein 18-jähriger Sohn 200 Euro auf dem Konto hat, die er sich verdient hat, und davon 214 Euro für einen neuen iPod ausgibt, dann hat er ein Minus von 14 Euro gemacht. Er kann jetzt dieses Defizit irgendwie ausgleichen. Er kann versuchen, seinen alten Herrn anzupumpen – das könnte von Erfolg gekrönt sein –, er kann aber auch sein Sparbuch plündern. Aber das Geld, das er sich da wegnimmt, fehlt ihm im nächsten Jahr, wenn er seine Freundin in den USA besuchen will und er bekommt es so ohne Weiteres nicht wieder.

(Jens Kerstan GAL: Doch, er kann den iPod verkaufen!)

Wenn Sie an diese Zahlen acht Nullen hängen, dann sind Sie ungefähr genau da, wo unser Haushalt sich in den nächsten beiden Jahren bewegt

(Thomas Völsch)

(Ingo Egloff SPD: Aber Herr Freytag hat kein Sparbuch!)

– nein, das hat er nicht mehr, das hat er schon geplündert –, dann sind wir schlicht und ergreifend bei den 1,4 Milliarden Euro minus, die wir haben und das, obwohl wir seit 2001 eine erhebliche Steigerung der Steuereinnahmen von 6,2 Milliarden Euro auf 8,5 Milliarden Euro zu verzeichnen hatten; das hat der Kollege Tschentscher eben gesagt. Sie haben soviel mehr an Steuereinnahmen, meine Damen und Herren von der Koalition, Sie können in Wahrheit wie Dagobert Duck im Geld schwimmen.

Stichwort Nullverschuldung und öffentliche Unternehmen. Wir haben schon dargestellt, dass Sie Schulden in öffentliche Unternehmen verschieben. Die HPA macht Schulden für Hafeninvestitionen, die Hochbahn für die Straßenbahn und möglicherweise auch noch für die Hafenbahnsanierung. Das stellen Sie im Haushalt nicht dar und das stellen Sie auch in der Bilanz nicht dar, denn die Bilanz schließt mit dem Jahr 2007 ab und alles, was in den nächsten Jahren dazukommt, was Sie in die öffentlichen Unternehmen schieben, findet in dieser Bilanz nicht statt.

Dritter Punkt, Konjunkturprogramm: Es ist schon eine kreative Geschichte, wenn man das eigene haushaltspolitische Versagen, die Aufblähung des Betriebshaushalts, das Minus, das Sie da produziert haben, umdichtet in ein Konjunkturprogramm. Ganz im Ernst: Sie fahren die Investitionen im nächsten Jahr zurück, die Finanzierungsquote sinkt; da wäre es angesagt, etwas zu machen. Sie haben angekündigt, dass noch etwas kommen werde. Ich bin sehr gespannt, was da kommen wird. Sie haben in Wahrheit die haushaltspolitischen Spielräume, die Sie dafür haben sollten, eingeengt. Bei den anderen jetzt erfundenen Maßnahmen wie den Primarschulen und Ähnlichem frage ich mich im Ernst, was das für die Konjunktur in Hamburg bewegen soll; ich weiß es nicht.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Letzter Hinweis: Herr Freytag, Sie zelebrieren jährlich die Vorlage der Bilanz als Hochamt des Finanzsenators. Da wird im Wesentlichen das Vermögen der Stadt bewertet. Bewertungsfragen kann man aber auch so oder so entscheiden. Die stauende Öffentlichkeit erfährt, dass man nun die Alster und die Straßenbäume mit einem Wert richtig bewertet und in der Bilanz ausgewiesen hat. Am Ende steht dann eine Zahl für ein längst abgelauenes Jahr und für das Plus sind überwiegend die öffentlichen Unternehmen und nicht Ihre Finanzpolitik verantwortlich. Leider bleiben die Einsichten aus der Bilanz ohne Folgen. Sie verzichten sogar, ganz anders als noch im letzten Jahr, als die Bilanz für 2006 vorgelegt wurde, auf eine Ergebnisvorschau für das Jahr 2008 oder 2009. Ganz im

Ernst, was nützt mir eine Bilanz, wenn sie für Ihre Planung und Ihre Finanzpolitik irrelevant ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Niedmers.

Ralf Niedmers CDU:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe in der Vergangenheit bereits an gleicher Stelle gesagt

(Michael Neumann SPD: Mehrfach gesagt!)

und werde es heute wieder tun, wenn Sie in der Bundesrepublik Deutschland außerhalb Hamburgs finanzpolitische Tagungen besuchen, dann werden Sie immer wieder erleben, dass Finanzpolitiker anderer Länder und Kommunen voller Respekt und Anerkennung auf diese Stadt blicken, weil sie alle mit ein wenig Neid nach Hamburg schauen und sagen, wie gut sind doch die Finanzen in Hamburg in Ordnung.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Das beweist einmal mehr die Vorlage dieses Haushaltsplan-Entwurfs für die Jahre 2009 und 2010.

(Dr. Peter Tschentscher SPD: Und darum sollen wir jetzt den Mund halten?)

Sie, sehr geehrter Herr Dr. Tschentscher, und Ihre Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Fraktion kommen einfach nicht an die Regierung heran. Sie versuchen das mit einem Kleinstfeuerwerk, erreichen aber keine wirkliche Wirkung. Es werden im Betriebshaushalt keine Löcher mehr gestopft, weil es sie einfach nicht mehr gibt. Das ist doch ganz großes finanzpolitisches Kino, was es hier in Hamburg gibt, da können wir doch wirklich nur froh und zufrieden sein.

(Michael Neumann SPD: Gibt es eigentlich Drogentests für Redner?)

Ich möchte mir gar nicht vorstellen, was passieren würde, wenn die SPD in dieser Stadt heute noch Verantwortung tragen würde. Da wäre wahrscheinlich HAMBURG WASSER schon lange privatisiert und demnächst ginge es auch der SAGA und GWG an den Kragen.

(Zuruf von der SPD: Das wollten Sie ja nie verkaufen!)

Alles würde verkauft, und zwar um die Deckungslücke im Betriebshaushalt zu schließen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Klaus-Peter Hesse CDU: Nein, die hätten Schulden gemacht! – Gegenruf von Ingo Egloff SPD: Wir hätten es aber zugegeben im Gegensatz zu Ihnen!)

(Ralf Niedmers)

Aktuell werden auch weiterhin Investitionen aus Einnahmeüberschüssen getätigt. Das ist ernsthafte und nachhaltige Politik für diese Stadt.

Im Jahr 2009 werden wir knapp 1 Milliarde Euro aus Rücklagen und Stöcken in Anspruch nehmen, um einen ausgeglichenen Gesamthaushalt zu haben. Das sind aber keine Schulden, lieber Herr Dr. Tschentscher. Das ist vielmehr das Ergebnis einer intelligenten Vermögensmobilisierung, das hätten Sie niemals hinbekommen.

(Michael Neumann SPD: Intelligent und pfiffig! – Dr. Andreas Dressel SPD: Was ist denn daran intelligent?)

Im Übrigen habe ich Sie auch nicht verstanden, wenn Sie immer wieder davon sprechen, dass der schwarz-grün geführte Senat Schulden mache. Erklären Sie es uns hier und heute noch einmal und wenn die Zeit nicht ausreicht, dann erklären Sie es uns bitte im Haushaltsausschuss. Wir haben eben in unserer Reihe minutenlang gerätselt und verstehen Ihre Argumentation einfach nicht.

(Michael Neumann SPD: Das glaube ich gerne, dass Sie uns nicht verstehen, Herr Niedmers!)

Sie müssen sich einmal ernsthaft bemühen, Argumente auf den Tisch zu legen, die uns auch weiterbringen.

Die Stadt Hamburg, vertreten durch den Senat, legt als erstes eine Konzernbilanz eines deutschen Bundeslandes für das Jahr 2007 vor. Damit konnte ebenfalls endgültig mit dem immer wieder penetrierten Argument der Opposition aufgeräumt werden, es gebe angeblich eine verdeckte Verschuldung in sogenannten Nebenhaushalten, die ausufern würde; das genaue Gegenteil ist der Fall. Die Konzernbilanz beweist nun, dass es diese Verschuldung zwar in einem gewissen Umfang gibt, sie aber eher zurückgefahren wurde als gesteigert. Das ist ebenfalls eine wichtige Voraussetzung zur Gestaltung zukünftiger ausgeglichener Gesamthaushalte.

Wenn wir zum Thema Konjunkturprogramm an dieser Stelle noch ein paar Worte verlieren wollen, dann möchte ich darauf hinweisen, dass auch Stimmungen sehr wichtig sind. Wo ist derzeit die größte Baustelle Europas? Die größte Baustelle Europas ist in Hamburg.

(Michael Neumann SPD: Elbphilharmonie, genau!)

Und wo ist sie in Hamburg? In der HafenCity. Sie bekommen im gesamten norddeutschen Raum bei so reger großer Bautätigkeit keinen einzigen Turmdrehkran mehr. Das zeigt, dass in dieser Stadt richtig etwas los ist. Die Bauwirtschaft boomt

(Michael Neumann SPD: Das ist Freytag für Arme!)

und das ist auch in der Zeit einer krisenartigen Stimmung und eines krisenartigen Umfeldes ein klares Signal. In Hamburg tut sich etwas und Hamburg ist weiterhin wirtschaftlich stark. In diesem Sinne wünsche ich mir jedenfalls einen guten Verlauf der Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuss.

(Michael Neumann SPD: Glückauf!)

Ich bin gespannt, ob der Kollege Dr. Tschentscher das Märchen von der Verschuldung im Laufe der Haushaltsberatungen endgültig wird aufklären können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Waldowsky.

Andreas Waldowsky GAL:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn Sie zu uns in die GAL-Landesgeschäftsstelle in der Burchardstraße kommen, dann finden Sie im Eingangsbereich ein Regal mit aktuellen Broschüren und Infomaterial zu grüner Politik.

(Beifall bei der SPD – Michael Neumann SPD: Das ist ja toll!)

Sie werden dort auch unser Wahlprogramm zur letzten Bürgerschaftswahl finden. Sie können sich gerne eins mitnehmen, denn wir brauchen das nach der Wahl nicht

(Michael Neumann SPD: Sie wollen daran nicht erinnert werden!)

wegzupacken oder zu verstecken. Zwar haben wir bekanntlich die absolute Mehrheit bei der letzten Wahl verfehlt und mussten uns einen Koalitionspartner suchen, aber in diesem neuen Haushalt, der Ihnen vom Finanzsenator heute vorgestellt wurde, finden sich viele grüne Ideen wieder.

Es macht einen Unterschied, ob grün mitregiert oder nicht. Das sehen die Hamburger nicht nur an spektakulären Projekten wie der Schulreform, dem Deckel über der A 7 oder der Stadtbahn. Viele kleine und große Veränderungen verstecken sich in dem vielbändigen Zahlenwerk des Haushalts und bedeuten konkrete Verbesserungen im Leben vieler Hamburgerinnen und Hamburger, denn wir investieren in den Menschen und in eine lebenswerte Stadt.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU – Michael Neumann SPD: Der hat das selbe gemacht wie Niedmers!)

Zentral für die GAL ist das Thema grüne Metropole am Wasser, Klima, Verkehr und Naturschutz. Was tut der Senat? Zum Beispiel werden die Investitionen zur Förderung des Wärmeschutzes im Gebäudebestand von 14 Millionen Euro auf 22 Millionen

(Andreas Waldowsky)

Euro pro Jahr erhöht. In die Förderung der thermischen Solarenergie steigen wir jetzt erst richtig ein. In 2010 werden mit 16,2 Millionen Euro mehr als viermal so viele Investitionen getätigt als im laufenden Jahr. Die Fotovoltaik wird 2009 überhaupt erstmalig gefördert, und zwar mit beachtlichen 6 Millionen Euro. Mit diesen Maßnahmen spart die Hansestadt 152 000 Megawattstunden im Jahr und es werden über 51 000 Tonnen CO₂ weniger pro Jahr freigesetzt.

(Beifall bei der GAL und bei *Ralf Niedmers* und *Hans-Detlef Roock*, beide CDU – Zuruf von der SPD: Moorburg lässt grüßen!)

Das ist ein ganz konkreter Beitrag Hamburgs zum Klimaschutz.

(Zuruf von der SPD: Das ist heiße Luft!)

Mit der Einführung eines Umweltmanagements und der Bereitstellung von 1 Million Euro für eine Energieagentur werden Maßnahmen im Bereich der Energieeffizienz und des Klimaschutzes noch effektiver gebündelt.

Für die Grünen ist auch Verkehrspolitik Klimapolitik. Wir wollen die Alternativen zum Auto stärken. Die Förderung des Radverkehrs steigt beispielsweise von etwas mehr als 1,2 Millionen Euro in diesem Jahr auf fast das Dreifache, nämlich auf 3,25 Millionen Euro in 2010. Zusätzlich zu diesen 3,25 Millionen Euro wird der Senat 1,5 Millionen Euro wieder in die Bezirke geben, damit auch die Bezirke ein Radwegeprogramm auflegen können. Schon im Frühjahr nächsten Jahres soll das Radleihsystem eingeweiht werden und Touristen wie Hamburgerinnen und Hamburger können dann die kurzen oder längeren Wege im Innenstadtbereich mit dem Fahrrad zurücklegen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Das ist uns 2,5 Millionen Euro wert und man schätzt, dass etwa ein Drittel der Radbenutzer dafür das Auto stehen lassen. Auch das ist Klimaschutzpolitik vor Ort.

(Beifall bei der GAL und bei *Klaus-Peter Hesse* CDU)

Auch das grüne Projekt Stadtbahn kommt langsam in Schwung.

(*Michael Neumann* SPD: Aber gewaltig!)

Die Planungskosten sind im Doppelhaushalt festgemacht worden und man kann feststellen, dass die Stadtbahn auch haushaltstechnisch aufs Gleis gesetzt wird.

(*Carola Veit* SPD: Wo genau steht das im Haushalt?)

Der klassische Umweltschutz oder Naturschutz findet auch wieder stärker Gehör im neuen Senat. So kann jetzt in Hamburg ein Biotop-Verbundsystem

aufgebaut und ein Artenkataster eingerichtet werden. Zudem können wir die engagierten Menschen außerhalb der Politik, die im Umweltschutz aktiv sind, wieder stärker fördern. Die Naturschutzverbände erhalten einen erhöhten Zuschuss zu ihrer Arbeit und das ist in dieser haushaltspolitischen Zeit wahrlich keine Selbstverständlichkeit.

Meine Damen und Herren von der Opposition! Ein weiteres zentrales Thema grüner Politik ist die Bildung. Über mehr Leistung und Gerechtigkeit in der Kita, der Schule und der Uni haben wir in diesem Hause schon sehr oft und kontrovers diskutiert.

(*Carola Veit* SPD: Wie war das noch mit den Schülerfahrkarten!)

Diese Diskussion will ich als Haushaltspolitiker nicht wiederholen.

Aber erlauben Sie mir, auch hier einige kleine, aber sehr feine Veränderungen im Haushalt aufzuzeigen, zum Beispiel die, dass die Summe für die Förderung der Studierenden von knapp 63 Millionen Euro in diesem Jahr in zwei Jahren um über 10 Millionen Euro auf fast 75 Millionen Euro gesteigert wird. Für Studenten stehen 10 Millionen Euro im Jahr mehr zur Verfügung. Das sind ganz konkrete Verbesserungen im Alltag der Studierenden.

Die Kinderbetreuung sieht im Haushalt 2008 bescheidene 800 000 Euro vor. Wir werden hierfür nunmehr 9 Millionen Euro im nächsten und fast 12 Millionen Euro im übernächsten Jahr ausgeben. Im Bereich der frühkindlichen Förderung werden ganz andere Akzente gesetzt. Hierzu noch eines: Es ist zwar nicht viel Geld im Vergleich zur Kita, aber auch im Bereich der Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen wird mehr Geld in die Hand genommen. Dieser Betrag wird um ein Viertel erhöht und das ist ein ganz wichtiger Beitrag.

(Beifall bei der GAL)

Frühkindliche Sprachförderung berührt das dritte zentrale Anliegen grüner Politik in der Hansestadt, nämlich die Überwindung der sozialen Spaltung. Es ist unnötig zu sagen, dass unsere Schulpolitik genau dieses Anliegen verfolgt gerade vor dem Hintergrund der Pisa-Ergebnisse, die unseren Ansatz, den wir in den nächsten Jahren verfolgen, nur bestätigen. Wir brauchen einen strukturellen Umbau im Schulwesen. Aber die Überwindung der sozialen Spaltung ist eine zentrale Aufgabe der Stadtentwicklung, denn einzelne Stadtteile und Quartiere sind abgehängt worden.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Ich bitte um etwas mehr Ruhe im Saal. Herr Waldowsky, fahren Sie bitte fort.

Andreas Waldowsky (fortfahrend): Einzelne Stadtteile und Quartiere sind abgehängt worden,

(Andreas Waldowsky)

die müssen wir wieder ankoppeln. Dazu gibt es zwei neue Titel im Haushalt, nämlich die integrierte Stadtteilentwicklung mit 7 Millionen Euro und das Stadtumbau- und Sanierungsprogramm mit 8 Millionen Euro. Zusätzlich wird die aktive Stadtteilentwicklung noch um 2,5 Millionen Euro aufgestockt. Der Senat nimmt hier richtig Geld in die Hand und das Geld kommt in den Stadtteilen an.

Wilhelmsburg, ein Stadtteil, der bei all seinen schönen Seiten auch mit großen Problemen konfrontiert wird, steht im Zentrum des Sprungs über die Elbe. Für diesen Sprung werden insgesamt weit über 100 Millionen Euro ausgegeben, allein knapp 31 Millionen Euro im kommenden Jahr.

Die, die am Rande stehen, müssen wieder in die Mitte der Gesellschaft geholt werden. So übernimmt die Hansestadt vom Bund die Heroinambulanz und führt das Heroinmodell fort. Dies schlägt mit 1,3 Millionen Euro zu Buche und das nur deshalb, weil sich die Große Koalition in Berlin aus der Verantwortung stiehlt.

Aber die Sozialpolitik des Senats wirkt auch mit kleineren Maßnahmen, zum Beispiel der Förderung von familiengerechtem Wohnen. Diese Förderung wird um 1,7 Millionen Euro erhöht. Wir führen eine Sozialkarte ein, das Blindengeld kann erhöht werden, das Beratungsangebot für Minderjährige mit Essstörungen kann erweitert werden und die Gesundheitsprävention für Migranten wird nunmehr finanziell gefördert.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Ich darf Sie bitten, die Gespräche draußen zu führen, damit der Abgeordnete Waldowsky seine Rede in Ruhe zu Ende führen kann. – Herzlichen Dank.

Andreas Waldowsky (fortfahrend): Ein weiteres Beispiel, wo der Senat Geld sinnvoll investiert, ist die AIDS-Prävention, die um 95 000 Euro erhöht wird. Das mag zwar wenig erscheinen, ist aber eine Steigerung um 50 Prozent und damit die bedeutendste Erhöhung der letzten zehn Jahre.

Die Grünen sind die klassische Großstadtpartei

(Wilfried Buss SPD: Ah!)

und für eine Metropole wie Hamburg ist Kreativität das entscheidende Kapital. Auch in diesem Bereich setzen wir Akzente. Hamburg ist mehr als Elbphilharmonie und die großen Staatstheater. Wir wollen eine bunte kulturelle Szene in vielen Stadtteilen. Dafür wird über 1 Million Euro in einen Impulsfonds zur Förderung der Stadtteilkultur investiert. Die Geschichtswerkstätten bekommen eine Zustiftung von 1 Million Euro, um ihre Arbeit langfristig zu sichern und zu fördern. Auch die besondere Kulturförderung kann verdreifacht werden,

nämlich auf 750 000 Euro. Zur Kreativen Stadt gehören aber auch die Clubs, deren Existenz im Haushalt abgesichert wird. Die Filmförderung wird um 2 Millionen aufgestockt und eine mit 1 Million Euro ausgestattete Kreativagentur wird diese Maßnahmen nun professionell koordinieren können.

Hamburg bleibt die liberale, kreative und weltoffene Metropole an der Elbe. Ein letzter Aspekt mag dies nochmals deutlich machen: Während die Große Koalition in Berlin mit dem BKA-Gesetz Bürgerrechte massiv einschränken möchte, bekommt Hamburg das liberalste Informationsfreiheitsgesetz aller Länder und richtet beim Datenschutzbeauftragten zwei neue Stellen ein. Das würden wir uns auch auf Bundesebene wünschen.

Herr Dr. Bischoff fragte, ob wir uns denn warm genug angezogen haben mit diesem Haushalt. Dazu würde ich vielleicht noch zwei, drei kurze Anmerkungen machen. Bei unserem Investitionsprogramm kommen viele unserer Investitionsmittel direkt im Stadtteil an und betreffen Unternehmen, die vor Ort tätig sind, zum Beispiel Handwerksbetriebe, die vor Ort tätig sind. Ich nenne als Beispiel den Bereich der Förderung des Klimaschutzes, das sind Maßnahmen, die sofort zu Baumaßnahmen in der Stadt führen und häufig Fördermaßnahmen sind und weitere Investitionen auslösen. Ich nenne den ganzen Bereich der Investitionsprogramme im Verkehrswesen und im Radwegebau, den Bau der Stadtbahn und die Investitionen im Rahmen der sozialen Stadtteilentwicklung. Da wird sehr sinnvoll Geld direkt in der Stadt investiert.

Schauen wir uns an, was der Bund macht: Beim Investitionsprogramm des Bundes schlagen alle Wirtschaftsfachleute die Hände über dem Kopf zusammen. Das gibt nur Mitnahmeeffekte: Die Handwerksrechnungen, die man von der Steuer absetzen kann, oder die CO₂-Schleudern von Autos, die man jetzt plötzlich kaufen soll. Da sagt jeder, dass das verpufft. Ich denke, dass wir da sehr viel effektiver vor Ort eingreifen können.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Wir werden ein Investitionsprogramm auflegen, das wird allerdings nur das Vorziehen von für die Konjunktur sinnvollen Maßnahmen bedeuten.

Betrachten wir einmal 2010: Wichtig ist zunächst, dass 2009 gut vorfinanziert ist. Wir machen das, was sinnvoll ist, wir greifen auf Rücklagen zurück, die gebildet worden sind in Zeiten, wo es etwas besser ging. Wir brauchen uns erst einmal nicht zu verschulden. Der Bund hat das Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, auf 2015 und damit eigentlich auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Hamburg bleibt auf dem Kurs der Konsolidierung und auch das ist ganz wichtig.

(Andreas Waldowsky)

Dieser Doppelhaushalt 2009/2010 setzt viele unserer grünen Ideen in Hamburg um, die Hansestadt hält Kurs und bleibt – auch wenn die Zeiten rauer werden sollten – eine ökologische, tolerante und kreative Metropole. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Wolfgang Rose SPD*: Boah ey!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE.* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gehöre nicht zu der Kaste der Haushälter. Mir fehlt nämlich eine ganz wesentliche Voraussetzung dafür, ich bin nämlich kein Mann. Das ist das Erste.

(Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen – *Olaf Ohlsen CDU*: Das ist doch kein Geheimnis, oder?)

Ohne den Herren zu nahe treten zu wollen, muss ich allerdings auch sagen: Je länger die Experten reden, desto weniger verstehe ich. Ich stelle mir nur einmal vor, wir würden das in Hamburg so ähnlich machen wie in anderen Kommunen, Gemeinden und Städten und würden die Haushaltsberatungen dazu nutzen, um gemeinsam mit der Bevölkerung die Richtlinien für die nächsten Jahre zu diskutieren. Dann müsste der Haushalt nämlich allgemein verständlich sein. Ich glaube, davon ist er weit entfernt.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Wir sind auch keine Kommune, wir sind ein Land!)

Ich bin eine große Anhängerin von Wahrheit und Klarheit und das Erste, was ich mich gefragt habe, als ich diesen Haushaltsplan-Entwurf gelesen habe oder durchgeackert habe, mich durchgewühlt habe, war: Ist das eigentlich ein Plan? Und ich habe dann im Finanzbericht, im allgemeinen Vorbericht, gelesen, warum man eine Planung braucht. Das Erste ist: Es muss ersichtlich werden, in welchem Umfang voraussichtlich Mittel zur Finanzierung der Aufgaben Hamburgs zur Verfügung stehen. Das Zweite ist, welche Vorbelastungen aus bisherigen und neuen Maßnahmen zu erwarten sind. Schon allein diese beiden Punkte ließen bei mir doch häufig Zweifel aufkommen, ob diese vorliegenden "Telefonbücher" den Namen Haushaltsplan überhaupt verdienen. Das Zahlenwerk steht unter ganz bestimmten Prämissen.

Das Erste sind die Steuereinnahmen. Die Höhe, die vorgegeben ist, die prognostiziert ist in diesem Haushaltsplan-Entwurf, ist völlig unsicher und muss wahrscheinlich nach unten korrigiert werden, wahrscheinlich sogar sehr drastisch. Diese Voraussetzung stimmt schon einmal nicht.

Die zweite Prämisse sind die Wachstumsraten. Es wird mit einer Steigerung des Bruttoinlandspro-

dukts von durchschnittlich 1,5 Prozent pro Jahr gerechnet. Das ist nach heutigen Kenntnissen jenseits aller Schätzungen entschieden zu hoch. Wir können zufrieden sein, wenn wir am Ende ein Plus-Minus-Null herausbekommen. Skeptiker und Pessimisten gehen von einem Minuswachstum aus. Das ist die zweite Prämisse, die nicht haltbar ist.

Die dritte sind die Auswirkungen der Finanzkrise – und dabei insbesondere, was Hamburg anbetrifft – auf diese sehr außenhandelslastige Wirtschaft. Diese Risiken sind nicht einmal ansatzweise im Haushaltsplan berücksichtigt. Selbst Senator Gedaschko hat heute im "Hamburger Abendblatt" gesagt – ich zitiere:

"Kein Konjunktexperte kann uns sagen, was in den kommenden Quartalen auf uns zukommt."

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Richtig!)

Aber insgesamt konfrontiert der Senat uns nur mit Steigerungsraten und positiven Zahlen, wenn er zum Beispiel die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Hamburgs bis 2012 beschreibt. Auch das trifft nicht die Realitäten.

Das Vierte sind die Risiken, die absehbar sind. Vor allem die, die sich als Fass ohne Boden herauskristallisieren, sind völlig außer Acht gelassen. Ich spreche von der Elbphilharmonie, von der heute diskutierten HSH Nordbank und auch von der Hafenentwicklung. Interessanterweise kann man heute vom CDU-Wirtschaftsrat lesen – Zitat:

"... man solle nur Mittel bereitstellen, wenn man sich diese Projekte auch leisten könne."

Das ist eine gute Idee, kann ich nur sagen. Und ich glaube, wir können uns so Einiges hier gar nicht leisten.

Das Problem ist: So, wie der Haushaltsentwurf aufgestellt wird, kann man auf keine Weise eine Antwort auf diese Fragen herauslesen und der Steuerzahlerbund hat dieses Zahlenwerk bereits beurteilt und es zur Makulatur erklärt. Von den Kammern, der Wirtschaft und den Gewerkschaften ist ähnliche Skepsis zu hören.

(*Jens Kerstan GAL*: Das ist auch gut so!)

Eine weitere Prämisse ist: Es darf keine Neuverschuldung geben und der Haushalt ist unter das Thema gestellt worden: Verschuldung Hamburgs, Beenden der Nettoneuverschuldung und Schuldenbegrenzungsregelung. Einmal abgesehen davon – und das ist heute schon mehrfach gesagt worden –, dass im Senat und bei den Koalitionsparteien unterschiedliche und sich widersprechende Aussagen gemacht worden sind, muss doch einmal festgehalten werden, dass wir die Neuverschuldung die ganze Zeit schon betreiben. Herr

(Dora Heyenn)

Kerstan hat in seinem Vortrag, in dem er den Finanzsenator gelobt hat, immer vom Kernhaushalt gesprochen und die Schattenhaushalte wohlweislich herausgelassen. Denn dass es sie gibt, weiß er auch.

So wohl war dem Finanzminister bei der Vorlage dieses Plans scheinbar auch nicht, denn in einem Anflug von Selbstkritik weist er darauf hin, dass – zumindest was die Einnahmenprognosen anbetrifft – ohne Zweifel Risiken in dem Plan sind. Deshalb weiß ich überhaupt nicht, Herr Kerstan, woher Sie Ihre Sicherheit nehmen, dass ganz bestimmte Beträge auch wirklich ausgegeben werden und die Einnahmen so sprudeln werden, wie in diesem Entwurf eingestellt. Ich kann das nicht nachvollziehen.

Wir sind als LINKE zu der Auffassung gekommen, dass dieser Haushaltsentwurf insgesamt ein Risiko darstellt. Alle fünf Grundannahmen stimmen nicht, so sieht kein solider und belastbarer Haushalt aus. Das ist uns auch bei der Diskussion der Einzelpläne in den Ausschüssen immer wieder gesagt worden, bei intensiven Nachfragen hieß es immer von den Behördenvertretern: Zwischen Drucklegung und heute sind die Zahlen leider schon veraltet. Deshalb wäre das Solideste, was Sie machen können, eine überarbeitete Fassung herzustellen, die sich mit ihrem Zahlenwerk an den Realitäten orientiert. Das wäre auch eine gute Idee.

Ich habe die Schattenhaushalte angesprochen. Die Verschiebung von Aufgaben und Krediten, also die Verschiebung von Neuverschuldung, soll fortgesetzt werden. Um den Investitionsstau an Schulen abzubauen, plant die Behörde für Schule und Berufsbildung einen Landesbetrieb Schulbau einzurichten. Herr Kerstan kommt dann immer mit diesen 171 Beamten in der Schulbehörde, die nicht in der Lage waren, das Geld auszugeben, das sie hätten ausgeben sollen. Das mag ein bisschen an der Jahreszeit liegen, wir begeben uns nämlich langsam in die Märchenzeit. Daran glaube ich zum Beispiel nicht.

Ab 2010 wird dann das Sondervermögen die Schulbauprojekte durchsetzen und es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, so ist uns das im Schulausschuss gesagt worden, dass bis dahin die Hochbaudienststelle der BSB die Aufgaben weiter übernimmt. Nun steht aber zu befürchten, dass – solche Informationen gibt es aus den Schulen und das konnte man auch im Schulausschuss zwischen den Zeilen heraushören – all die Baumaßnahmen an den Schulen, die bereits genehmigt aber noch nicht angefangen worden sind, auf Eis gelegt werden sollen. Das ist etwas, was wir überhaupt nicht nachvollziehen können. Das hängt mit Sicherheit auch damit zusammen, dass die baulichen Bedingungen für die Installation des Zwei-Säulen-Modells abgewartet werden müssen. Deswegen wird es wahrscheinlich einen Baustopp

geben und genau das lehnen wir ab. Die Schulen brauchen Planungssicherheit und so haben sie diese nicht.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von *Stephan Müller CDU*)

Noch einmal zur Bildung und zur Bildungspolitik.

– Sie können immer nur Zwischenrufe machen, im Ausschuss und überall. Dann stellen Sie sich doch hier vorne hin und sagen einmal etwas.

(Beifall bei der LINKEN – *Klaus-Peter Hesse CDU*: Im Stadtentwicklungsausschuss war gar kein Vertreter der LINKEN anwesend!)

Fakt ist, dass die Bedingungen für Lernerfolge in den Hamburger Schulen schlecht sind. Daran kann keiner vorbeireden und da braucht man auch nicht lange in PISA-E von gestern zu schauen. Das erleben wir ständig und das haben die Schüler letzte Woche sehr eindrucksvoll vorgetragen. Einige mussten gleich fragen: Wer steckt dahinter, oh Gott, oh Gott? Ich kann Ihnen sagen, wer dahinter gesteckt hat – 6 500 Schülerinnen und Schüler. Und das war große Klasse.

(Beifall bei der LINKEN)

Die haben auf den Punkt gebracht: Die Klassen sind zu voll, die Lehrer sind überlastet, die Räume sind unzureichend und die Lernmittel sind veraltet. Das Mindeste, was man erwarten kann, ist, dass das Büchergeld wieder zurückgenommen wird. Es müssen viel mehr Lehrer eingestellt werden als geplant. Auch wenn durch empfindliche Abzüge die Frühpensionierungen zurückgegangen sind, muss festgestellt werden, dass die hohe wöchentliche Arbeitszeit unter den Bedingungen, wie heute Schule in Hamburg stattfindet, viele Lehrer krank macht. Aus dem Grunde muss die Wochenarbeitszeit herunter und es muss auch die Altersteilzeit, die vor kurzer Zeit abgeschafft worden ist, wieder hergestellt werden, damit Lehrer auch im hohen Alter noch ihren Dienst verrichten können, aber nicht in voller Zeit. Nur die, die nahe dran sind, wissen, was es bedeutet, heute in Hamburg Vollzeitlehrer zu sein über Jahre und Jahrzehnte. Das Bild, das in der Öffentlichkeit von Lehrern gezeigt wird, stimmt mit der Realität in keinsten Weise überein.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Aber die haben mehr Urlaub und mehr Freizeit!)

Es ist die Rede von der Kinderarmut gewesen. Die Kinderarmut in Hamburg hat heute eine Dimension erreicht, die ein aktives, intensives Handeln vom Senat schon lange erfordert hätte.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Davon können wir im Haushaltsentwurf leider gar nichts finden. Das Mindeste – Herr Tschentscher hat darauf hingewiesen – wäre, dass es ein kostenloses Mittagessen in der Kita ab sofort gibt, das heißt ab Inkrafttreten des Haushalts. Anzustreben

(Dora Heyenn)

ist auf jeden Fall auch ein kostenloses Mittagessen in den Schulen. Da sind wir mit unseren Forderungen nicht allein, auch das Diakonische Werk und andere Verbände fordern das.

Politik hat die Aufgabe gegenzusteuern und eine prognostizierte drohende Rezession hat die Diskussion um Konjunktur- und Investitionsprogramme wieder angefacht. Das begrüßen wir. Wir begrüßen auch, dass es eine konzertierte Aktion und runde Tische geben soll. Aber auf eines möchte DIE LINKE ganz deutlich hinweisen: Vor einem halben Jahr haben wir immer vom Konjunkturaufschwung gesprochen. Der ist inzwischen allerdings verfrüht worden, und zwar durch die Geldgier des ungehemmten Kapitalismus. Herr Freytag hat vom Kasino-Kapitalismus gesprochen. Herr Freytag, ich muss Sie doch wirklich bitten, nicht den Bock zum Gärtner zu machen. Wenn Sie jetzt sagen, die Banken sind die Opfer und die, die die Banken kritisieren, sind die Täter, frage ich Sie allen Ernstes: Wer hat eigentlich die Arbeitsplätze weltweit vernichtet? Doch nicht die, die das jetzt kritisieren.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Für uns ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass dieser Aufschwung, von dem immer geredet wurde, bei der Mehrheit der Menschen nicht angekommen ist. Wenn wir jetzt Konjunkturprogramme auflegen, dann macht das aus unserer Sicht nur Sinn, wenn die Maßnahmen der Konjunkturprogramme auch dort ankommen, wo sie hingehören. Herr Dr. Bischoff hat die Frage gestellt, was eigentlich das Subjekt Hamburg ist. Das Subjekt Hamburg sind die Menschen in Hamburg. Das heißt, die Maßnahmen müssen auch dort ankommen und ein Konjunkturprogramm kann nicht den Sinn dadurch erfüllen haben, ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ich möchte Ihnen nur die volle Aufmerksamkeit auch des Abgeordneten Grapengeter zuwenden.

(Jens Grapengeter CDU: Das fällt aber schwer, Herr Präsident! – Glocke)

Dora Heyenn (fortfahrend): – Das glaube ich Ihnen, dass Ihnen das schwerfällt!

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): – Herr Abgeordneter, ich wünsche, dass Sie zuhören.

Dora Heyenn (fortfahrend): – Danke.

Wir möchten gerne, dass ein Konjunkturprogramm bei den Menschen ankommt, und zwar bei der Mehrheit der Menschen, und nicht nur Strukturen

festigt. Wir unterstützen auch einen ganz wichtigen Ansatzpunkt, von dem heute zu lesen war. Wenn wir den Haushaltsverlauf 2008 anschauen, müssen wir feststellen, dass durch welche Maßnahmen auch immer – Arbeitszeitverlängerung, Rente mit 67 – die Personalausgaben der Hansestadt Hamburg um 8 Prozent gesenkt worden sind. Hier muss nach unserer Meinung insbesondere in der jetzigen Situation ganz intensiv aufgestockt werden. Das ist auch vom Senat angekündigt worden und die Details sollen im Dezember vorgelegt werden. DIE LINKE wird einen Antrag zum Arbeitsmarkt einbringen. Ergänzt wird dieses Landesprogramm Arbeit durch einen Maßnahmenkatalog zum Klimaschutz. Es ist von der GAL schon darauf hingewiesen worden, dass das auch Maßnahmen sind, um die Konjunktur anspringen zu lassen.

Die Frage von Finanzierung – davon war heute auch oft die Rede – ist nicht nur eine Frage, wann, wo und wie viele Ausgaben getätigt werden, es ist auch eine Frage der Einnahmen. Im Gegensatz zu den Aussagen im Wahlkampf haben CDU und GAL Steuern erhöht, nämlich die Grunderwerbsteuern. Diese werden veranschlagt mit 63 Millionen Euro pro Jahr. Das gleicht gerade einmal die Mindereinnahmen durch die Absenkung der Unternehmensteuer aus.

DIE LINKE fragt: In welchem Bermuda-Dreieck ist der Antrag auf Aufstockung der Steuerfahnder und Betriebsprüfer eigentlich verschwunden? Das hätten wir gerne gewusst. Im Haushaltsausschuss ist es angenommen worden, in der Bürgerschaft ist es angenommen worden, die Zahlen sollten nur noch einmal kurz überprüft werden – im Haushalt finden wir davon nix.

(Jens Kerstan GAL: Kommt noch!)

Der Senat verzichtet also bewusst auf jährliche Einnahmen in dreistelliger Millionenhöhe. Jeder von uns kann unterschreiben, dass Hamburg sich das überhaupt nicht leisten kann. Überhaupt sind Steuersenkungen der falsche Weg, weil man mit Steuern auch Schulden abbauen kann. Man muss damit nicht nur immer Neuausgaben tätigen. Gerade im Zusammenhang mit der Finanzkrise, den Schwindel erregenden Zahlen, der Begrenzung der Managergehälter auf lumpige 50 000 Euro pro Jahr und den unter anderem von der HASPA ausgegebenen Lehmann-Papieren, mit denen die älteren Menschen um die Ersparnisse gebracht worden sind, ist der Ruf nach Gerechtigkeit in der Bevölkerung stark geworden.

(Frank Schira CDU: Ja, ganz genau!)

Man muss natürlich auch hinhören, das ist immer der Punkt. Und es besteht schlicht die Befürchtung, dass wieder einmal der berühmte kleine Mann die Zeche zahlt.

(Frank Schira CDU: Wie in der DDR!)

(Dora Heyenn)

DIE LINKE hat immer wieder auf Steuergerechtigkeit gedrängt und wird einen Antrag einbringen, in dem eine Bundesratsinitiative gestartet werden kann zur Wiedereinführung der Vermögensteuer.

(Frank Schira CDU: Ihre Vorgängerpartei hat eine ganze Wirtschaft kaputtgemacht!)

Wir begrüßen auch, dass Herr Senator Gedaschko das vielfach geforderte Absenken der Steuerlast, wie heute zu lesen war, als wenig wirksam bezeichnet hat. Wir stimmen aber nicht mit Herrn Gedaschko überein, wenn er sagt:

"Das Problem ist doch, dass die Leute das Geld nicht ausgeben, sondern es lieber horten."

So manches Mal, wenn hier von der CDU etwas gesagt wird, frage ich mich immer: Wo leben Sie eigentlich? Die Menschen haben gar kein Geld um es zu horten, um es einmal deutlich zu sagen.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Deutschland ist das Land mit der höchsten Sparerquote der Welt!)

Dieser Haushalt und das Konjunkturprogramm müssen alle Einwohner im Blick haben. Das ist offenkundig nicht der Fall und es darf nicht so sein, dass die Reichen ein bisschen weniger reich werden, die Armen in Hamburg immer mehr werden und immer ärmer werden. Wir haben eine soziale Spaltung und wenn Herr Freytag sagt: "Hamburg, das ist Lebensqualität pur", dann weiß ich auch, wo er wohnt. Dann kennt er Jenfeld nicht, dann kennt er Großlohe nicht und dann kennt er Billstedt nicht.

(Frank Schira CDU: So ein Schwachsinn!)

Wir sind für die gesamte Bevölkerung hier und nicht nur für wenige.

(Beifall bei der LINKEN und bei Wolfgang Rose SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Herr Präsident – vielen Dank, Frau Heyenn, dass Sie noch einmal auf diese ungeklärte Betriebsprüferfrage zurückgekommen sind. Ich hatte schon ganz verdrängt, dass wir eigentlich vereinbart hatten, dass das bis zu den Haushaltsberatungen geklärt werden soll. Vielleicht liegt es daran, dass ich gar nicht damit gerechnet hatte, dass Schwarz-Grün das wirklich ernsthaft prüfen will.

Ich habe mich eigentlich gemeldet, um noch einmal fünf Punkte richtigzustellen, die mir entgegengehalten wurden. Einen Punkt hat Herr Völsch mir schon abgenommen, das ist die Finanzierungsdefizitquote, Herr Kerstan. Der Finanzbericht, den wir haben, ist – wie Frau Heyenn sagt – nämlich schon

veraltet. Wenn man das mit der Steuerschätzung aus dem November alles noch einmal nachrechnet, dann ist es eben so, wie wir es schon gehört haben. Die Finanzierungsdefizitquote steigt von unter 3 Prozent in 2007 bis 2009 auf über 9 Prozent. Wenn das ein Kennwert ist, der Sie so beeindruckt, wie Sie gesagt haben, dann sollten Sie das ernst nehmen. Ich biete Ihnen auch an, im Mai, wenn die nächste Steuerschätzung kommt, diesen Wert auch für 2010 auszurechnen. Sie bekommen dann einen Umschlag mit einer Schleife und darin steht das für 2010. Ich will das nicht herbeireden, aber wir sollten uns darauf einstellen, dass der Steuerrückgang für 2009 nicht auf einmal abbricht. Sondern wir müssen uns darauf einstellen, dass die konjunkturelle Entwicklung so weitergeht, wie wir uns das vielleicht nicht wünschen. Aber darauf müssen wir uns vorbereiten.

Der zweite Punkt ist Ihre Kritik, dass ich das durcheinander bringe – Investitionsquote im Kernhaushalt und dann die restlichen Investitionen. Wir können uns gerne darauf verständigen, aber Sie haben doch damit angefangen. Sie haben gesagt, Investitionen beziehen Sie auf die öffentlichen Unternehmen und alles. Und bei den Schulden redet der Senat immer nur vom Kernhaushalt. Sie haben mit der Verwirrung angefangen. Ich bin gerne bereit, lassen Sie uns einigen. Entweder beziehen wir alles mit ein, dann machen wir das in Zukunft alle so, oder wir picken uns immer nur das heraus, was uns passt. Und daraus können Sie dann bitte schön keinen Kritikpunkt machen. Also, wir sollten uns da einigen.

Und wenn wir drittens schon dabei sind uns zu einigen, dann sollten wir uns auch einmal einigen, worüber wir eigentlich reden – Kredite, Schulden und Vermögen. Da sollten wir uns orientieren am Rechnungshof, denn der hat uns im März einen sehr sorgfältigen Bericht vorgelegt. Der Rechnungshof hat uns empfohlen, Kredite, Vermögensverkäufe und die Entnahmen aus Rücklagen gleichermaßen zu betrachten und das mit dem Begriff Defizit zu belegen. Diesen Begriff, Herr Niedmers, benutze ich sowohl im Haushaltsausschuss als auch hier, ich rede vom Defizit. Dass Ihnen das als Begriff nicht passt, glaube ich, weil Sie da ganz alt aussehen, weil Sie auch nicht mehr auf die Vergangenheit hinweisen können, wie das früher unter den SPD-Senaten war. Im Gegenteil: Sie sind 2003 Rekordmeister gewesen im Defizitmachen. 1,9 Milliarden Euro Defizit 2003, zwei Jahre nach Amtsantritt des CDU-Senats, das ist absolutes Nachkriegshoch gewesen. Der letzte Bürgermeister, der einen ausgeglichenen, defizitfreien Haushalt vorgelegt hat, war – wiederum im Rechnungshofbericht nachzulesen – 1989, wenn ich das richtig erinnere, Henning Voscherau. Also reden Sie nicht so über die Vergangenheit, sondern klären Sie das durch klare Begriffe.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

(Dr. Peter Tschentscher)

Viertens, das Konjunkturprogramm: Da wird am 3. September der Haushaltsplan-Entwurf des Senats vorgelegt, am 3. September war es, glaube ich. Da ist kein Wort von Konjunkturprogramm gesprochen worden – überhaupt nicht. Das ist Ihnen im Nachhinein eingefallen. Da wird auf einmal gesagt: Wir haben sowieso 800 Millionen Euro Mehrkosten, tirili, das ist ab sofort unser Konjunkturprogramm. Das nimmt das Thema nicht ernst. Ich will nicht sagen, dass wir wieder schlauer sind als alle anderen, aber es gibt natürlich Unterschiede. Es gibt Maßnahmen, die geeignet sind Investitionen auszulösen und es gibt solche, die es nicht. In diesem Haushaltsplan-Entwurf sind reihenweise Ausgaben, die mit dem Auslösen eines Investitionsprogramms nichts zu tun haben. Darüber wollen wir gerne mit Ihnen gemeinsam sprechen – in dieser Situation – in den Haushaltsberatungen, um die Punkte herauszufiltern, die in der Tat geeignet sind, Investitionen auszulösen für Arbeit, Bildung und Beschäftigung.

Der fünfte Punkt ist die HHLA-Milliarde.

(Jens Kerstan GAL: Da bin ich jetzt aber gespannt!)

Dass die HHLA-Milliarde irgendwo cash auf dem Konto liegt, Herr Kerstan, ist wirklich ein Märchen. Mit dieser HHLA-Milliarde ist es kompliziert, die liegt irgendwo bei der HGV,

(Jens Kerstan GAL: Ja!)

die ist zum Teil schon ausgegeben. Aber dass die irgendwo auf der hohen Kante liegt und wir müssen sie nur nehmen, das ist wirklich Kinderkram.

(Jens Kerstan GAL: Wo ist sie denn?)

In Wahrheit ist es so, dass die HHLA-Milliarde voll in den Haushalt, in die Bilanz der HGV, eingegangen ist.

(Jens Kerstan GAL: Ja, da ist sie doch! Da gehört sie ja auch hin!)

Da muss man lange suchen um zu finden, wo sie da noch ist. Jetzt geht es aber eigentlich gar nicht darum, wo das verbucht ist, sondern es geht um ein Versprechen, das Sie gegeben haben. Das Versprechen lautete: Wir haben 3 Milliarden Investitionsbedarf im Hafen bis 2015 – das ist unstrittig gewesen. Zwei Drittel davon waren bisher finanziert über HPA und den Haushalt. Das letzte Drittel, die letzte Milliarde – das war Ihr Versprechen an die Hafenwirtschaft – wird finanziert mit den Erlösen aus dem HHLA-Verkauf. An dieses Versprechen erinnern wir Sie. Wenn Sie das nämlich jetzt ändern, reißen Sie wiederum ein Investitionsloch in die Hafenwirtschaft. Sie können ja sagen und erklären, warum das nötig ist, aber Sie brechen ein Versprechen und daran erinnern wir Sie. Das wäre uns wichtig, dass wir – auch für die Hafenwirtschaft – einmal klären, was aus diesem Investitionsloch wird, wenn Sie die HHLA-Milliarde komplett ab so-

fort in Ihren Doppelhaushalt einbringen, indem Sie alle anderen Hafeninvestitionen, die schon eingeplant waren, durch diese Mittel ersetzen. Das ist nicht fair, das ist ein Versprechen, das Sie brechen. Und das können Sie so mit der Hafenwirtschaft und den Beschäftigten nicht tun.

(Beifall bei der SPD und bei Elisabeth Baum DIE LINKE)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Da der Senatsantrag bereits im Vorwege an die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurde, bedarf es keiner weiteren Abstimmung.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 49, das ist die Drucksache 19/1476 in der Neufassung, Antrag der Fraktionen der CDU und GAL: Elfes Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg.

**[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:
11. Gesetz zur Änderung der Verfassung der
Freien und Hansestadt Hamburg
– Drs 19/1476 Neufassung –]**

Das Wort wird gewünscht, der Abgeordnete Farid Müller hat es.

Farid Müller GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich heute in der Zeitung geblättert habe, stieß ich auf die Rubrik: Vor 50 Jahren im Abendblatt. Dort werden die aus heutiger Sicht wichtigsten Meldungen der damaligen Zeit beschrieben. Ich habe mich gefragt, was wohl in 50 Jahren vom heutigen Tag bleiben wird. Mit Sicherheit wird man sich auch noch an diesen Beschluss, den wir heute hier fassen wollen, erinnern. Mit dem heutigen Tag geht ein über zehn Jahre dauernder Streit zu Ende. Der heutige Tag versöhnt zwei bis vor Kurzem noch völlig unterschiedliche und widersprüchliche Auffassungen. Mit dem heutigen Tag geben wir dem Volk mehr Mitsprache und setzen unserer eigenen Macht als Abgeordneter Grenzen. Deshalb kann man schon sagen, dass dieser Tag für Hamburg ein historischer Tag ist. Es ist ein guter Tag für die Demokratie und es ist ein sehr guter Tag dafür, dass die Menschen in dieser Stadt ermutigt werden, wieder mehr mitzumachen am Gemeinwesen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Das ist trotz Finanzkrise und heutigem schlechten Wetter wirklich ein Grund zur Freude. Wir haben das nicht allzu oft in diesem Haus. Möglich gemacht hat das das Bündnis aus CDU und GAL, weil nur wir in der Lage waren, für die heutige Verfassungsänderung den Weg freizumachen. Keine andere Koalition hätte geschafft, was uns gelungen ist. Weder Rot-Grün noch Rot-Rot-Grün hätte

(Farid Müller)

die Zwei-Drittel-Mehrheit gehabt. Rot-Schwarz hätte der politische Wille gefehlt. Mit der SPD und der LINKEN haben wir im Bündnis für Volksentscheide jahrelang zusammengearbeitet. Sie tragen den Antrag der Volksinitiative mit und ich möchte mich dafür heute sehr herzlich bei Ihnen bedanken.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Nun fragt man sich: Was ist denn nun an dieser Konstellation – an Schwarz-Grün – dran, dass sie ausgerechnet bei diesem Punkt den Knoten durchgeschnitten bekommen hat? Es ist diese Koalition, die mit sehr viel unterschiedlichen Blickwinkeln zusammengegangen ist und es möglich gemacht hat, eben diesen Kompromiss aus diesen beiden unterschiedlichen Lagern hinzubekommen. Und ich sage Ihnen auch: Gerade in diesem Fall haben wir erhebliche Handlungsfähigkeit bewiesen. Für die Aushandlung eines Kompromisses in einer so komplizierten Materie wie es die Volksgesetzgebung ist, haben wir es nach einem Jahrzehnt in acht Monaten hinbekommen, einen Vorschlag ins Haus einzubringen, der konsensfähig für eine Verfassungsänderung ist. Das ist nicht alle Tage geschehen in dieser Bürgerschaft. Es ist auch gut, dass wir uns alle in der Frage der Verbindlichkeit von Volksentscheiden auf die heutige Lösung geeinigt haben. Das befriedet den Streit, der wirklich einen Riss durch die Stadt hat gehen lassen und vielen auch die Lust am Mitmachen genommen hat.

Es war aber auch ein juristischer Konflikt. Das Lager derer, die das Repräsentationsprinzip höher bewertet haben, also das Alleinbestimmungsrecht des Parlaments, ist dadurch ebenso gefestigt wie das Lager der sogenannten Direktdemokraten. Jetzt können die Lager verlassen werden. Wir haben mit diesem Vorschlag diese politische Auseinandersetzung beendet.

(Beifall bei der GAL und bei Robert Heinemann CDU und Wolfgang Rose SPD)

Zukünftig wird das Wahlvolk, also die Menschen, die das Parlament tatsächlich wählen, die uns wählen, der Maßstab dafür sein, ob ein Volksentscheid erfolgreich ist oder ob er durchfällt. Dieses Parlamentsquorum sichert die Legitimität des Volksentscheids ohne die Hürden zu erhöhen. Ganz im Gegenteil. Hätten wir eine Verfassungsänderung bei der Bürgerschaftswahl im Februar gehabt, wäre diese mit diesem neuen Parlamentsquorum schon bei 40 Prozent der Wahlberechtigten möglich gewesen. Das ist eine deutliche Senkung der bisherigen 50 Prozent, die bisher in der Verfassung stehen und lassen es realistisch erscheinen, eine Verfassungsänderung auch durch das Volk in dieser Stadt möglich zu machen. Das ist ein großer Fortschritt. Es gibt außerdem die Kopplung mit dem Parlamentsvotum, die einzigartig

ist in der Republik. Solch eine Lösung gibt es in keinem anderen Bundesland.

Das wesentliche Element ist aber ganz sicher, dass in dieser Stadt Volksentscheide nicht mehr angetastet werden dürfen, es sei denn, dass es politisch geboten ist. Das Parlament behält die Möglichkeit, Volksentscheide zu ändern. Das Volk erhält aber die Möglichkeit, in diesem Fall darüber abzustimmen, was das Parlament geändert hat. Mit dieser Lösung wird nicht nur dem grundgesetzlichen Rahmen, der die starke Stellung des Parlaments betont, Rechnung getragen, sondern auch dafür gesorgt, dass das Volk in Hamburg das letzte Wort hat. Es spricht für die politische Klugheit der Volksinitiatoren, dass sie solch eine Regelung geschaffen haben und es möglich ist, Volksentscheide durch dieses Parlament zu ändern, wenn es dafür überzeugende Gründe gibt, und zwar die Mehrheit des Volkes überzeugende Gründe. Ansonsten aber gilt: Was das Volk beschließt, müssen die da oben respektieren. Das ist neu und das ist auch das, was uns heute verbindet.

(Beifall bei der GAL und bei Wolfgang Rose SPD)

Weitere wichtige Neuerungen sind sicher, dass die Volksentscheide zukünftig in der Regel an Wahltagen zur Bürgerschaft und zum Bundestag stattfinden werden. Es wird auch klargestellt, dass finanzwirksame Volksentscheide zulässig sind. Für uns Grüne ist auch ganz wichtig, dass in dem Verfahren, das bis zu zwei Jahre dauern kann, bis es zum Volksentscheid kommt, das Volk in jeder Stufe im Parlament beteiligt wird. Wir hören demnächst die Initiatoren mit ihrem Anliegen in den Ausschüssen. Wir diskutieren mit ihnen darüber, was sinnvoll und was nicht sinnvoll ist, was es kostet oder nicht kostet. Das ist eine neue Qualität in Zusammenarbeit zwischen zwei Gesetzgebern in dieser Stadt, nicht mehr nur gegeneinander, sondern man spricht auch miteinander über diese politischen Fragen. Das ist ein Fortschritt und darüber bin ich froh.

Ich hatte gesagt, dass das Bündnis von GAL und CDU die Ursache dafür war, dass wir heute eine Zweidrittelmehrheit hinbekommen. Ich will aber auch sagen, dass es überhaupt dazu kommt, dass wir eine Verfassungsänderung im Parlament besprechen, ist das Verdienst der Volksinitiatoren. Erlauben Sie mir, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, dafür insbesondere vier Menschen – heute leider in Abwesenheit – ganz besonders herzlich zu danken, ohne die dieser Erfolg wohl nicht möglich gewesen wäre. Viele von Ihnen werden sie kennen: Angelika Gardiner, Manfred Brandt, Frank Teichmüller und Jürgen Mackensen. Das sind diejenigen, die diese Initiative sehr getragen haben und auch im Trägerkreis in der Stadt dafür gesorgt haben, dass dieses Thema eine brei-

(Farid Müller)

te Öffentlichkeit bekommt. Dafür möchte ich ganz herzlich an dieser Stelle danken.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dieser Tag bringt den Durchbruch für die direkte Demokratie, für mehr Demokratie in Hamburg und es erfüllt uns Grüne mit Stolz, dass wir heute mit Ihnen zusammen daran mitwirken können, dass das Verfassungsrecht wird. Lassen Sie uns immer daran denken, wenn wir wieder zur Tagesordnung übergehen und uns in der Sache streiten, dass dieses Haus dazu in der Lage war, einen solch langen Streit einvernehmlich zu lösen. – Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Voet van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht sehe ich den heutigen Tag in seiner historischen Bedeutung nicht ganz so bedeutungsschwanger wie der Kollege Müller. Dennoch sollten wir eines klar betonen: Wir werden mit der heutigen ersten Lesung dieser Verfassungsänderung einen wesentlichen Beitrag zur Wiederherstellung eines Teils des politischen Friedens in dieser Stadt leisten. Ob man das historisch nennt, mag jeder selbst beurteilen, aber ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Seit gut zehn Jahren streiten wir in dieser Stadt

(Wilfried Buss SPD: Vor allem mit der CDU!)

– und ganz besonders gerne auch in diesem Saal – über die Bedeutung und Durchführung von Volksentscheiden. Dabei haben wir hier und vor allen Dingen draußen in der Stadt unzählige Diskussionen miteinander und gegeneinander geführt und haben uns häufig unsere sehr, sehr unterschiedlichen Meinungen deutlich gemacht. Alle Beteiligten – und da nehme ich ausdrücklich meine Fraktion und meine Partei nicht aus – haben ihre zum Teil sehr grundsätzlichen Ansichten gerne nahezu missionarisch dem anderen vorgetragen. Wir haben gestritten und zunehmend weniger miteinander geredet. Dadurch haben wir viel Zeit und auch politische Energie auf einen Verfahrensstreit verwandt. Vergessen haben wir manchmal, dass der Disput um und über das Verfahren kaum noch den Streit in der Sache zugelassen hat und das war falsch.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die Ihnen heute vorliegende Verfassungsänderung beendet hoffentlich diesen Streit. Sie ist ein Kompromiss, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Sie bedeutet nicht, dass die zum Teil sehr grundsätz-

lich anderen und sehr gegensätzlichen Positionen aller Teilnehmer der Gespräche der vergangenen Wochen aufgegeben worden sind. Mit Sicherheit ist "Mehr Demokratie" der Meinung, dass ihr eigener Entwurf, den Sie vorgelegt haben, die beste Lösung ist. Noch immer ist meine Fraktion der Auffassung, dass es einer solchen Verfassungsänderung nicht bedurft hätte. Die Leistung und die Veränderung war und ist die Bereitschaft, den Dialog miteinander zu führen, um die Spirale der endlosen Verfahrensdebatten endlich zu beenden. Dazu haben sich CDU und Grüne bereits im Koalitionsvertrag bekannt und Herr Müller hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir diesen Teil unserer Koalitionsvereinbarung, der wahrlich nicht leicht war, sowohl in der Aushandlung als auch in der Umsetzung, sehr schnell und zügig umgesetzt.

Die Verhandlungen der letzten Wochen und Monate waren zum Teil schwierig und manchmal – das gebe ich offen zu – auch nervraubend. Dass sie am Ende ein Ergebnis gebracht haben, mit dem alle Seiten zufrieden sind, ist der Bereitschaft auf allen Seiten zu danken, die hier wirklich Bewegung zeigen. Der eine oder andere wird heute mit Sicherheit in der Tradition der vergangenen Jahre versuchen, sich selbst oder seine Partei als vermeintlichen Gewinner dieser Debatte hinzustellen. Er hat dann wenig von dem Stil und dem Inhalt der Verhandlungen begriffen. Gewinner des heute vorgelegten Kompromisses ist die Stadt. Wir können uns jetzt wieder auf den Streit konzentrieren, der wirklich wichtig ist in der Sache, denn es geht um die Zukunft unserer Stadt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Lassen Sie mich auf zwei Aspekte eingehen, die mit dieser Verfassungsänderung systematisch neu eingeführt werden. Künftig werden wir kein starres Quorum haben, sondern ein Quorum, das an der Beteiligung der Bürger orientiert ist. Der Grundsatz, dass Volksentscheide an Wahltagen durchgeführt werden, ist für uns Christdemokraten wichtig. Er ermöglicht damit gleichzeitig die Einführung eines sogenannten Parlamentquorums. Entscheidende Größe wird künftig die Anzahl der Menschen sein, die am Wahltag ins Wahllokal gegangen sind. Auch derjenige, der bewusst am Volksentscheid nicht teilnimmt, weil er irrtümlich meint, seine Nichtteilnahme sei doch faktisch eine Nein-Stimme, wird jetzt berücksichtigt. Das führt dazu, dass sich die bisherigen starren Beteiligungsbestimmungen verändern werden. Wir werden erleben, dass Quoren sinken oder steigen, je nach Wahlbeteiligung. Die Möglichkeit, dass eine aktive Minderheit eine zugegebenermaßen leider schweigende Mehrheit majorisiert, wird dadurch deutlich erschwert.

Volksgesetzgebung heißt auch immer, mehr Wahrnehmung von Verantwortung durch das Volk. Wer gesetzgeberische Verantwortung wahrnehmen will,

(Kai Voet van Vormizeele)

muss wissen, welche Folgen sein Gesetz auslösen wird. Die in der Regel wichtigste Folge ist und bleibt nun einmal die Haushaltsfolge, das Geld. Wer vermeintliche Wohltaten beschließen will, muss wissen, welche Kosten dadurch entstehen. Nun wissen wir aus diversen Haushaltsdebatten – eine haben wir gerade über mehrere Stunden erlebt –, dass die Frage der Haushaltswirksamkeit häufig aus den verschiedenen Perspektiven dieses Hauses sehr unterschiedlich beurteilt wird. Mit der expliziten Übernahme des Artikels 71 Absatz 2 schaffen wir die Möglichkeit, dass der Rechnungshof als unabhängige Instanz eine Beurteilung über die künftigen finanziellen Auswirkungen eines Volksentscheides abgeben kann. Er muss dies nicht, genauso wenig wie er es muss, wenn wir es als Parlament verlangen. Das ist wichtig, denn bei einer Volksgesetzgebung muss der Grundsatz gelten, wer bestellt, der bezahlt.

Meine sehr verehrten Kollegen, ich möchte zum Schluss nicht versäumen, mich noch bei einigen Beteiligten dieses schwierigen Prozesses zu bedanken. Einige sind bereits von Herrn Müller erwähnt worden, deshalb brauche ich es nicht zu wiederholen. Es war am Anfang nicht einfach, eine vertrauensvolle Gesprächsgrundlage zu schaffen. Ich glaube, dass es uns am Ende gelungen ist, die Verhandlungspartner nicht nur als Gegner zu sehen, sondern auch als Andersdenkende zu respektieren. An einem solchen komplexen und juristisch ausgesprochen schwierigen Gebilde haben sehr viele Menschen mitgearbeitet. Wir haben in den letzten Wochen die Bereitschaft manches Fachmannes und mancher Fachfrau, uns mit Rat zur Seite zu stehen, sehr strapaziert. Dennoch haben dies alle bereitwillig getan. Wenn auch die politische Verantwortung bei den Fraktionen, bei dem Kollegen Müller und mir als Verhandlungsführer der Koalition liegt, so wäre dieser Entwurf nicht ohne die Mitarbeit unserer wissenschaftlichen Referenten möglich gewesen. So gebührt, was in diesem Hause eher unüblich ist, den Mitarbeitern Hausen und Ebel ein ganz besonderer Dank,

(Beifall bei der CDU und der GAL)

denn sie haben teilweise unter Verletzung sämtlicher Arbeitsschutzvorschriften an Wochenenden, in späten Abend- und Nachtstunden diesen Entwurf erst ermöglicht. Der Entwurf ist kompliziert und komplex und darin stecken viele Stunden Arbeit. Mit dieser Vorlage schaffen wir hoffentlich heute die Grundlage für künftig konstruktive Diskussionen. Wir sind mit der Arbeit bei Weitem nicht fertig. Wenn das Haus diesem Vorschlag heute in erster und in drei Wochen in zweiter Lesung folgen wird, werden wir in den nächsten Wochen gemeinsam mit "Mehr Demokratie" die notwendigen einfach gesetzlichen Veränderungen am Volksabstimmungsgesetz vornehmen. Aber auch das – davon bin ich fest überzeugt – werden wir gemeinsam hinbekommen. Dieses Gesetz beendet den Streit

um das Verfahren und es eröffnet den Disput in der Sache. Den werden wir jetzt hoffentlich alle mit Engagement und Leidenschaft führen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Ernst.

Britta Ernst SPD: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich zur Sache etwas sage, möchte ich zu Beginn den Kollegen Andreas Dressel entschuldigen, der gerne an der Debatte teilgenommen hätte, aber der heute familiär gebunden ist. Er wird die Zeit jetzt im Kreißsaal und nicht im Plenarsaal verbringen. Ich glaube, das ist auch ein guter Ort und wir wünschen alles Gute.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir befinden uns in der Tat nicht in einer Stunde Null der Debatte über die Volksgesetzgebung, sondern wir befassen uns seit über zehn Jahren mit diesem Thema und haben kontrovers, aber manchmal auch einvernehmlich diskutiert. Dennoch gehört zu einem Rückblick, auch die Politik der CDU der letzten Jahre ein wenig in den Blick zu nehmen.

Herr Voet van Vormizeele, Sie haben von Frieden gesprochen, der in dieser Frage über uns kommen soll. Ich denke, dieser Friede war notwendig, weil Sie in den letzten Jahren wirklich nichts unversucht gelassen haben, Unfrieden zu schaffen zwischen dem, was Bürgerinnen und Bürger durch Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide artikulieren und dem, was der Senat will. Mehrere Jahre Unfriede sind die Vorgeschichte dessen, was wir heute diskutieren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es verwundert ein wenig, weil wir vor zehn Jahren doch eine gewisse Einigkeit darüber hatten, dass Wählerinnen und Wähler nicht nur alle vier Jahre einer Partei ihre Stimme geben wollen, sondern dass sie zu Sachentscheidungen gefragt werden wollen und dass sie das auch tun, weil sie in bestimmten Fragen andere Auffassungen haben als ihre jeweilige Lieblingspartei.

Die letzten Jahre sind eine Geschichte der Missachtung von Volksgesetzgebung. Der größte Sündenfall war der Verkauf des Landesbetriebes Krankenhäuser, ein Punkt, der viele in dieser Stadt immer noch schmerzt. Sie haben damals den entschiedenen Willen von 75 Prozent der Bürgerinnen und Bürger ignoriert. Sie haben sich, ohne mit der Wimper zu zucken, darüber hinweggesetzt.

Im Jahr 2005 sind Sie dann nicht mit dem Skalpell, sondern mit der Axt an die Grundlagen der Volksgesetzgebung gegangen und haben dieses Gesetz an entscheidenden Stellschrauben so verändert,

(Britta Ernst)

dass Volksgesetzgebung immer schwieriger wurde. So sollte man keine Unterschriften mehr auf der Straße sammeln, es wurde eine sogenannte Amtseintragung eingeführt und es durften Volksentscheide nicht mehr an Wahltagen stattfinden. Auch das ist eine entscheidende Verschlechterung, die die CDU zu verantworten hatte.

All das hatte nur ein Ziel, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger einzuschränken. Das ist auch an dieser Stelle von Ihnen, von Herrn Jäger mit abenteuerlichen Argumenten jeweils verteidigt worden. Sie sind sogar soweit gegangen, dass Sie Vorschläge gemacht haben, die vom Hamburgischen Verfassungsgericht als Bruch der Verfassung bewertet worden sind.

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist doch Schnee von gestern! Erzählen Sie doch mal was Neues!)

Sie haben das vom Volk beschlossene Wahlrecht so verändert, dass der Einfluss der Bürgerinnen und Bürger sehr massiv beschnitten wurde.

Ich will auch noch an eines erinnern: Sie haben mit sehr reißerischen, hetzerischen Kampagnen in die Debatte eingegriffen. Ich will noch mal eine hochhalten: "Nirgendwo ist Volksgesetzgebung so einfach, das reicht einigen einflussreichen Drahtziehern aber nicht." Wir haben uns damals sehr an der Sprache gestört. Wir sind froh, dass Sie über Ihren Schatten gesprungen sind und mit sogenannten Drahtziehern in den letzten Wochen verhandelt haben. Das war, glaube ich, doch ein guter Schritt.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweiter Punkt hat mir beim Suchen im CDU-Material auch sehr gefallen. Hier steht: Die Initiative will auch, dass kleine Gruppen Gesetze ändern können mit Folgen. Nur 17,5 Prozent der Wähler könnten die Gymnasien abschaffen. Ich glaube, wenn man die aktuelle Debatte verfolgt, fürchten sich die Gymnasien nicht so sehr vor Volksentscheiden, sondern sie fürchten sich vor der CDU, die hier einen massiven Wortbruch begangen hat.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Dies ist eine große Kette von Missachtung, die Sie in den letzten Jahren vorgelegt haben. Das war umso unverständlicher, weil es doch einen breiten Konsens darüber gab, dass es, um Politikverdrossenheit entgegenzuwirken, Veränderungen braucht. Ich bin deshalb wirklich sehr froh und dankbar, dass die Initiative "Mehr Demokratie" nicht nachgegeben hat, sondern immer wieder Anläufe gemacht hat, um zu einer Volksgesetzgebung zu kommen, die angemessen ist und auch den demokratischen Vorstellungen der Mehrheit dieser Stadt längst entspricht. Ich denke, es gehört auch zur gelebten Demokratie, mehrere Anläufe zu nehmen, auch wenn das im Einzelnen manchmal

nervig ist. Wir erinnern uns in diesen Tagen daran, dass wir 90 Jahre Frauenwahlrecht haben. Wenn die Frauen, die da zuerst losmarschiert sind, gleich beim ersten Rückschlag aufgegeben hätten, würden wir hier jetzt auch nicht stehen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Deshalb gibt es zwei Gründe, warum wir heute da sind, wo wir sind, einmal die Geschichte der Missachtung der Volksgesetzgebung. Ohne die wäre diese massive Gegenbewegung gar nicht auf den Weg gebracht worden. Ich denke, Ihre Politik hat entscheidend dazu beigetragen, dass die CDU bei der letzten Bürgerschaftswahl die absolute Mehrheit verloren hat. Damit wurde die Grundlage gelegt, in diesem Haus zu einer neuen Mehrheit zu kommen.

Nun haben Sie sich entschieden, einen Antrag vorzulegen, bei dem im Kopf nur CDU und Grüne stehen. Ich weiß nicht, ob das ein bisschen etwas mit Vergangenheitsbewältigung bei der CDU zu tun hat. Ich möchte, statt das selber zu kommentieren, etwas vorlesen, was vom Urgestein von "Mehr Demokratie" verfasst wurde, von Herrn Manfred Brandt. Er schreibt zu Ihrem Vorgehen:

"Ich habe wenig Verständnis für die Haltung der Koalition. Die Verfassungsänderung ist kein alleiniger Vorschlag der Koalition. Der Text ist wesentlich mit der GAL und der SPD erarbeitet worden. Er ist in vielen Teilen der SPD zumindest in für mich anstrengenden Sitzungen abgerungen worden. Die SPD ist dabei von ihren ursprünglichen Positionen, die sie immer hart vertreten hat, sehr stark auf unsere Position eingegangen. Ich finde es gut, dass auch die CDU mit der Einschränkung bei den Quoren diesen Weg gegangen ist. Unser Appell: Liebe Koalition, lasst uns dieses nun gemeinsame Projekt auch nach außen als gemeinsam darstellen. Die Sache gebietet es, für die Vertrauensbildung wäre es gut."

Soweit die Kommentierung aus der Initiative für das von Ihnen gewählte Verfahren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vertrauensverlust ist auch das weitere Stichwort, zu dem ich etwas sagen will. Der Schaden, den Sie angerichtet haben, ist nicht durch die Abstimmung, die wir machen werden und die zweite Lesung im Dezember beseitigt worden. Jeder, der mit Bürgerinnen und Bürgern in den vergangenen Monaten gesprochen hat, weiß, dass Volksentscheide massiv von Bürgerinnen und Bürgern infrage gestellt werden, weil sie nicht mehr an ihre Wirkung glauben. Das begegnet einen in Altona bei der Frage des Bismarckbades, das begegnet einen in Wohldorf-Ohlstedt zur Frage der Bebauung und das begegnet einen bei der Frage des Landesbetriebs Krankenhäuser. Sie haben durch Ihr Verhal-

(Britta Ernst)

ten einen Vertrauensverlust herbeigeführt, den wir heute nicht durch eine Abstimmung beseitigen. Das muss allen klar sein. Wir alle kämpfen mit wachsender Politikverdrossenheit. Die CDU in Hamburg hat diesen Prozess jedoch beschleunigt, statt ihm etwas entgegenzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen jetzt einen Beschluss, um die Verfassung zu ändern, um die Grundlagen zu schaffen. Dann brauchen wir aber auch gelebte direkte Demokratie in Hamburg, um das Vertrauen in dieses Instrument wieder zu stärken, damit Bürgerinnen und Bürger wissen, dass sie es haben. Was wir vor allen Dingen brauchen, ist, dass wir versprechen, nie wieder Hand an diese Volksgesetzgebung legen zu wollen, sondern dass das für uns Bestand haben wird, was heute beschlossen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer hätte das gedacht, auch Ole sagt Ja zum Volksentscheid.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Noch vor gut einem Jahr hat dieses Plakat der LINKEN für einige Aufregung bei der CDU gesorgt und heute erleben wir, vielleicht nicht gerade eine 180 Grad-Kehrtwende, aber immerhin eine Kehrtwende von ungefähr 150/160 Grad. Ich gebe zu, als im Oktober 2007 der Volksentscheid, der die Verbindlichkeit von Volksentscheiden in die Verfassung schreiben sollte, trotz einer Zustimmung von fast 76 Prozent scheiterte, weil mit einer Beteiligung von knapp einer halben Million Bürgerinnen und Bürger an einem wahlfreien Sonntag die unmäßig hohe Hürde verfehlt wurde, hatten auch wir nicht geglaubt, dass das Ziel in letztlich so kurzer Zeit doch noch erreicht werden würde. Doch wir haben es schwarz auf weiß: Ole sagt Ja zum Volksentscheid, die CDU sagt Ja zum Volksentscheid.

Das vorliegende Gesetz zur Änderung der Verfassung ist – wir erkennen das an – für die CDU ein großer Schritt. Leider hat sich an einem Punkt dann doch noch der Kleingeist durchgesetzt. Die CDU konnte sich trotz des ausdrücklichen und einhelligen Votums des Trägerkreises nicht dazu durchringen, das Gesetz, das alle hier im Rathaus vertretene Parteien gemeinsam mit der Initiative erarbeitet haben, auch gemeinsam einzubringen. Schade. Selbstverständlich lassen wir uns von solchem Kleingeist nicht anstecken, sondern stimmen dem Gesetz zu.

Es ist bereits gesagt worden, dass das Gesetz ein Kompromiss ist. Nicht alle Forderungen der Initiative sind umgesetzt. Die Hürden für die Verbindlichkeit von Volksentscheiden sind höher als im Gesetzentwurf der Initiative und vor allem ist das Verfahren der Feststellung des Quorums an Wahltagen ziemlich kompliziert. Doch trotz aller Abstriche wollen wir nicht einzelne Kritikpunkte in den Vordergrund stellen, sondern sagen – auch eingedenk der jahrelangen politischen Auseinandersetzung in dieser Stadt, die nun zum Ende kommt –, dass das Ergebnis tragfähig ist, die Hauptziele werden erreicht. Bisherige Regelungen, die sich in der Praxis oft eher als Verhinderungsbestimmungen erwiesen haben, fallen. Volksentscheide werden, da sie grundsätzlich an Wahltagen stattfinden sollen, erheblich erleichtert. Vor allem können Bürgerschaftsmehrheiten und Senat die Ergebnisse von Volksentscheiden nicht mehr so missachten, wie sie von CDU-Mehrheit und CDU-Senat in der Vergangenheit missachtet wurden, wenn ich, wie Frau Ernst, an dieser Stelle an die Privatisierung des LBK erinnern darf, die gegen den in einem Volksentscheid erklärten Willen der Hamburgerinnen und Hamburger erfolgte mit desaströsen Folgen auch und gerade für die Demokratie.

Wer in den vergangenen Jahren in Sachen Volksgesetzgebung auf den Straßen und Plätzen unterwegs war, wer mit den Menschen gesprochen hat und ihnen vor allem auch zugehört hat, der ist oft mit Resignation, Misstrauen gegenüber den Parteien und dem Parlament und mit dem Satz konfrontiert worden, die da oben machen doch, was sie wollen, was war denn zum Beispiel mit dem LBK?

Die Missachtung von Volksentscheiden ist nach unserer Auffassung einer der Gründe zunehmender Parteien- und Parlamentsverdrossenheit, der sich in sinkender Wahlbeteiligung niederschlägt und gefährlich zu einer Delegitimierung parlamentarischer Demokratie beiträgt.

Die von konservativer Seite oft vorgebrachte These, mehr Demokratie, das heißt die unmittelbare Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger, also des Souveräns, durch Volksentscheide würden das parlamentarische Rückgrat der Republik brechen, ist falsch. Sie verkehrt sich ins Gegenteil.

"Öffentlichkeit ist ..."

– um einmal Günter Wallraff zu zitieren –

"... der Sauerstoff der Demokratie.

(Beifall bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Je mehr Öffentlichkeit hergestellt wird, desto mehr Sauerstoff wird in die Demokratie eingepumpt."

Alle Erfahrungen zeigen, dass bei direkter demokratischer Willensbildung mehr Themen, mehr Beiträge, mehr Meinungen und mehr Interessen Öffentlichkeit finden als bei rein repräsentativ demo-

(Christiane Schneider)

kratischen Verfahren. Sie zeigen, dass bei Volksgesetzgebungsverfahren öffentliche Diskussionen eine hohe Intensität erreichen, dass die Diskussions- und Informationsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger enorm zunimmt und – ganz wichtig – ihre politische, ihre staatsbürgerliche Kompetenz gestärkt wird.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU: Niemand will eine Mauer bauen!)

– Ihre Zwischenrufe werden immer dümmlicher, finde ich.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber natürlich nur dann, wenn die Ergebnisse des öffentlichen Meinungs- und Willensbildungsprozesses nicht ohne Weiteres in die Tonne getreten werden können, sondern ein hohes Maß an Verbindlichkeit erlangen. Das sichert das vorliegende Gesetz zur Änderung der Hamburgischen Verfassung. Deshalb tragen wir es vollverantwortlich mit, nicht, weil es das parlamentarische System schwächt, sondern weil es dieses qualifiziert und durch verbindliche Formen direkter Demokratie ergänzt. Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass der größte Dank den Aktivistinnen und Aktivisten gilt,

(Zurufe von der CDU: He, he!)

die jahrelang für Volksentscheide und für die Verbindlichkeit von Volksentscheiden gekämpft haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Das Präsidium hat sich davon überzeugt, dass mehr als 91 Abgeordnete in diesem Raume zugegen sind, denn das ist nach Artikel 51 der Verfassung erforderlich. Zur Änderung bedarf es des Weiteren zweier übereinstimmender Beschlüsse der Bürgerschaft, zwischen denen ein Zeitraum von mindestens 13 Tagen liegen muss.

Wer nun den gemeinsamen Antrag der CDU- und der GAL-Fraktion annehmen und das 11. Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg aus der Drucksache 19/1476 in der Neufassung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, dass für das Gesetz mehr als zwei Drittel der anwesenden Mitglieder gestimmt haben. Es ist damit in erster Lesung angenommen worden. Die zweite Lesung wird für die nächste Sitzung am 10. und 11. Dezember vorgesehen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 7 auf, Drucksache 19/1025, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Gender Budgeting im Haushalt 2009/2010.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

– Ja, meine Damen und Herren, ich weise darauf hin, dass die Amtssprache Deutsch ist.

**[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:
Gender Budgeting im Haushalt 2009/2010
– Drs 19/1025 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Die Abgeordnete Artus hat es.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Wir können von der Dritten Welt lernen. Ursprünglich kommt Gender Budgeting aus der Entwicklungshilfe, wo es mittlerweile als Standardmethode zur Bekämpfung von Frauen- und Kinderarmut gilt. Gestatten Sie mir, dass ich einen kleinen Hintergrund zum Thema gebe, denn einige befassen sich womöglich zum ersten Mal mit Gender Budgeting.

Haben wir mit dem Haushalt 2009/2010 einen geschlechtsbewussten Haushalt? Bislang habe ich keine Kriterien entdecken können, die mir verdeutlichen, ob die öffentlichen Mittel nach Gender-Budgeting-Kriterien verteilt wurden. Der Senat wurde von der Bürgerschaft in der letzten Wahlperiode aufgefordert, zum Haushalt 2009/2010 über den Sachstand zu berichten, inwiefern zur geschlechtergerechten Darstellung bei der Verwendung der finanziellen Mittel Kennzahlen im Sinne des Gender Budgetings entwickelt werden können und hierbei die Erkenntnisse der Machbarkeitsstudie des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend einfließen zu lassen.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Es ist der GAL und insbesondere der von mir geschätzten Frau Dr. Verena Lappe zu verdanken, dass Gender Budgeting in Hamburg vorangetrieben wurde.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

– Sie können ruhig applaudieren.

Zwar bejubelten auch CDU-Vertreter damals die Tatsache, dass sich Hamburg nach Berlin nunmehr als zweites Bundesland mit dem Thema befasst, aber in Köln, Mannheim und München sind die Kommunen ebenfalls dabei, ihre Ressourcen nach geschlechtergerechten Kriterien durchzuecken. Australien gendert seine Budgets bereits seit Mitte der Achtzigerjahre.

1995 vereinbarten 189 Staaten, darunter Deutschland, auf der Weltfrauenkonferenz in Peking Gender-Budgeting-Konzepte für ihre Haushalte. 13 Jahre ist das her, eine ganze Generation, und es

(Kersten Artus)

wurde seitdem von verschiedenen Senaten Hamburgs nicht viel unternommen, um diesen Beschluss umzusetzen. Man kann es auch so sagen: Es wurde ganz schön geschludert mit dem Thema. Ich sage es noch einmal anders: Die Männer haben ihre Ressourcenmacht erfolgreich verteidigt.

Nun treten 2015 verbindliche EU-Richtlinien für Gender Budgeting in Kraft. Spätestens bis dahin müssen sich die Männer daran gewöhnen, dass sie nicht mehr das größere Kuchenstück bekommen, sondern dass sie abgeben müssen und es geht noch nicht einmal um Gleichmacherei. Es kann sogar zu einer positiven Diskriminierung kommen, um eine besondere Benachteiligung auszugleichen.

Nun möchte ich an dieser Stelle aber einfügen, dass ich Gender Budgeting lediglich für eine Chance zu mehr Gerechtigkeit halte, nicht aber für ein Zauberinstrument. Gender Budgeting ist aus meiner Sicht kein Allheilmittel für die Gleichberechtigung der Frauen, denn die Frauendiskriminierung ist immer verschränkt mit der sozialen Frage. Die Töchter der über 400 Hamburger Millionäre stellen sich andere Gleichstellungsfragen als die Tausenden von Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger und Niedriglohnjobberinnen. So wie die Einnahmen und Ausgaben eines Haushalts immer von der jeweiligen Regierung abhängig sind, ist Gender Budgeting auch kein sozialpolitisch neutrales Instrument. Nur weil ein Genderstempel draufsteht, muss eine Maßnahme noch lange keine frauenfreundliche und geschlechtergerechte sein; auch Hartz-IV gilt als gendergeprüft. Wäre die Agenda 2010 aber wirklich nach umfassenden Gender-Budgeting-Kriterien durchgecheckt worden, hätte sich ergeben, dass die Abhängigkeiten von Frauen durch die Bedarfsgemeinschaften ganz klar erhöht wurden. Es gilt also auch immer ein Augenmerk auf die soziale Frage zu werfen.

Gender Budgeting ist nicht nur bei Feministinnen beliebt, sondern auch bei Finanz- und Haushaltsexpertinnen und -experten. Die Machbarkeitsstudie Gender Budgeting auf Bundesebene, die vor 13 Monaten erschienen ist, ergibt, dass geschlechtersensible Haushalte effizienter sind als andere. Die Bundesregierung kam aber dennoch zu dem Schluss, dass die Vorschläge der Forscherinnen und Forscher zum Teil mit erheblichem bürokratischen Aufwand verbunden wären, ein nicht seltenes Totschlagargument, das ich neulich erst im Gesundheitsausschuss in anderem Zusammenhang hören musste.

Gender Budgeting bedeutet natürlich eine höhere Erhebung von Datenmaterial und damit einen höheren Aufwand der Verwaltung. Vor dem Hintergrund was mir, seitdem ich Abgeordnete bin, bekannt geworden ist an nicht vorhandener Information, zum Beispiel das Fehlen ausgewiesener Daten

über obdachlose Frauen, kann ich das nur befürworten.

Eine geschlechterdifferenzierte Datenerhebung ist für den geschlechtergerechten Einsatz öffentlicher Mittel unbedingt erforderlich. Das Geschrei nach zu viel Bürokratie ist nach meiner Einschätzung auch Ausdruck männlicher Sorge, abgeben zu müssen. Ergebe zum Beispiel die Genderprüfung des Kita-Gutscheinsystems, dass Frauen durch die zu häufigen Vier-Stunden-Gutscheine beruflich schlechtere Chancen haben, müsste ausgeglichen werden. Und ergibt sich, dass die zeitlich enge Begrenzung des Gutscheins dazu führt, dass Erzieherinnen überwiegend befristet eingestellt werden, muss der Senat über Veränderungen nachdenken und handeln.

Wie kann sich ein Haushalt an Gender Budgeting ausrichten? Zunächst müssen fachliche Informationen rechtzeitig so aufbereitet werden, dass sie bei der Vorbereitung und Entscheidung über den Haushalt als Steuerungsinformation zur Verfügung stehen. Dann muss die Erklärung zum Haushalt gleichstellungsorientiert gestaltet sein und ein angemessenes Gewicht und Aufmerksamkeit erhalten und die Abgeordneten müssen in die Lage versetzt werden, eine gleichstellungsorientierte Bewertung vorzunehmen.

Nun antwortet der Senat auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE am 30. September 2008, dass er die Bürgerschaft in diesem Spätherbst mit einer Drucksache zur Haushaltsmodernisierung befassen will. Ich würde gern wissen, warum diese Information nicht bereits bereitgestellt wurde. Bei den gewaltigen Papierbergen an Haushaltsplänen wäre es auf ein Häufchen mehr oder weniger wirklich nicht angekommen.

Ich erwarte daher auch heute eine Auskunft vom Senat, inwieweit die jetzigen Haushaltspläne schon nach Gender-Budgeting-Kriterien gestaltet wurden. So komme ich nach den bisherigen Erkenntnissen leider zu dem Schluss, dass dieser Haushalt weitgehend geschlechtsblind verfasst wurde. Das ist in Anbetracht der weltweiten Standards, der auch in Deutschland bereits vorhandenen Wissensstände und Umsetzungsstrategien bedauerlich, gar rückschrittlich. Die Verantwortung dafür trägt aus meiner Sicht zum einen der Präses der Finanzbehörde, sie ist aber auch dem Umstand geschuldet, dass die Gleichstellung von Frauen seit sieben Jahren nicht mehr als eigenes Politikfeld in Hamburg berücksichtigt wird.

Ich halte es für dringend geboten, eine Stelle beim Bürgermeister anzusiedeln, die sich mit der Ausarbeitung eines Konzepts für eine ernsthafte Ressourcenverteilung nach Gender-Budgeting-Kriterien befasst und noch diesen Haushalt danach durchforstet. Diese Stelle möge mit kompetenten Menschen besetzt werden, Professorinnen, Gewerkschafterinnen, Politikerinnen und Finanzex-

(Kersten Artus)

pertinnen. Grundsätzlich hätte ich natürlich kein Problem, wenn auch Männer dabei sind, aber höchstens halbe/halbe.

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Halbe Männer!)

– Nein, ganze Männer natürlich.

(Zuruf von der SPD: Da haben wir ja Glück!)

Sie sollen herausfinden, welche Einnahmen und Ausgaben möglicherweise korrigiert werden müssen, um die Ressourcen gerechter zu verteilen. Da es ein großes Interesse in der frauenpolitischen Hamburger Szene gibt, werden Sie keine Probleme haben, diesen Kreis schnell und unbürokratisch zusammenzustellen und vielleicht setzt sich Herr Freytag einfach dazu.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Koop.

Karen Koop CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Artus, Sie haben recht, Gender Budgeting ist auch ein international wichtiges Thema bei der Strategie Gender Mainstreaming im Allgemeinen. Der Auftrag dazu hat sich nicht nur aus der Betrachtung der Drittländer ergeben, sondern wenn wir in Artikel 3 unseres Grundgesetzes schauen, dann steht das dort bereits, wenn man es entsprechend interpretiert. Wir haben das Gleichstellungsgesetz, die Amsterdamer Verträge, die Charta der Grundrechte der EU und so weiter.

Wir haben eben gesehen, dass sich der Präsident mit dem Aussprechen etwas schwer getan hat und es scheint, dass der Begriff als sperrig angesehen wird. Aber mit dem Begriff Shareholder-Value gehen die Leute viel lockerer um, insofern kann man das dann auch so benennen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN, bei Bettina Machaczek CDU und Andreas Waladowsky GAL)

Mit dem Genderansatz im Haushalt wird natürlich nicht nur Frauenförderung betrieben, sondern es wird grundsätzlich eine ökonomische Gleichstellung verfolgt. Andererseits geht es darum, sichtbar zu machen, inwieweit staatliche Ausgaben Männern und Frauen zugute kommen und in welchem Ausmaß unser Steuerungssystem Männer und Frauen entweder bevorzugt oder benachteiligt. Darin liegt meiner Ansicht nach ein geschlechtsneutraler Ansatz und es ist eher eine Gleichstellungsmaßnahme denn eine reine Frauenfördermaßnahme.

Mittlerweile ist der Bedarf dafür durchaus geweckt und wird auch gesehen. Sie sehen das daran, dass wir das in der letzten Legislaturperiode bereits besprochen haben. Wir haben im Ausschuss

eine außerordentlich interessante Anhörung gehabt, in der uns die unterschiedlichsten Modelle vorgeführt wurden. Das hat dazu geführt, dass wir auch innerparteilich die Diskussion angestoßen haben und ich denke, dass auch da das Interesse geweckt worden ist. Aber – Sie haben es schon gesagt, das wurde auch bei der Anhörung deutlich – es ist ein erheblicher bürokratischer Aufwand damit verbunden, denn mit dem Einfügen von ein paar kleinen Zahlen, neuen Kriterien oder qualitativen Aufstellungen ist es nicht getan. Wir müssen auch Fragen beantworten wie: Wohin gehen die Ausgaben, welche Infrastrukturmaßnahmen werden von wem genutzt, welche Unterstützungsangebote kommen tatsächlich da an, wo sie ankommen sollen, wie wird eine Maßnahme bewertet, wie tragen lebenslang Männer und Frauen zur Verursachung von Verwerfungen oder auch extra Kosten bei, welche Lebensstile werden durch bestimmte Maßnahmen gefördert oder auch behindert. Das sind alles außerordentlich interessante Fragen und das muss durchaus untersucht werden. Man kann das nicht einfach von einer Stadt zur anderen oktroyieren, sondern das ist sehr hamburgspezifisch und das muss man dann auch berücksichtigen.

Sie haben die Machbarkeitsstudie des Bundes erwähnt und genau da steht drin, dass die Vorschläge zum Teil mit erheblichem bürokratischen Aufwand verbunden seien und eine sorgfältige Genderwirkungsanalyse voraussetzten. Wenn man die Studie einmal durcharbeitet – es sind immerhin 230 Seiten, die man zu bewältigen hat –, dann sieht man, was dort geleistet werden muss und was auch notwendig ist. Wir wollen nicht immer in allen Bereichen überhastet vorgehen, sondern hier mit ein bisschen Augenmaß vorgehen.

Hamburg ist mit seinen Reformen im Haushaltswesen auch schon vorangekommen. Wir haben die Implementierung und Überprüfung von Gleichstellungsmaßnahmen in fast allen Bereichen und es ist keine Ausnahme mehr, sondern die Regel. Aber nichtsdestotrotz hat der Senat von uns den Auftrag erhalten, sich mit Gender Budgeting zu beschäftigen, und wie aus der Anfrage hervorgeht, ist er auch willens zu berichten. Dass der Bericht noch nicht vorliegt, ist bedauerlich, aber im Augenblick ist vielleicht auch aufgrund der besonderen wirtschaftlichen Lage der Fokus eher auf die Beschaffung von knappen Ressourcen gerichtet als darauf, wie man sie geschlechtergerecht verteilt.

Wir bleiben aber am Ball und werden sicherlich nach Erhalt der Drucksache noch einmal nachfragen. Also ist das ganze Gebiet eine sogenannte Cura posterior, das heißt auf Hochdeutsch, eine Wiedervorlage bei Erstellung oder Bekanntgabe der Drucksache.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dobusch.

Gabi Dobusch SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich stelle als erstes fest, dass wir Damen, die wir uns zum ersten Mal mit Haushaltsdingen befassen, beeindruckt sind von diesen Papierwälzern. Ich habe auch als erstes in meine Rede aufgenommen, dass wir uns derzeit alle – ich hoffe alle, angesichts der leeren Bänke kommen einem manchmal Zweifel, ob das wirklich alle tun – durch die vorgelegten Entwürfe für den Haushaltsplan 2009/2010 arbeiten. Angesichts dieser kiloschweren Zahlenwerke müssen wir uns, zumindest musste ich das, auch immer wieder klarmachen, dass wir damit eines der vornehmsten Rechte dieses Parlaments ausüben, nämlich das Budgetrecht.

Nun ist es so, dass wir mit diesem Budgetrecht zumindest theoretisch ein hervorragendes Kontrollinstrument in Händen halten, mit dem wir überprüfen können, inwieweit der Einsatz des Geldes, das die Stadt hat, erstens den politischen Zielen dient, die die Bürgerinnen und Bürger uns aufgetragen haben, und zweitens ob und inwieweit der Auftrag unserer Hamburger Verfassung erfüllt wird. Mir geht es an dieser Stelle vor allem um einen Absatz dieser Verfassung, nämlich um Artikel 3 Absatz 2. Für den ganz und gar unwahrscheinlichen Fall, dass Ihnen dieser Absatz nicht präsent ist, dass Sie ihn im Moment nicht parat haben, lese ich Ihnen diesen Absatz vor:

"Sie [die Staatsgewalt] hat auch die Aufgabe, die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern."

Dies nur zur Erinnerung.

Meine beiden Vorrednerinnen haben ebenfalls schon festgestellt, dass der vorliegende Haushaltsplan-Entwurf uns keineswegs hinreichende Informationen darüber gibt, ob durch den Haushalt der Stadt dieses Ziel in irgendeiner Weise verfolgt wird oder nicht oder ob mit dem vorliegenden Entwurf gar gegenläufige Ziele verfolgt werden. Hier bräuchten wir ganz dringend ein anderes Haushaltswesen, und zwar ein geschlechterorientiertes. Neudeutsch heißt das schlicht – sogar der Präsident hat gelernt, es auszusprechen – Gender Budgeting. Es sollte uns nämlich in die Lage versetzen, anhand von Kennzahlen, Indikatoren und Wirkungsanalysen festzustellen, ob der Senat mit dem Geld der Steuerzahler und der Steuerzahlerinnen so umgeht, dass wir uns dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit zumindest langsam annähern.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich weiß, dass für einige von Ihnen, vielleicht sogar für viele, dieses Thema nicht neu ist. Wir haben schon gehört, dass der Senat aufgefordert worden

ist, Anfang des Jahres einen Bericht vorzulegen, denn wir haben eine ganz und gar ausgezeichnete Gelegenheit, jetzt etwas im positiven Sinne zu verändern. Schließlich bieten dazu das neue Haushaltswesen und das neue Steuerungsmodell eine hervorragende Gelegenheit; das wäre jetzt die Chance.

Wir warten auf den Bericht des Senats und was haben wir als Antwort auf die Anfrage der LINKEN erhalten, die diese dankenswerterweise gestellt hat. Der Senat bittet um Geduld und dämpft schon mal im Vorwege unsere Erwartungen. Wie lange werden wir uns eigentlich noch gedulden müssen, meine Damen und Herren? Das ist zurzeit ziemlich unbefriedigend. Viel Zeit bleibt uns nicht mehr, denn wenn wir jetzt keine weiteren Informationen bekommen, dann werden wir weitere zwei Jahre verlieren.

Es gibt inzwischen wirklich genug gute Beispiele; einige sind hier schon genannt worden. Ich kann die Liste noch beliebig ergänzen, auch aus dem Ausland. Es gibt gute Beispiele aus Basel, die haben hervorragende Erfahrungen damit gemacht. Österreich feiert gerade große Erfolge mit diesem System. Ich höre hier auf, wir haben schon genug von dieser Seite gehört. Es ist also machbar, es gibt Erkenntnisse und Hamburg sollte einfach handeln.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Allerdings frage ich mich angesichts der dürftigen Antwort des Senats, ob dieser schwarz-grüne Senat das Ziel überhaupt ernst nimmt. Er verweist in seiner Antwort darauf, dass es lediglich einen Prüfungsauftrag gebe. Daraus folgere ich, dass nicht besonders viel geplant ist und auch nicht mehr besonders viel kommen wird. Bisher sieht es jedenfalls so aus – auch ich konnte zu keinem anderen Schluss kommen –, dass dieser Haushalt einem gleichstellungspolitischen Blindflug gleicht.

(Beifall bei der SPD)

Mir ist es nicht gelungen, irgendwelche Differenzierungen zu finden, die es uns erlauben würden, Schlüsse in dieser Hinsicht zu ziehen. Zum Beispiel findet sich keine Differenzierung bei den Kennzahlen der Behörde für Wirtschaft und Arbeit zur Existenzgründung, die zum Teil gefördert werden sollen, obwohl Hamburg – ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag – bei Existenzgründungen von Frauen an der Spitze der Republik liegen soll. Aber wie wollen Sie das machen, wenn Sie das gar nicht verfolgen, keine Kennziffern haben und dergleichen?

Über das Produkt Gleichstellung der BSG haben wir gestern Abend im Sozial- und Gleichstellungsausschuss schon gesprochen. Da finden wir ganze zwei Produkte und nicht eine einzige Kennzahl. Besser kann man die Vernachlässigung dieses Politikfeldes durch die Senate seit 2001 gar nicht aus-

(Gabi Dobusch)

drücken. Im Wesentlichen vertröstet uns der Senat auf den Spätherbst. Zu diesem Zeitpunkt wird ein guter Teil der Haushaltsberatungen aber bereits abgeschlossen sein. Das ist einfach nicht state-of-the-art, so macht man das nicht.

Stimmen Sie deshalb einer Überweisung der Großen Anfrage an den Haushalts- und den Gleichstellungsausschuss zu. Dann kann dieser Senat die Informationen, die er uns schuldet, nachtragen und wir können gemeinsam die dann hoffentlich vorliegenden Kennzahlen diskutieren und auch bewerten. Das schulden wir einerseits dem gleichstellungspolitischen Auftrag unserer Verfassung, das schulden wir auch der Verpflichtung auf die Grundwerte der Europäischen Union und das schulden wir schlicht auch der ökonomischen Vernunft. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt gendergerecht Herr Waldowsky.

Andreas Waldowsky GAL:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Artus, Sie haben es selbst gesagt, Sie greifen mit Ihrer Großen Anfrage ein Thema auf, das die Bürgerschaft und den Haushaltsausschuss in der letzten Legislaturperiode auf Initiative der GAL schon mehrfach beschäftigt hat. Zu Recht hat sich die Idee des Gender Mainstreamings zu Beginn dieses Jahrzehnts als Gender Budgeting der Haushaltspolitik bemächtigt. Gleichstellungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe und deshalb ist Gender Budgeting ein wichtiges gleichstellungspolitisches Steuerungsinstrument.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Dies ist nun – auch die Vorredner haben schon darauf hingewiesen – keine Besonderheit deutscher Politik

(Carola Veit SPD: Es waren Rednerinnen!)

– Rednerinnen waren das –, sondern ist eingebettet in eine Genderdebatte, die weltweit und europaweit geführt wird.

Vor fast zehn Jahren, nämlich 1999, verpflichtete der Vertrag von Amsterdam die EU-Mitgliedsstaaten, Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe in allen relevanten Politikbereichen umzusetzen und auch der Europarat setzte sich mit den Anforderungen des Gender Budgeting auseinander. Schon sehr frühzeitig beschäftigte sich das Berliner Abgeordnetenhaus mit Gender Budgeting und es hat sich auf den Weg gemacht, es zum integralen Bestandteil der Haushaltspolitik zu machen. Besonders ist hervorzuheben, dass mit der Einrichtung der Arbeitsgruppe Gender Budgeting bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen im Rahmen einer durchdachten

Gender-Mainstreaming-Strategie wichtige Impulse zur Umsetzung gegeben werden.

Zu den Aufgaben dieses Arbeitskreises gehört es, institutionelle und konzeptionelle Grundlagen für die Erstellung eines geschlechtersensiblen Haushalts in der Berliner Verwaltung zu schaffen, damit auf dieser Grundlage die Auswirkungen von Maßnahmen auf die Lebensverhältnisse von Frauen und Männern analysiert werden und so die öffentlichen Gelder geschlechtergerecht verteilt werden können. Zudem bietet die Arbeitsgruppe regelmäßig Fortbildungen für die Mitarbeiter der Berliner Verwaltung an.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Waldowsky, ich will Ihnen nur helfen. Ich weiß, dass es spät ist, aber wenn ich die Zahl nennen würde, die hier noch an Redezeit zur Verfügung steht, würde es vermutlich Tumulte geben. Aber es wäre ganz nett, wenn diejenigen, die sich in den hinteren Reihen so angeregt unterhalten, dies vielleicht draußen fortführen, dann können wir weiterhin Herrn Waldowskys Beitrag zu Gender Budgeting lauschen.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

Andreas Waldowsky (fortfahrend): Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Auf Initiative der rot-grünen Bundesregierung gab das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im April 2005 eine Machbarkeitsstudie zum Gender Budgeting auf Bundesebene in Auftrag. Als diese Studie im Laufe des Jahres 2006, nach der letzten Bundestagswahl, fertiggestellt wurde, stießen die Ergebnisse bei der Großen Koalition leider nur auf wenig Interesse, dies aber ganz zu Unrecht, weil die Lektüre der Studie sehr erhellend ist und sie viele vernünftige und zielgerichtete Schlussfolgerungen präsentiert. Frau Koop hat darauf hingewiesen, dass sich der Haushaltsausschuss in einer Expertenanhörung unter anderem auch durch die Autoren dieser Studie schlau gemacht hat.

Dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg fehlte in der letzten Legislatur mitunter die Einsicht in die Notwendigkeit von Gender Budgeting. Aber schließlich konnte im Haushaltsausschuss Einvernehmen zwischen allen Parteien darüber hergestellt werden, dass sich der Senat im Zuge von Haushaltsaufstellungen mit einer geschlechtergerechten Darstellung bei der Verwendung der finanziellen Mittel auseinandersetzen muss und hierzu der Bürgerschaft Bericht erstatten möge.

Ein Blick in den Haushaltsplan-Entwurf für 2009/2010 zeigt sehr schnell, dass es dem Senat nicht gelungen ist, die erste dieser Forderungen umzusetzen.

(Andreas Waldowsky)

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Waldowsky, es tut mir wirklich Leid, dass ich Sie noch einmal unterbrechen muss. Aber der eben gegebene Hinweis für diese Gespräche gilt auch für die hinteren Reihen der CDU-Fraktion. Vielleicht könnten die Herren Trepoll und Erkalp sich zusammensetzen, dann bräuchten sie nicht so laut zu reden über die Sitze hinweg.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD und der LINKEN)

Andreas Waldowsky (fortfahrend): In wenigen Wochen wird vom Senat eine Drucksache zur Haushaltsmodernisierung vorgelegt werden und diese wird auch auf die Frage nach einer möglichen Implementierung von Gender Budgeting im Hamburger Haushalt Antwort geben. Der Senat hat sich – dies dürfen wir der ansonsten eher mageren Antwort des Senats entnehmen – mit der Studie des Bundesfamilienministeriums beschäftigt und wird an dessen Erkenntnissen so schlankweg nicht vorbeikommen.

Wenn die Senatsdrucksache nun in Kürze vorliegt, werden wir sie hier in aller Ruhe studieren und können uns dann auch gerne in der Bürgerschaft oder im zuständigen Haushaltsausschuss damit auseinandersetzen. Ich kann allerdings zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn darin erkennen, über die Große Anfrage der LINKEN nach der Debatte in der Bürgerschaft dies nochmals in den Fachausschüssen zu diskutieren. Wo soll dann noch ein Erkenntnisgewinn sein, solange nicht die Antwort des Senats vorliegt?

Deshalb lehnen wir eine Überweisung an den Ausschuss ab, nehmen aber das Thema Gender Budgeting auf baldige Wiedervorlage und freuen uns dann auf eine fruchtbare Diskussion mit allen Parteien. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Lassen Sie mich zwei Argumente nennen, warum ich es für nötig halte, darüber sehr wohl weiter zu diskutieren.

Erst einmal steht im derzeitigen Haushaltsplan-Entwurf dazu überhaupt nichts und wenn Sie, die Bürgerschaft der alten Wahlperiode, das ernst meinen, dann sollten Sie in diesem Haushalt damit anfangen und wenn es nur darum geht, wenigstens ein paar Akzente zu setzen. Also sollte das sehr wohl im Haushaltsausschuss diskutiert werden.

Lassen Sie mich noch einen weiteren positiven Effekt deutlich machen, auch in dem Sinne, welche Änderung der hamburgischen Verfassung wir gerade beschlossen haben. Ein weiterer Effekt von Gender Budgeting ist auch, dass es um mehr Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung geht. Ein Haushalt muss nach Gender-Budgeting-Kriterien nämlich verstanden werden. Es muss deutlich werden, wie viel Geld für welche Maßnahme mit welchem Ziel verwendet wird. Dies muss so anschaulich dargestellt werden, dass es jede und jeder versteht. Die derzeitigen Haushaltsunterlagen sind nur sehr bedingt geeignet, verstanden zu werden.

Die Umsetzung von Gender Budgeting führt auch dazu, dass das Politikersprech in Rede und Schrift über kurz oder lang hoffentlich aussterben wird. Gender Budgeting führt damit zu einer Demokratisierung von Verwaltungsprozessen und deswegen gehören auch alle sieben Hamburger Bezirke in die künftige Gender-Budgeting-Strategie des Senats eng eingebunden. Es muss von dort aus beginnen und man muss langsam anfangen. Wir haben viel vor uns; Frau Koop hat erwähnt, welchen Aufwand es bedeuten könnte. Wir sollten rechtzeitig anfangen und nicht über irgendwelche Wiedervorlagen reden.

Mir liegt ein Papier der Finanzbehörde vor, in dem es um die Unterrichtung der Mitglieder des Haushaltsausschusses über die Zielsetzung, den Sachstand und die geplanten Schritte der Haushaltsmodernisierung geht. Darin finde ich lediglich einen Hinweis für die Schaffung transparenter Entscheidungsgrundlagen für mehr Generationengerechtigkeit; das ist dann auch schon alles. Aber wo ist da bitte schön die gerechtere Ressourcenverteilung auf die Geschlechter?

Ich bitte Sie also, der Überweisung an den Haushaltsausschuss zuzustimmen und nicht nur eine Wiedervorlage zu beschließen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer einer Überweisung der Drucksache 19/1025 federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Große Anfrage, Drucksache 19/1025 besprochen worden ist.

Wir kommen zu Punkt 29 der Tagesordnung, dem Bericht des Wirtschaftsausschusses zu Hafen und Hafenentwicklung.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden)**[Bericht des Wirtschaftsausschusses zum Thema:****„Hafen und Hafenentwicklung“ (Selbstbefassungsangelegenheit)****– Drs 19/1405 –]**

Hier sind die Fraktionen übereingekommen, auf eine Debatte zu verzichten.

Deshalb stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/1405 Kenntnis genommen hat

Wir kommen zu Punkt 15 der Tagesordnung, der Großen Anfrage der SPD-Fraktion: Gewalt gegen Frauen in Hamburg.

[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Gewalt gegen Frauen in Hamburg**– Drs 19/1297 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? Frau Dobusch, bitte.

Gabi Dobusch SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich komme zu später Stunde zu einem etwas heftigeren Thema, zum Thema Gewalt gegen Frauen. Gewalt gegen Frauen ist weltweit ein Problem. Täglich erfahren Frauen und Mädchen Gewalt, auch in unserer westlichen, auch so zivilisierten Gesellschaft, auch in Deutschland, auch in dieser Stadt. Diese Gewalt nimmt unterschiedliche Formen an: Übergriffe auf die sexuelle Selbstbestimmung der Frauen, Genitalverstümmelung, Missbrauch, Vergewaltigungen, künstliche Jungfernhäutchen einerseits, psychische Gewalt wie Drohungen, Mobbing, Stalking andererseits und nicht zuletzt körperliche Gewalt wie Schläge, Tritte, Morde, wobei der Mord manchmal auch als Totschlag durchgeht, wie wir gerade wieder mitbekommen haben.

Die Zahl dieser Übergriffe liegt auch in Hamburg auf gleichbleibend hohem Niveau. In Hamburg waren es in 2007 über 12 000 Frauen, die Roheitsdelikten zum Opfer fielen, 30 Frauen, denen nach dem Leben getrachtet wurde, knapp 1200 Frauen, gegen deren sexuelle Selbstbestimmung gehandelt wurde, etwa 8000 weibliche Opfer von Gewalttaten und 1900 Frauen, die bedroht wurden. Von einer hohen Dunkelziffer ist ebenfalls auszugehen.

Meine Damen und Herren! Bei dieser Gewalt gegen Frauen handelt es sich überwiegend um häusliche Gewalt. Die Täter sind in den meisten Fällen die Beziehungspartner der Frauen und es handelt sich bei den Tätern sehr häufig um Mehrfachtäter.

Unter den betroffenen Frauen sind zwar überproportional viele Migrantinnen, aber das Problem beschränkt sich keineswegs nur auf diese Gruppe.

Da würden wir uns etwas vormachen, wenn wir das glaubten.

Mir ist es wichtig hervorzuheben, dass die gesundheitlichen Folgen der Gewalterfahrung für die betroffenen Frauen erheblich sind. Sie haben beispielsweise ein höheres Risiko für Suchterkrankungen, für selbstverletzendes Verhalten und für Essstörungen. Die Folgen der Gewalt sind also tiefgreifend und können sich über einen langen Leidenszeitraum erstrecken.

Nun wurden in den letzten Jahren auch in Hamburg einige Anstrengungen unternommen, die Situation zu verbessern. Tatsache ist aber auch – das haben uns die Medienberichte der letzten Wochen und Monate über dramatische Fälle von Gewalt gegen Frauen in Hamburg drastisch vor Augen geführt –, dass das Problem ungebrochen weiter besteht. Schlimmer noch: Fast allen Fällen war gemeinsam, dass sich die Frauen an die Polizei gewandt haben. Sie haben sich an Hilfeeinrichtungen dieser Stadt gewandt, haben Unterstützung gesucht und auch gefunden. Sie wurden aber letztendlich nicht geschützt, sie konnten nicht geschützt werden. Das aber ist ein absolut fatales Signal an die Frauen, die Gewalt erleiden. Nur wenn sie auf wirksamen Schutz und Hilfe vertrauen können, werden sie sich überhaupt wagen, sich an die entsprechenden Stellen zu wenden. Das ist das, was uns alle Erfahrungsberichte sagen und das ist auch das, was uns die Wissenschaft mitgibt.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

Hier ist es also dringend erforderlich, dass der Senat ein Zeichen setzt. Es muss ein Zeichen sein, das einerseits den Frauen signalisiert, wir nehmen eure Ängste ernst und verbessern weiter die Maßnahmen, damit wir euch in Zukunft wirksamer schützen können als wir das bisher tun konnten, und es muss gleichzeitig ein Signal sein, das den Tätern rechtzeitig, nämlich bevor die Taten eskalieren, signalisiert: Stopp, diese Stadt toleriert keine Gewalt gegen Frauen.

(Beifall bei der SPD, der Linken und vereinzelt bei der GAL und *Karen Koop CDU*)

Ich war in der letzten Woche auf einer soziologischen Fachveranstaltung. Da hieß es: Nur die Politik kann der Brutalisierung der Gesellschaft entgegenwirken. Ich weiß nicht, ob das wirklich wahr ist und wir tatsächlich die Einzigen sind. Eigentlich wäre das bitter. Auf jeden Fall sollten wir aber alles versuchen, was in unserer Macht steht, um diesem zugegeben sehr hohen Anspruch gerecht zu werden. Im Falle von Gewalt gegen Frauen haben wir es nicht mit individuellen Taten mit irgendeiner unbedeutenden Unterspielart von Gewalt zu tun, sondern mit einem Phänomen, das sich durch alle Gruppen der Gesellschaft hindurchzieht und das in starkem Zusammenhang mit patriarchalen Struktu-

(Gabi Dobusch)

ren, Dominanzgebaren und dem Berufen auf überkommene Traditionen und Rollenverständnissen steht. Eine Tendenz von zunehmender Brutalisierung auch in unserer Stadt könnte ich schon erkennen. In einer Studie war übrigens von patriarchalem Terrorismus die Rede. Das ist die Form, die am häufigsten eskaliert und dann wirklich mit Todesfolge enden kann. Dementsprechend ist diesen Gewalttaten auch nicht mit individuellen Maßnahmen zu begegnen, nicht mit situativen Antworten beizukommen.

Fatal wäre es auch, das Problem auf Männer mit Migrationshintergrund oder – noch schlimmer – auf Angehörige bestimmter Religionsgemeinschaften zu verengen. Was wir vielmehr brauchen, ist ein breites Bündnis unter Einbeziehung aller Genderkompetenz, die es vielleicht in den Behörden noch gibt, um langfristig den vielen Frauen in dieser Stadt – denken Sie daran, jede vierte Frau wurde bereits Opfer von Gewalt – zu dem gleichen Recht auf Leben, Sicherheit, Freiheit, Würde sowie körperliche und seelische Unversehrtheit zu verhelfen wie den Männern in dieser Stadt. Das wäre gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Die Verletzung dieser Rechte darf nicht toleriert werden. Wir als Bürgerschaft und dieser Senat können dieses nicht dulden. Am 25. November ist der internationale Tag gegen die Gewalt an Frauen. Das müsste aus unserer Sicht ein Anlass sein, um ein Signal zu setzen.

Die Antwort des Senats auf unsere Anfrage enthält Hinweise auf neue Aktivitäten und Möglichkeiten, den Schutz der Frauen vor Gewalt zu verbessern. Es gibt aber Fragen, mit denen wir uns im Sozial- und Gleichstellungsausschuss noch einmal intensiver befassen sollten. Hierzu gehört aus meiner Sicht, was wir zur Bekämpfung von Machismo und frauenfeindlichen Haltungen bei jungen Männern tun können und wie wir im Interesse der Opfer die Täter besser und konzentrierter als bisher erreichen können. Es gibt hier Handlungsbedarf und der Senat ist auch in der Pflicht, hier zu handeln.

(Beifall bei der SPD)

Nur eine Bundesratsinitiative zu unterstützen reicht da nicht aus. Im Moment kann der Senat noch nicht einmal sagen, wie viele Täter zu Anti-Aggressionstrainings oder vergleichbaren deeskalierenden Maßnahmen überhaupt verpflichtet wurden. Das kann so nicht weitergehen.

(Beifall bei der SPD und bei *Elisabeth Baum*
DIE LINKE)

Wir beantragen daher die Überweisung der Großen Anfrage an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss. Meine Damen und Herren, ich fordere Sie wirklich eindringlich auf, sich dem nicht

zu verweigern. Wenn Sie meinen, dass es hierzu keinen Beratungsbedarf mehr gibt, setzen Sie ein ganz und gar falsches Zeichen und ich finde, auch ein fatales Zeichen. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Dobusch, das ist in der Tat ein ernstes Thema. Sie haben viel Richtiges gesagt, dem wir als Fraktion zustimmen können. Auch wir tolerieren und dulden keine Gewalt, gegen niemanden. Das ist völlig klar und da sind wir uns auch einig.

Ich glaube nicht, dass die Politiker die Einzigen sind, die dagegen ankämpfen können. Aus aktuellem Anlass möchte ich daran erinnern, dass heute Buß- und Bettag ist und auch die Kirchen sehe ich als wichtigen Partner im Kampf um gesellschaftliche Werte. Insofern lohnt es sich immer wieder, auch für die christlichen Grundwerte zu werben. Wenn viele das im Herzen hätten, hätten wir sicherlich andere oder sehr viel weniger Probleme, über die wir reden müssten. Es geht auch darum, andere Menschen zu achten, zu respektieren,

(Beifall bei *Christiane Schneider* *DIE LINKE*)

sie so anzunehmen wie sie sind und dass die Stärkeren für die Schwächeren da sind. Das ist ganz wichtig. Wenn man das verinnerlicht, würden sich viele Probleme gar nicht stellen.

Aber leider ist das nicht so. Das wissen wir auch. Allein der Hinweis auf Grundwerte hilft nicht, sondern wir haben gerade in der Großstadt oder im großstädtischen Raum Schwierigkeiten zu bewältigen. Ich will auch ganz klar festhalten, dass die meisten Menschen Gewalt gegen andere ablehnen, das heißt, wer Gewalt anwendet, hat meistens nicht sehr viel Zustimmung auf seiner Seite, sondern der gesellschaftliche Konsens ist im Grunde genommen die Ächtung von Gewalt und Gewalt gegen Frauen. Nichtsdestotrotz gibt es unschöne Dinge und die Zahlen, die bekannt sind, machen einen traurig und nachdenklich. Hinzu kommt, das Dunkelfeld aufzuhellen.

Am 25. November 2008 ist der internationale Tag gegen Gewalt an Frauen. Es ist festzustellen, dass zu den durch Kriminalität besonders verletzbaren Gruppen Frauen, aber auch Kinder und alte Menschen zählen. Insofern ist es besonders wichtig, dass wir uns auch für sie einsetzen. Die Forderung der SPD – ich habe es der Großen Anfrage, aber auch Ihren Worten entnommen – ist, die Instrumente zum Schutz von Frauen auf den Prüfstand zu stellen. Sie rennen da bei uns offene Türen ein. Wir, aber auch der Senat tun das ständig, aber das ist auch eine operative Aufgabe des Senats. Wenn

(Egbert von Frankenberg)

wir irgendwo feststellen, dass Dinge nicht so gelaufen sind wie sie laufen sollten, wird das Verwaltungshandeln grundsätzlich einer kritischen Prüfung unterzogen. Es gibt eine offene Diskussion, ein transparentes Verfahren, zwar unter Beachtung des Datenschutzes – das ist auch wichtig –, aber trotzdem ist es immer wieder so, dass wir alles einer kritischen Prüfung unterziehen. Das Ziel ist die Optimierung des Verwaltungshandelns. Das ist aber operatives Geschäft und dem stellen wir uns ständig. Das ist der Stil, den wir in der vergangenen, aber auch in dieser Legislaturperiode geführt haben und den wir auch zukünftig in Hamburg weiterführen möchten.

Ansonsten ist in dem Bereich in der letzten Zeit eine Menge geschehen. Seit Mai 2007 werden die interkulturellen Beratungsstellen für Opfer von häuslicher Gewalt und Zwangsheirat gefördert. Im Oktober dieses Jahres ist eine großangelegte Informationskampagne gestartet worden. Wir haben auch geplant, im Haushalt die Mittel von 90 000 Euro in 2008 auf 215 000 Euro aufzustocken. Das ist immerhin eine Steigerung um 140 Prozent, die in dem Bereich stattfindet, sodass wir also versuchen, dort die Förderung weiter auszubauen.

Ich möchte an Januar 2007 erinnern: Opferschutz verbessert. Besonders wichtig ist uns in diesem Zusammenhang auch wieder der Schutz von Frauen und Kindern vor häuslicher Gewalt gewesen. Das Polizei-, Sicherheits- und Ordnungsgesetz, Wegweisungen aus der gemeinsamen Wohnung, Aufenthaltsverbote sind Stichworte, die ich nur kurz erwähnen will. Im Strafrecht hat sich hinsichtlich Stalking etwas getan. Aber auch Hilfen für Kinder und Jugendliche sind in den letzten Jahren in Hamburg deutlich ausgebaut und verbessert worden. Auch das Thema Menschen mit Migrationshintergrund hat an Bedeutung gewonnen. Ich nenne diese Dinge nur beispielhaft und will damit nur klar machen, dass wir das durchaus als wichtige Aufgabe begriffen haben. Es ist nicht nur so, dass wir ständig versuchen, unser Handeln zu optimieren, sondern es ist in der letzten Zeit eine Menge in diesem Bereich getan worden.

Wichtig ist natürlich auch, dass wir der staatlichen Erziehung in den Schulen, aber auch in den Kindertagesstätten dann durch die Träger eine große Bedeutung beimessen. Auch hier planen wir, die Mittel im vorliegenden Haushalt aufzustocken. Eine gute Erziehung, eine gute Ausbildung ist mit Sicherheit auch ein wichtiger Bereich, um überhaupt Menschen zu festigen und Gewalt zu verhindern. Ich bin mir natürlich auch bewusst, dass sich häusliche Gewalt durch alle gesellschaftlichen Schichten zieht, aber es ist mit Sicherheit nicht von Nachteil, wenn man früh beginnt, Menschen zu erziehen und versucht, ihnen die richtigen Werte zu vermitteln. Insofern denke ich, dass wir da auf einem guten Weg sind. Die Anfrage ist ausführlich beantwortet worden. Ich sehe auch keinen weiteren Dis-

kussionsbedarf. Wir diskutieren ständig über diese Themen und arbeiten ständig daran.

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Ständig!)

Die Anfrage brauchen wir unserer Ansicht nach nicht zu überweisen, aber das Thema als solches bewegt uns weiter. Das ist durch die Anfrage nicht erledigt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heitmann.

Linda Heitmann GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie Sie, liebe Kollegen von der SPD und CDU und auch in der Anfrage schon ausgeführt haben, ist am kommenden Dienstag der internationale Tag gegen Gewalt an Frauen. Ich finde, das ist ein guter und richtiger Anlass, dieses Thema noch einmal in der Bürgerschaft zu thematisieren, auch wenn die Zeit leider schon etwas fortgeschritten ist.

Gewalt gegen Frauen ist in weiten Teilen dieser Gesellschaft leider auch im 21. Jahrhundert immer noch ein Problem. Ich finde, jeder einzelne Fall ist einer zu viel.

(Beifall bei der GAL, vereinzelt bei der CDU und bei Kersten Artus *DIE LINKE*)

Ich glaube, bei diesem Thema ist es unerlässlich, fraktionsübergreifend an einem Strang zu ziehen, um die Gewalt wirksam zu bekämpfen. Das ist auch in der Vergangenheit erfolgreich geschehen, wofür ich einige Beispiele geben möchte.

Wir haben bis in die Neunzigerjahre hinein in dieser Bürgerschaft gemeinsam für die Errichtung von Frauenhäusern gekämpft, die heute vielen Frauen in dieser Stadt Schutz bieten. Zu rot-grünen Zeiten haben wir die Koordinierungsstelle KOOFRA eingesetzt, die sich immer noch erfolgreich gegen Frauenhandel engagiert. Auf Initiative der GAL wurde in der 17. Legislatur die Interventionsstelle "pro-aktiv" eingerichtet, die sich die Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes zur Aufgabe gemacht hat. Auch in der vergangenen Legislatur wurde auf Anregung von GAL und SPD eine engagierte Diskussion zum Opferschutz im Sozialausschuss geführt, die letztendlich die CDU zum Handeln gebracht hat.

(Andy Grote *SPD*: So ist es! Das waren noch gute Zeiten!)

Insgesamt ist deshalb festzuhalten, dass sich infolge der aufgezählten Initiativen in Hamburg in den letzten Jahren vieles bewegt hat und wir mittlerweile auf ein Hilfsangebot blicken können, das sich bundesweit sehen lassen kann. Dies zeigt auch eine aktuelle Debatte im Bundestag zum Thema

(Linda Heitmann)

Frauenhäuser. Wenn man sich andere Bundesländer anguckt, dann wird dort unwürdigerweise immer noch nach Tagesgeld und Pro-Kopf-Pauschalen abgerechnet. Ich glaube, da ist die institutionelle Förderung, die wir in Hamburg haben, sehr viel weiter und sehr viel mehr im Sinne des Opferschutzes.

Um nun etwas konkreter auf Ihre Anfrage zu kommen, möchte ich zum einen darauf hinweisen, dass ich es schwer finde, die statistischen Daten im ersten Teil dieser Anfrage wirklich zu interpretieren und zu bewerten, denn der Senat hat in seinen Antworten zu Recht darauf hingewiesen, dass es bei diesem Thema eine hohe Dunkelziffer gibt. Wenn es zu vermehrten Anzeigen von Straftaten kommt, dann ist daran nicht per se eine Zunahme von Gewalt abzuleiten, sondern es ist aus meiner Sicht sogar eher eine erfreuliche Tatsache, weil hier mehr Licht in ein dunkles Feld kommt, weil die Polizei wahrscheinlich genauer hinsieht und speziell die Tabuisierung familiärer Gewalt langsam aufgebrochen wird.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei Kersten Artus DIE LINKE)

Ich glaube, hieran zeigt sich, dass die Bemühungen der letzten Jahre durchaus Wirkung zeigen und nicht umsonst waren.

In Ihrer Anfrage habe ich vor allem das Anliegen gesehen, die bestehenden Angebote zu überprüfen, ob sie verbessert werden können, ob man damit in Zukunft noch mehr Frauen erreichen und den Hilfesuchenden in Zukunft wirksamen Schutz bieten kann. Speziell Frauen mit Migrationshintergrund sind sicherlich eine Gruppe, an der wir weiterhin stets arbeiten müssen, indem wir niedrigschwellige Angebote ausbauen und sie verstetigen, um hier etwas zu erreichen.

Die Arbeit von "pro-aktiv", der Ausbau der beiden interkulturellen Beratungsstellen sind ein wichtiger Schritt und auch das Wohnprojekt für von Zwangsheirat Bedrohte wird in naher Zukunft ein weiterer wichtiger Baustein sein, um dies zu gewährleisten. Dies heißt aber nicht, dass die Arbeit damit zu Ende sein kann. Auch in Zukunft muss es uns darum gehen, stetig neue Aktionen und Angebote einzurichten und die bestehenden weiterhin auf den Prüfstand zu stellen.

Ihre Anfrage hat zudem zwei weitere, wie ich finde, erfreuliche Ergebnisse gebracht. Zum einen zeigt die Aufzählung des Senats, dass das Problem der Gewalt gegen Frauen aus verschiedenen Richtungen angegangen wird. Neben dem Opferschutz finden auch präventive Maßnahmen, wie Jungenarbeit oder Anti-Aggressionstraining statt und zeigen hoffentlich langfristig Wirkung. Zum anderen war in den Antworten zu erkennen, dass beim Thema Gewalt gegen Frauen neben dem Senat zahlreiche kreative Projekte aus allen möglichen Teilen der

Gesellschaft kommen. So läuft beispielsweise ab kommender Woche die Kampagne "Gewalt kommt nicht in die Tüte" mit vielen Filmvorführungen und kreativen Veranstaltungen, an der neben der Polizei und den verschiedenen Beratungsstellen zum Beispiel auch die Hamburger Bäckerinnung beteiligt ist. Ich habe hier ein paar Flyer mit den Veranstaltungen. Wer Interesse hat, kann sie sich gerne bei mir abholen.

Liebe Freundinnen und Freunde und Kolleginnen und Kollegen

(Wolfgang Beuß CDU: Aber jetzt nicht Genossinnen und Genossen!)

– ich war gerade auf dem Parteitag, es tut mir leid –, auch wenn wir die Überweisung dieser Großen Anfrage heute ablehnen, so ist das der Tatsache geschuldet, dass wir dieses Thema nicht als einen Punkt von vielen in den aktuellen Haushaltsberatungen im Ausschuss untergehen sehen wollen, sondern wir möchten Ihre Große Anfrage gerne zum Anlass nehmen, nach neuen Ansatzpunkten und Ideen zu suchen, um die Situation langfristig zu verbessern. Ich würde deshalb anregen, dass wir nach dem März eine gemeinsame Sitzung von Sozial- und Innenausschuss machen und uns noch einmal intensiv mit dieser Anfrage auseinandersetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL – Carola Veit SPD: Und das von der GAL! Mann, Mann, Mann!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Ich fühle mich gerade pädagogisch betreut. SPD und LINKE machen tolle Große Anfragen, Ihr seid super, wichtige Themen, aber wir stimmen das heute einmal weg. So geht das nicht.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und der GAL)

Ich nehme das Thema ernst und diskutiere auch darüber. Wo haben wir denn die Gelegenheit, direkt miteinander in den Dialog zu treten als im Ausschuss und uns einmal über konkrete Dinge und auch Schwächen zu verständigen. Nein, das ist keine gute Leistung. Schon mit der anderen Großen Anfrage von uns nicht, aber auch mit dieser nicht, die einfach wegzustimmen. Vielleicht trägt mein Redebeitrag dazu bei, noch eine Kehrtwende herbeizuführen und sich nicht von vornherein festzulegen, wie man denn stimmt.

Heute, 32 Jahre nach Gründung der ersten Frauenhäuser in Deutschland, ist es ein gesellschaftlicher Konsens, dass Gewalt gegen Frauen und Kinder kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem ist.

(Kersten Artus)

Die Ausübung von geschlechtsbezogener Gewalt – körperlich, psychisch und sexualisiert – stellt eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung und Grundrechtsverletzung dar. Schon vor dem Hintergrund, dass am Dienstag der internationale Tag der Gewalt gegen Frauen begangen wird, sollte man das nicht einfach wegstimmen, sondern diesen Tag entsprechend würdigen.

(Beifall bei *Dora Heyenn DIE LINKE – Farid Müller GAL*: Hier wird nichts weggestimmt!)

Sie hat gravierende Auswirkungen auf die körperliche, seelische und psychische Unversehrtheit von Frauen. Diese Gewalt beeinträchtigt die Gesundheit, die sozialen und gesellschaftlichen Möglichkeiten der betroffenen Frauen und ihrer Kinder. Sie behindert die freie, gleichberechtigte Ausübung ihrer Grundfreiheiten und die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft. Die erlebte Gewalt führt häufig zu bleibenden physischen und psychischen Schädigungen. Einige wurden bereits richtig benannt: Arbeitslosigkeit und soziale Isolation der Frauen.

Kinder, die Gewalt selbst oder miterlebt haben, leiden ebenfalls unter vielfältigen seelischen und körperlichen Einschränkungen. Bei ihnen ist außerdem zu befürchten, dass in der Kindheit erlebte Gewalt sich prägend auf später gelebte Beziehungen auswirken kann. Es wachsen neue Opfer- und Tätergenerationen nach.

Von häuslicher Gewalt betroffene Frauen können in akuten Gefahrensituationen von der Möglichkeit der Wohnungswegweisung nach dem Gewaltschutzgesetz Gebrauch machen. In vielen Fällen wird mit einer Wohnungswegweisung ein ausreichender Schutz jedoch nicht erreicht. Vor allem dann, wenn zum Beispiel damit zu rechnen ist, dass sich der Mann nicht an das Verbot hält, sich in ihrer Nähe aufzuhalten, ist es für die betroffene Frau und ihre Kinder häufig sicherer, selbst die Wohnung zu verlassen.

Für Frauen, die Schutz, Anonymität und Sicherheit bedürfen, da die Täter sich durch gerichtliche Anordnungen nicht stoppen lassen, sind Frauenhäuser nach wie vor die einzigen sicheren Zufluchtsorte, um diesem Schicksal zu entkommen. Das Gewaltschutzgesetz muss als weiterer Baustein zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt geschätzt und anerkannt werden. Es werden damit Frauen erreicht, die davor weder Unterstützung noch Beratung in Anspruch nehmen.

Die Frauenhäuser sind seit Einführung des Gewaltschutzgesetzes weder weniger frequentiert, noch haben sie ihren Schutzcharakter verloren. Neben ihrer einzigartigen Schutzfunktion für die betroffenen Frauen und Kinder haben die Frauenhäuser auch einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen. Je früher und je wirksamer betroffenen Frauen und deren Kinder Schutz und Hilfe gewährt werden

kann, umso geringer fallen die gesellschaftlichen Folgekosten von Gewalt aus. Beispielhaft genannt seien hier die Kosten für Gesundheitsversorgung, Justiz, Polizei, Hilfesysteme und Arbeitsausfälle.

Für Deutschland fehlen bisher konkrete Zahlen, aber für andere europäische Länder wurden die jährlichen Folgekosten häuslicher Gewalt auf durchschnittlich 40 Euro pro Einwohnerin und Einwohner geschätzt. Bei einer aktuellen Einwohnerinnen- und Einwohnerzahl von rund 1,77 Millionen Hamburgerinnen und Hamburger wären das 70,6 Millionen Euro im Jahr. Dieses Geld wird die Gesellschaft weiterhin aufbringen müssen, wenn nicht ein radikales Umdenken einsetzt. Gerade auch in finanziellen Krisenzeiten – da sind wir wieder beim Haushalt – muss in soziale Belange investiert werden, um nicht explodierende Folgekosten zu provozieren.

Wir sind mitten in den Beratungen zum Haushalt 2009/2010. Den Frauenhäusern werden wieder nur 1,9 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Das bedeutet, dass es weiterhin eine zu hohe Dauerbelastung geben wird, dass der Betreuungsschlüssel weiter bei 1 : 8,25 liegt und damit die Belastungsgrenze bei Personal und Bewohnerinnen ständig strapaziert und auch überstrapaziert wird.

Die Mittel müssen dringend aufgestockt werden, um sowohl die Kernbereiche der Frauenhausarbeit als auch die zunehmenden Aufgaben in den Bereichen Prävention, interdisziplinäre Fortbildungsangebote, Vernetzung und Beratung finanziell abzusichern. Diese Aufgaben können auf Dauer nicht im Ehrenamt geleistet werden.

Die Frauenhäuser selbst fordern aktuell eine bundeseinheitliche und unbürokratische Finanzierung, an der sich Bund, Länder und Kommunen beteiligen sollen. Hamburg ist eines der wenigen Bundesländer, in dem Frauen ohne Zugangsbeschränkungen den Schutz eines Frauenhauses in Anspruch nehmen können. Das ist gut. Dies führt natürlich zu einer Frequentierung durch Frauen aus Bundesländern, in denen sie nicht in einem Frauenhaus aufgenommen werden können. Von einer einheitlichen Lösung und einer gemeinsamen Finanzierung durch Bund und Länder würde Hamburg profitieren und sollte deshalb diese Forderung unterstützen. Ich möchte noch einmal dringend an Sie appellieren: Lassen Sie uns weiter über dieses Thema diskutieren, es hat finanzpolitisch einen hochgradigen und hochsensiblen Hintergrund und stimmen Sie einer Überweisung an die Ausschüsse zu.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Wersich.

Senator Dietrich Wersich: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist schon häufig auf den 25. November hingewiesen worden, dem internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen. Gewalt gegen Frauen ist die häufigste Menschenrechtsverletzung weltweit und deswegen möchte ich mich zunächst einmal bei Ihnen, Frau Dobusch, bedanken, dass Sie mit der Großen Anfrage mit-helfen, dass wir das Thema in einen öffentlichen Fokus bringen. Denn die Frage, wie wir politisch und öffentlich mit diesem Thema umgehen, hat auch Bedeutung dafür, welche gesellschaftlichen Normen wir setzen. Insofern vielen Dank für die Möglichkeit.

(Dr. Monika Schaal SPD: Dann können Sie es ja in den Ausschuss überweisen!)

Ich glaube, wir alle wissen, dass in der Gesellschaft Gewalt generell, aber auch speziell gegen Frauen immer mehr geächtet ist. Dennoch sollten wir uns nicht täuschen, diese Errungenschaften sind nicht allzu alt. Es galt noch bis vor relativ kurzer Zeit die Unterordnung der Frau, wo der Ehemann und Haushaltsvorstand auch ein Erziehungs- und Züchtigungsrecht sogar gegenüber seiner Frau hatte. Am 12. November jährt sich überhaupt erst zum neunzigsten Mal, dass Frauen das Wahlrecht in Deutschland haben. Bis vor 50 Jahren durfte eine verheiratete Frau nur mit Zustimmung ihres Ehemanns einen Arbeitsvertrag abschließen. Bis dahin konnte der Ehemann übrigens auch über das Vermögen der Frau frei verfügen und er hatte das alleinige Entscheidungsrecht in allen Arbeitsverhältnissen. Was für uns heute besonders interessant ist, ist, dass bis vor 38 Jahren Frauen in Deutschland keinen Fußball spielen durften. Heute sind unsere Frauen Fußballweltmeister.

(Beifall bei der CDU – Karin Timmermann SPD: Bessere als die Männer!)

Bis vor 28 Jahren durften Frauen nicht Maler oder Elektroinstallateur werden und bis vor elf Jahren konnte Vergewaltigung in der Ehe rechtlich nicht verfolgt werden. Es ist also alles nicht lange her und zeigt uns aber gleichzeitig, welchen gesellschaftlichen Umwälzungsprozess wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten erlebt haben.

Insofern ist die Gewalt gegen Frauen im Zuge dieser Maßnahmen stark rückläufig, aber leider nicht überall, nicht in allen Feldern und vor allem nicht in allen Bevölkerungsgruppen. Hier finden Sie viele Informationen in der Großen Anfrage.

Die nach wie vor hohen Anteile von Frauen mit Gewalterfahrung zeigen, dass Gewalt gegen Frauen kein Randthema ist. Es ist aktuell, es ist weit verbreitet und zieht sich durch alle gesellschaftlichen Schichten.

Da ist zunächst einmal die polizeiliche Kriminalitätsstatistik zu erwähnen. Wir alle wissen, dass sie ihre Schwächen hat, denn vieles wird überhaupt

nicht erfasst, wird überhaupt nicht angezeigt. Es gibt auch jenseits der strafrechtlich relevanten Form von Gewalt natürlich viele Formen subtiler Gewalt, die ebenfalls nicht Eingang in polizeiliche Kriminalitätsstatistiken finden. Wir sehen aber auch, dass ein großer Teil der Gewalt mit dem Thema Beziehungsgewalt zusammenhängt. Darauf wurde heute schon hingewiesen. In dem Bereich Beziehungsgewalt geht es auch um familiäre Gewalt. Deswegen möchte ich, dass wir noch einmal gemeinsam auf ein ganz besonderes Problem gucken – es ist hier angesprochen worden –, dass die Errungenschaften, die wir gemeinsam beim Thema Gleichberechtigung von Mann und Frau erreicht haben, leider nicht in allen Teilen der Gesellschaft gleichermaßen gelten. Es gibt immer noch Teile, wo althergebrachte Männlichkeitsbilder und Geschlechterrollen zusammen mit Gewalt auftreten. Ich will auch hier einmal auf den Abschlussbericht des Modellprojekts der Hamburger Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt "pro-aktiv" hinweisen. Nichtdeutsche Klientinnen waren dort mit 42 Prozent bei einem Bevölkerungsanteil von nur 13 Prozent deutlich überrepräsentiert.

Wir können und wollen nicht akzeptieren, dass die Jahrhunderte und Jahrzehnte lang erkämpfte Gleichberechtigung in den Teilen der Gesellschaft nicht gilt, wo wir es nach wie vor mit einem traditionell patriarchalischen, manchmal auch religiös geprägten Elternhaus zu tun haben. Wir setzen dort auch an, wir reden nicht nur gegen Gewalt, sondern wir handeln auch gegen Gewalt. Herr von Frankenberg hat bereits darauf hingewiesen, dass wir die Gewaltberatungsstellen mit zusätzlichen Mitteln ausstatten, dass wir mit Plakat- und Postkartenkampagnen zu den Themen Ehre, Ehrenmord und Zwangsheirat insbesondere junge Menschen sensibilisieren. Und wir fördern auch Projekte wie beispielsweise Regenbogen, mit dem wir Frauen aus quasi abgeschlossenen Familienverbänden erreichen wollen über Angebote für Sprachförderung und andere Dinge, um darüber dann ein Vertrauensverhältnis aufzubauen und für Themen wie Zwangsheirat und häusliche Gewalt zu sensibilisieren.

Wir sollten aber bei allem am Ende eines nicht vergessen. Die Frage der Straftaten und der Gewalt gegen Frauen ist auch eine Frage einer entschlossenen Sicherheitspolitik. 80 000 Straftaten weniger als 2001 heißt auch weniger Straftaten gegen Frauen im öffentlichen Raum und heißt auch weniger weibliche Opfer. Deswegen muss man, wenn man an der Stelle über das Thema Gewalt gegen Frauen und Kriminalität redet, auch sagen: Die Sicherheitspolitik, die wir seit 2001 betreiben, muss konsequent fortgesetzt werden.

Wir alle dürfen nicht nachlassen, das gesellschaftliche und öffentliche Bewusstsein gegen Gewalt gegen Frauen zu schärfen. Das ist nicht nur ein Thema für internationale Gedenktage, sondern auch

(Senator Dietrich Wersich)

für den Alltag. Eine Rücksichtnahme auf Traditionen oder kulturelle Traditionen, die in Wahrheit nur Unterdrückung meinen, kommt für uns nicht infrage. Gewalt gegen Frauen und Gewalt gegen Männer ist zu verachten.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, sodass wir zur Abstimmung kommen können.

Wer einer Überweisung der Drucksache 19/1297 an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Große Anfrage, Drucksache 19/1297, besprochen worden ist.

Wir kommen zum Punkt 47 der Tagesordnung, Antrag der Fraktionen der CDU und GAL: Neuprogrammierung von Lichtzeichensignalanlagen.

[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL: Neuprogrammierung von Lichtzeichensignalanlagen (LSA) – Drs 19/1472 –]

Hier ist Einvernehmen erzielt worden, dass auf eine Debatte verzichtet wird.

Wer den gemeinsamen Antrag von CDU- und GAL-Fraktion aus Drucksache 19/1472 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Punkt 43 der Tagesordnung, dem Antrag der SPD-Fraktion: Girokonto für alle Bürgerinnen und Bürger.

[Antrag der Fraktion der SPD: Girokonto für alle Bürgerinnen und Bürger – Drs 19/1468 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Bekeris, bitte.

(Zuruf von *Olaf Ohlsen* CDU)

– Frau Bekeris, Entschuldigung, bevor ich Ihnen das Wort erteile: Herr Ohlsen, Sie sollten wirklich darauf achten, dass Ihre Stimme so tragend ist, dass man Ihre Zwischenrufe gut erkennen kann. Ich denke, Sie sollten sich überlegen, wie Sie sich in Zukunft parlamentarisch äußern.

Ksenija Bekeris SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir de-

battieren heute einen Antrag zum sogenannten Girokonto für jedermann. Für langjährige Abgeordnete wird dieses Thema nichts Neues sein, denn das Girokonto für jedermann wurde bereits 1995 und 2004 in der Bürgerschaft thematisiert. Umso bedenklicher ist es, dass es auch heute für viele Menschen noch keine Selbstverständlichkeit ist, ein Girokonto zu erhalten. Dabei muss man sich vor Augen führen, was es bedeutet, nicht über ein Girokonto zu verfügen. Oftmals verlangt der Arbeitgeber ein Girokonto, Arbeit finden ohne Konto ist also schwierig. Fast unmöglich ist es aber, eine Wohnung anzumieten, ohne ein Konto angeben zu können. Haben Sie schon einmal versucht, einen Energieliefervertrag ohne Angabe einer Kontonummer abzuschließen? – Eine fast unüberwindliche Hürde.

Aber, werden Sie sagen, es gibt doch Barüberweisungen.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Ja, die gibt es – allerdings nicht bei allen Banken. Und bei denen, die eine Barüberweisung vornehmen, sind die Kosten enorm. Als Beispiele: Die Postbank verlangt für eine Barüberweisung an ein hauseigenes Konto 5 Euro, an ein bankfremdes Konto 8 Euro, die Deutsche Bank gar 5 beziehungsweise 10 Euro, die HASPA bleibt mit 1,50 Euro beziehungsweise 5 Euro im Vergleich recht moderat. Diese Kosten fallen also in der Regel für die nicht gut betuchten Menschen ohne Girokonto zusätzlich an. Außerdem belastet die Barauszahlung von Transferleistungen auch den Haushalt der Stadt. Alles in allem ist ein Girokonto für jedermann dringend notwendig und das ist nichts Neues.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und einzeln bei der GAL)

1995, also vor 13 Jahren, empfahl der Zentrale Kreditausschuss allen Kreditinstituten, für jede Bürgerin und jeden Bürger ein Girokonto bereitzuhalten. Diese Bereithaltung soll unabhängig von der Höhe des Einkommens und von SCHUFA-Einträgen sein. Die Bundesregierung berichtet regelmäßig über die Umsetzung dieser Empfehlung. Zuletzt stellte sie im Juli 2006 fest, dass der Zugang zu einem Girokonto nach wie vor nicht für jede und jeden möglich ist und dass die Empfehlung des Zentralen Kreditausschusses aus dem Jahr 1995 nicht zur Lösung des Problems beigetragen hat. Bisher wird von der Bundesregierung eine gesetzliche Verpflichtung zur Bereitstellung eines Girokontos noch nicht als notwendig eingestuft. Sinnvolle andere Maßnahmen wie zum Beispiel die Reform des Kontopfändungsschutzes sind in der Vorbereitung. Diese Reform würde immerhin den Menschen helfen, die vom Verlust des Kontos bedroht sind. Die rot-grüne Landesregierung in Bremen will Nägel mit Köpfen machen und hat in den Bundes-

(Ksenija Bekeris)

rat einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Kreditinstitute in Zukunft gesetzlich verpflichten soll, jeder Bürgerin und jedem Bürger ein Girokonto anzubieten. Die SPD-Fraktion unterstützt diese Initiative und fordert den Senat auf, den Antrag im Bundesrat zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Mit dem Antrag, der Ihnen heute zur Abstimmung vorliegt, wollen wir einen ersten Schritt hin zur Unterstützung des Bremer Antrags gehen. Zwar berichten Verbraucherverbände und Schuldnerberatungen immer wieder über Fälle der Kontoverweigerung, eine amtliche Statistik dazu gibt es jedoch nicht. Wir beantragen deshalb einen Bericht des Senats über die Anzahl der Hamburgerinnen und Hamburger ohne Girokonto. Weiter fragen wir den Senat nach seinen Bemühungen, die Kreditwirtschaft zur Anwendung der Selbstverpflichtung von 1995 zu bewegen.

Ich möchte schließen mit den nach wie vor richtigen Worten von Frau Gregersen aus dem Jahr 2004:

"Wir wissen alle, dass ein Girokonto nötig ist. Von daher bitten wir, nach vorne zu gucken. Wir fordern den Senat auf, alles zu tun, um diese Umsetzung zu schaffen."

Deshalb überweisen Sie den Antrag zur Beratung an den Sozialausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr von Frankenberg.

(Ingo Egloff SPD: Mal sehen, was Sie jetzt für eine Ausrede haben!)

Egbert von Frankenberg CDU:* Es ist immer ganz nett, wie Sie in alten Protokollen stöbern, um noch irgendwelche Zitate zu finden. Aber da die Worte von Frau Gregersen aus 2004 nach wie vor richtig sind, glaube ich nicht, dass Sie jetzt einen großen Widerspruch aufgedeckt haben.

Das Anliegen als solches – das ist gar keine Frage – unterstützen wir. Es ist völlig unstrittig, dass ein Girokonto zur Teilhabe wichtig ist und dass es erforderlich ist, ein Girokonto zu haben. Den Antrag als solches unterstützen wir aber aus verschiedenen Gründen nicht. In meinen Augen ist das im Grunde genommen gar kein Antrag, sondern eher eine Anfrage, eine kleine Anfrage, genaugenommen sogar eine sehr kleine Anfrage. Für mich hat das mehr so ein bisschen den Eindruck erweckt – wir wollen einmal darüber reden und fabrizieren schnell einen Platzhalter.

(Zuruf von der SPD: Werden Sie doch einmal inhaltlich! Was soll denn das?)

Es ist nicht so die echte Substanz vorhanden. Wenn ich mir Ihren Antrag anschau, dann ist es so, dass Sie fordern, der Senat soll berichten, wie viele Bürgerinnen und Bürger in Hamburg seit 2000 kein Girokonto besitzen und wie viele davon Transferleistungen beziehen. Wie viele seit 2000 kein Girokonto haben, das könnte man doch nur schätzen, oder soll man da jetzt von Tür zu Tür gehen? Das ist im Grunde genommen nicht das, worum es geht. Sondern wir wollen, dass die Menschen die Möglichkeit bekommen, ein Girokonto zu haben.

(Philipp-Sebastian Kühn SPD: Was tun Sie denn dafür?)

Aber das, was Sie dort fordern, ist nun wirklich überhaupt nicht hilfreich.

(Wilfried Buss SPD: Nicht reden, handeln!)

Dann stellen Sie mündlich die Forderung auf, Sie wollen den Bremer Antrag unterstützen, schreiben es aber in Ihren Antrag noch nicht einmal hinein.

(Zurufe von der SPD)

Ich erzähle Ihnen nur, was die Diskrepanz zwischen dem ist, was Sie erzählen, und dem, was in Ihrem Papier steht.

(Ingo Egloff SPD: Dann überweisen Sie das in den Ausschuss, dann können Sie darüber reden!)

Insofern macht der Antrag wenig Sinn. Einer Überweisung werden wir nicht zustimmen und die Bremer Bundesratsinitiative als solches wird ja behandelt. Es gibt dort einige Probleme. Man muss es einfach so sehen: Banken, die keinen Geschäfts- und Publikumsverkehr haben, müssten demnach auch Konten einrichten. Das macht wenig Sinn und der Antrag ist an dieser Stelle auch als zu weit gehend anzusehen. Ich würde Ihnen eher eine gewisse Zurückhaltung empfehlen. Es ist immer eine Diskrepanz zwischen den Worten, die Sie hier finden, und dem, was Sie zu Papier bringen.

(Dr. Monika Schaal SPD: Was sagen Sie denn dazu?)

Insofern würde ich vorschlagen: Machen Sie es lieber noch einmal besser.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren, das Wort hat jetzt Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren. Das ist wieder diese interessante Zeit mittwochs abends, niemand außer uns hört uns zu und dann kommen immer die spannendsten Debatten. Dann haben wir vor allem auch immer dieses Spiel: Wer ist eigentlich moralisch der Gefestigteste oder die gefestigteste Fraktion? Hier zeigen

(Antje Möller)

einige Leute auf sich, das sehe ich schon. Und dann sind wir dabei, wie unmoralisch es denn ist, eine Große Anfrage nicht zu überweisen, wie wir es eben hatten, oder einen Antrag nicht zu überweisen. Und dann kommt Frau Bekeris mit dem großen moralischen Anspruch, Sie oder ihre Fraktion würde einen Antrag vorlegen, in dem das Girokonto für alle gefordert wird. Mitnichten ist das so, mitnichten, davon steht nichts in diesem Antrag. Und das ist eigentlich das Schlechteste an diesem Antrag.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir haben hier – der Kollege von Frankenberg hat das schon gesagt – nichts weiter als vier Fragen, die Sie auch in einer Kleinen oder einer Großen Anfrage stellen könnten. Eine große Eintracht aber haben wir in diesem Haus darin, dass wir es alle für richtig halten, dass alle ein Girokonto haben können, sollen und dürfen. Dazu gibt es eine Bundesratsinitiative und ich muss an dieser Stelle doch einmal daran erinnern, auch wenn es nur noch ein Jahr hin ist, wer eigentlich gerade auf Bundesebene regiert und wer längst das Kreditwesengesetz geändert haben hätte können.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die CDU muss leise klatschen, aber die SPD ist zumindest dabei. Daran sehen wir dann vielleicht, dass die Bundesratsinitiative von Bremen, die im Moment nur auf Eis liegt, weil es noch eine inhaltliche Änderung geben soll, möglicherweise der beste Weg ist. Und das kann dann hoffentlich auch von sozialdemokratisch regierten und mitregierten Ländern unterstützt werden. Wir werden auch das Unsere aus dieser Koalition heraus tun. Wir sollten uns auch noch einmal darüber unterhalten, dass die Banken und Sparkassen in einer Selbstverpflichtung sind und dieser seit zwölf Jahren schlicht und einfach nicht nachkommen. Das ist das Fatale an dieser Situation.

Einerseits kann man erleben, dass Sechsjährige zum Schulanfang inzwischen als zukünftige Kunden und Kundinnen gelockt werden ohne Ende. Hier wird prophylaktisch schon einmal gesagt: Kommt zu uns, ihr wisst eigentlich noch nicht richtig, wie man zählt und welches Geldstück eigentlich was wert ist, aber Hauptsache ihr habt schon ein Girokonto bei uns. Das ist eine perfide Entwicklung, die wir eigentlich viel mehr kritisieren sollten, als wir das tun. Andererseits gibt es die große schweigende Mehrheit der Personen, die tatsächlich mit all den Problemen, die von der SPD eben genannt worden sind, ohne Girokonto auskommen müssen. Wir wollen daran etwas ändern und wir werden das über den Bundesrat tun müssen, wenn die Bundesregierung es selber nicht macht. Das sollte der gemeinsame Weg sein und Ihre vier Fragen, die Sie im Antrag gestellt haben, sollten Sie in eine Große Anfrage umwandeln. Dann sind wir vielleicht schon weiter.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Joithe.

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dass in dem Antrag nicht stehen würde, Frau Möller, was ein entsprechendes Konto betrifft, kann ich so nicht teilen. In Unterpunkt 3 wird der Senat ersucht, darüber einen Bericht zu verfassen, wie er in den vergangenen Jahren auf die Hamburger Kreditwirtschaft einwirkte beziehungsweise aktuell einwirkt, um sicherzustellen, dass diese Selbstverpflichtung der Kreditwirtschaft aus dem Jahre 1995 von allen Hamburger Banken und Sparkassen konsequent angewendet wird.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Möller zu?

Wolfgang Joithe-von Krosigk (fortfahrend): Ja, lasse ich zu.

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Bitte schön, Frau Möller.

Zwischenfrage von Antje Möller GAL: Gehe ich richtig in der Annahme, dass der SPD-Antrag nicht die Forderung beinhaltet, der Senat möchte sich dafür einsetzen, dass ein Girokonto für alle eingeführt wird?

(Ingo Egloff SPD: Das ist doch kleinkariert!)

Wolfgang Joithe-von Krosigk (fortfahrend): Das ist ein bisschen kleingeistig.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir müssen uns wirklich einmal fragen, worum es denn hier geht.

(Frank Schira CDU: Was da drinsteht, darum geht's!)

Es geht darum, dass Frau Bekeris sehr gut dargestellt hat, welche Probleme es gibt, wenn man über ein solches Konto, ein Konto auf Guthabenbasis, nicht verfügt.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Gut, dass wir einmal darüber geredet haben!)

So ist auch dieser Antrag zu verstehen und er ist auch so zu verstehen, Frau Möller, wie ich Ihnen das eben dargestellt habe, dass es schon eine Frage ist, wie weit der Senat sich entsprechend eingesetzt hat.

(Wolfgang Joithe-von Krosigk)

Die Empfehlungen des Zentralen Kreditausschusses ZKA gehen, und das sehen wir alle, ins Leere. Versuchen Sie zum Beispiel – ich habe da Erfahrungen aufgrund der ARGE-Begleitung – bei der Postbank ein Konto auf Guthabenbasis einzurichten, das auch innerhalb dieser Verpflichtung liegt, dann richten Sie sich dabei zunächst einmal auf eine ganz vehemente Abwehr ein. Das können Sie sich wahrscheinlich so wenig wie etliche andere vorstellen. Sie haben alle ein Konto, Sie haben alle Ihre Daueraufträge, Sie haben alle Ihre Einziehungsermächtigungen. Und Sie können sich gar nicht vorstellen, wie es denn sein kann, wenn man zum Beispiel an ein Energieunternehmen in bar zahlen will. Das ist nicht so einfach und das ist ein Problem, wenn Sie ein solches Konto nicht haben.

Wird auf die Empfehlungen des ZKA aufmerksam gemacht bei einem Vorsprechen bei der Bank, dann gibt es – zum Beispiel bei der Postbank – plötzlich den Hinweis, dass man eine zentrale Anfrage machen müsste, die dauere. So wie ich gehört habe, soll das angeblich in Köln sein und das dauert dann so vier bis sechs Wochen. Wenn Sie der Tatsache nachfassen und tun und machen, dann haben Sie, bei der Postbank zumindest, unter Umständen nach einem recht langen Zeitraum tatsächlich ein solches Konto. Aber ansonsten gehen Sie leer aus. Dann rennen Sie – und vielleicht können Sie sich auch das nicht vorstellen – nämlich von einem Bankinstitut zum anderen, so wie ein Hamster im Rad herumrennt, und am Ende kommt nichts dabei heraus. Deshalb brauchen wir eine gesetzliche Regelung. Auch deshalb sollte Hamburg die Bundesratsinitiative Bremens unterstützen.

Das können Sie sich dann auch einmal auf der Zunge zergehen lassen: Im kleinen Belgien besteht bereits ein Gesetzesanspruch auf ein Girokonto auf Guthabenbasis. Überziehungen sind nicht möglich, die Banken gehen kein Risiko ein, Schulden können nicht gemacht werden. Nebenbei, wie wir gerade derzeit erleben müssen, gehen die hier mehr als vorsichtig agierenden Banken in Bezug auf solch ein Guthabenkonto anderswo mit Millionenbeträgen auch eher nicht zimperlich um. Das kann es eigentlich nicht sein.

Dann noch ein Hinweis an den Senat und insbesondere an die Behörde für Wirtschaft: Auf regionaler Ebene, also auf Hamburger Ebene, besteht überdies die Möglichkeit, den Zugang von Hartz IV-Betroffenen zu einem solchen Girokonto durch Vereinbarungen sicherzustellen.

(Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Die Behörde schläft!)

Das heißt also nicht, dass wir eine Bundesratsinitiative brauchen und dass das alles ganz furchtbar und schwierig ist und in diesem Antrag auch gar nicht enthalten ist. Der Senat selbst könnte aus Selbsterkenntnis heraus, weil das eine vernünftige

Sache ist, eine solche Vereinbarung mit der ARGE machen, so wie das zum Beispiel das Arbeitslosenzentrum in Oldenburg getan hat. Da ist eine Vereinbarung mit der Postsparkasse und der Landessparkasse abgeschlossen worden, die ihren Kunden, also den Kunden der ARGE – die ARGE bezeichnet ihre Delinquenten oder Hartz IV-Geschädigten als Kunden –, in der Regel ein Guthabenkonto ermöglichen. Auch vor einer gesetzlichen Regelung auf Bundesebene könnte sich team.arbeit.hamburg um ähnliche Vereinbarungen bemühen. Da wäre dann die Behörde für Wirtschaft gefragt. Ich bin gespannt, ob wir da etwas hören.

(Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Der hört gar nicht zu!)

Regierungspolitik lässt sich wiederholt von der Wirtschaft durch Selbstverpflichtungen – hier handelt es sich wieder um eine Selbstverpflichtung –, die keine rechtliche Verbindlichkeit entfalten, ins Bockshorn jagen oder es ist politisch so gewollt. Dass diese Selbstverpflichtungen nicht funktionieren, weil sie den wirtschaftlichen Interessen der Akteure zuwider laufen, liegt auf der Hand. Ähnlich dysfunktional gestaltet sich zum Beispiel die Selbstverpflichtung der Wirtschaft, genügend Ausbildungsplätze zu schaffen. Deshalb ist auch hier ein verbindlicher Rechtsanspruch, wie er durch Bundesrecht zu schaffen ist, vonnöten.

Ich will Ihnen noch ein kleines Gerichtsurteil zumindest auszugsweise vorlesen. Da steht nämlich ganz klar drin: Aus den Stellungnahmen zu einem solchen Fall – aus den Stellungnahmen des Gesetzgebers – geht deutlich hervor, dass es gerade gesetzgeberisches Ziel ist, jedem Bürger die Führung eines Girokontos zu ermöglichen. Eine gesetzliche Regelung – so das Gericht – wurde lediglich deshalb für entbehrlich gehalten, weil dies durch weitgehende Beachtung der ZKA-Empfehlung entbehrlich sei. Da hat man sich natürlich geirrt und da muss man gegensteuern, denn entbehrlich ist es nicht, weil die ZKA-Empfehlung nicht beachtet wird. Deshalb brauchen wir ein Recht auf ein Girokonto auf Guthabenbasis und deshalb unterstützt meine Fraktion auch ausdrücklich den Antrag der SPD. Ich würde Sie, Kollegen von der CDU und von der GAL, bitten das auch zu tun und sich nicht in irgendwelchen Kleinigkeiten zu ergehen, was in einem Antrag stehe oder nicht stehe. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren, es liegen weitere Wortmeldungen vor. – Herr Kienscherf, bitte.

Dirk Kienscherf SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren, Frau Möller!

(Antje Möller GAL: Ja!)

(Dirk Kienscherf)

Das mit der Moral ist so eine Sache. Gerade bei Ihnen als Grüne habe ich Verständnis dafür, dass Sie damit ein Problem haben, weil Sie sich natürlich an viele Dinge, die Sie noch vor zwei, drei Jahren gefordert haben, möglichst heute nicht mehr erinnern möchten. Wenn es um die Themen wie Frauengewalt und das Girokonto für alle geht, das in der Tat ein wichtiges sozialpolitisches Thema ist, frage ich Sie allen Ernstes, warum es ausgerechnet die GAL ist, die, obwohl sie diese Themen immer voranbringen wollte, nun dafür sorgt, dass wir diese Themen in dieser Legislaturperiode im Sozialausschuss nicht mehr behandeln können, warum gerade Sie es sind, die diese Behandlung verhindern, Frau Möller. Das fragen wir uns.

(Beifall bei der SPD)

Es ist doch mittlerweile so und ich finde es nach wie vor beschämend,

(Antje Möller GAL: Das ist das richtige Wort!)

Frau Möller, dass wir, obwohl wir diese vielen Probleme in dieser Stadt haben, die nächste Sozialausschusssitzung, die für den 9. Dezember 2008 geplant worden ist, absagen mussten,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das kenne ich doch von irgendwoher!)

weil es keine Überweisungen mehr von CDU und GAL an diesen Ausschuss gibt, weil wir keine Diskussionen mehr über die sozialpolitischen Themen in dieser Stadt führen. Daran tragen Sie eine große Mitverantwortung, Frau Möller.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es ist doch ein Witz, wenn Herr von Frankenberg sich hier hinstellt und sagt, dass es auf der einen Seite völlig unpräzise sei und auf der anderen Seite sei aber Ihr Antrag zu weit gehend. Da müssen Sie sich irgendwie einmal verständigen. Der eine sagt, das ist zu weit gehend und die andere sagt, das reicht eigentlich gar nicht. Da frage ich Sie: Wenn es denn nicht reicht und wenn Sie gute Verbesserungsvorschläge haben,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

warum wollen Sie das mit uns gemeinsam nicht im Ausschuss diskutieren, Frau Möller? Darauf finden Sie bei dieser Debatte und auch vorher Frau Heitmann keine Antwort. Diese Antwort werden Sie auch weiterhin anscheinend schuldig bleiben. Sie sind doch immer ganz vorschnell dabei zu sagen, man könne nicht einfach etwas beschließen, und deshalb sagen wir ganz deutlich, dass wir in die Bürgerschaft hineingegangen sind, weil wir mit Ihnen über dieses Thema diskutieren wollen und aus diesem Grund stellen wir auch gleich einen Überweisungsantrag. Sie müssen sich ernsthaft über Ihre Rolle im Klaren werden, über das, was Sie jahrelang gefordert haben,

(Hartmut Engels CDU: Alte Geschichten!)

über Ihr Demokratieverständnis und ob es in dieser Stadt nicht wirklich wichtig ist, dass wir in dem zuständigen Fachausschuss eben Dinge diskutieren und dass wir uns wirklich an Kleinigkeiten nicht aufhalten und sagen: Nein, also hier haben Sie diesen Satz nicht richtig formuliert oder dieses ist nicht weit gehend genug. Das können wir dann alles mit Ihrer Hilfe im Sozialausschuss vorantreiben.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Genau!)

Dieser Diskussion dürfen Sie sich aber nicht weiter verweigern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus DIE LINKE)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Als Nächste hat Frau Heyenn das Wort für noch drei Minuten und 14 Sekunden.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Frage ist: Worüber reden wir eigentlich? Heute wurde die Frage nach dem Subjekt gestellt. Ich will Ihnen dazu ein paar Zahlen nennen, die noch nicht genannt wurden.

(Olaf Ohlsen CDU: Ne, lass mal nach!)

Und zwar sind in der Bundesrepublik insgesamt 10 Prozent aller Bürger über 18 verschuldet. Für Hamburg sieht das so aus, dass der Anteil in den letzten Jahren immer weiter gestiegen ist, und es sind 12,9 Prozent aller Volljährigen, die überschuldet sind. Das sind in Zahlen 190 000 Hamburger.

(Zuruf: Ich bin auch überschuldet!)

– Das glaube ich Ihnen gern.

Es gibt Stadtteile wie Wilhelmsburg, Veddel, Rothenburgsort, St. Georg und St. Pauli, wo Sie sich nicht so gerne aufhalten, wie wir gehört haben. Da ist sogar jeder Vierte und jede Dritte überschuldet. Das heißt, es geht nicht um eine Frage von moralischem Anspruch, es geht um die existenzielle Überlebensmöglichkeit von Menschen in dieser Stadt.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Wenn ich mir das anschau, was heute in der Bürgerschaft abgelaufen ist, die Schüler von da oben sind leider nicht mehr da: Wir alle beklagen, dass das Interesse an Politik und am Parlamentarismus zurückgeht, auch bei Jugendlichen, und jetzt hören wir zum dritten Mal von GAL und CDU, dass das alles richtig und wichtig und nötig ist, aber dann wird es niedergeschmettert. Sie, Herr Frankenberg, wissen doch viel besser als ich, wie das Verfahren ist. Wenn dieser Antrag von der SPD in den Ausschuss kommt, dann können Sie doch einen Änderungsantrag stellen und können alles das,

(Dora Heyenn)

was Sie hier nicht präzise genug finden, hineinbringen und dann könnte man das auf den Weg bringen.

(Wolfgang Beuß CDU: Könnte!)

– Genau, könnte.

Das Problem ist: Sie wollen es nicht. Aber es dann so darzustellen, ist wirklich ein abschreckendes Beispiel für Parlamentarismus und das ist kein Vorbild.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Jetzt gebe ich Frau Möller noch einmal das Wort.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Girokonto für alle scheitert nicht daran, dass dieser Antrag der SPD nicht an den Ausschuss überwiesen wird, sondern es scheitert daran, dass auch in diesem Haus die großen Volksparteien sich nicht entscheiden können, gemeinsam auf Bundesebene eine Änderung des Kreditwesengesetzes in Gang zu bringen,

(Ingo Egloff SPD: Was hat denn das jetzt hiermit zu tun?)

und dass das Bundesratsverfahren zum Stoppen gekommen ist.

(Ingo Egloff SPD: Das ist doch eine dämliche Ausrede! – Beifall bei Jens Kerstan GAL)

– Die eigene Nase ist manchmal am nächsten.

Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Herr Kienscherf,

(Dirk Kienscherf SPD: Frau Möller!)

es ist ganz leicht, sich ein bisschen groß und stark zu machen – ich habe es eben schon gesagt – in der moralischen Argumentation bezüglich der Überweisung. Ihr Antrag ist keiner. Ihr Antrag enthält vier Fragen, die Sie schriftlich stellen können, dann dauert das ein bisschen und unsere Haushaltsberatungen sind vorbei und dann reden wir noch einmal darüber. Einmal schauen, wie weit der Bundesrat dann mit dem Thema ist.

Die Große Anfrage zum Thema Gewalt gegen Frauen: Die Kollegin Heitmann hat ganz deutlich gesagt, dass wir mit der beantworteten Anfrage arbeiten. Dann gehen wir wieder in den Sozialausschuss, wenn man sich nämlich in Selbstbefassung weitere Fragen stellen kann, sich vielleicht auch Expertinnen und Experten dazuholen kann. Wir müssen nicht alles noch einmal nachkauen, was sozusagen der Senat – um das einmal despektierlich zu sagen – gerade als Antwort vorgekaut hat, sondern wir wollen das in Politik umsetzen und deswegen keine Überweisung an der Stelle.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Dirk Kienscherf SPD: Ach so!)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht mehr vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/1468 an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen deshalb zur Abstimmung in der Sache. Wer den SPD-Antrag aus Drucksache 19/1468 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich abgelehnt worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind jetzt am Ende der Sitzung angelangt. Zwei Dinge sind wichtig. Ich wünsche Ihnen allen einen guten und sicheren Heimweg, wir sehen uns morgen wieder. An die wenigen Mitglieder des Hauses gerichtet, die jetzt gleich noch eine Sitzung und ein Gespräch beim Präsidenten haben: Ich darf Sie bitten, in Raum B zu kommen. – Vielen Dank, bis morgen, auf Wiedersehen.

Ende: 21.31 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Thies Goldberg, Rolf Harlinghausen, Ties Rabe, Carola Thimm und Juliane Timmermann